

GEGEN DAS VERGESSEN



Die Handelskammer erinnert mit Stolpersteinen an das Schicksal von 13 jüdischen Mitgliedern des Ehrenamtes, die während des Dritten Reichs ums Leben kamen.



HK

Handelskammer
Hamburg

GEGEN DAS VERGESSEN

Anlässlich der Verlegungszeremonie der
Stolpersteine am 24. September 2018



Ernst Valentin Burchard



Leopold Cohn



Otto Friedeberg



John Hausmann



Ludwig Moritz Mainz



Heinrich Mayer



Ivan Philip



Franz Max Rappolt



Paul Salomon



Max Stein



Dr. Heinrich Wohlwill



Sally Cäsar Wolf



Leo Wolfsohn

GEGEN DAS
VERGESSEN

Diese Menschen waren Mitglieder der Handelskammer Hamburg

Sie wurden Opfer der
nationalsozialistischen Gewaltherrschaft

1933 - 1945

Wir gedenken aller Opfer

Valentin Burchard

Jg. 1891
deportiert 1941
ermordet in Minsk



Mitglied der Industriekommission der
Handelskammer 1931–1934

Ernst Valentin Burchard kam am 26. Januar 1891 in Hamburg Harvestehude, Klosterallee 9, als Sohn des ehrenamtlichen japanischen Konsuls Martin Burchard und dessen Frau Bertha zur Welt. Martin Burchard (1845–1901) stammte aus Neubuckow und war das Kind des dortigen jüdischen Kaufmannes Valentin Burchard und dessen Ehefrau Rahel geb. Simon. Martin Burchard war vermutlich um 1884 nach Hamburg gekommen und 1885 als Inhaber seines gleichnamigen Importgeschäfts, Colonnaden 104, im Hamburger Börsen-Adressbuch verzeichnet. 1887 hatte er die Jüdin Bertha Goldzieher (1854–1931) geheiratet, Tochter des verstorbenen Kaufmannes Ephraim Abraham Goldzieher und dessen Ehefrau Mariane, geb. Meyer.

Ernst Valentin Burchard ging in Eimsbüttel zur Oberrealschule und durchlief anschließend eine Ausbildung zum Kaufmann in mehreren Hamburger Exportgeschäften. *1912 trat er freiwillig der kaiserlichen Armee bei und verbrachte sein „Einjähriges“ bei einer Einheit in Schwerin. Erste Berufserfahrungen sammelte er im Ausland. Zwischen 1913 und 1915 lebte und arbeitete Valentin Burchard in Buenos Aires. Nach Beginn des Ersten Weltkrieges traf er Vorbereitungen, um ins Deutsche Reich zurückzukehren. Ausgestattet mit falschen Papieren gelang ihm auf Umwegen seine Rückkehr in die Heimat, wo er sich zur Armee meldete und als Unteroffizier an der Westfront eingesetzt wurde.*

Nach dem Krieg war Ernst Valentin Burchard bis 1919/20 als Kaufmann in den Niederlanden tätig, dann kehrte er in seine Heimatstadt zurück. Hier vermählte er sich am 12. März 1921 mit Olga Jonas (geboren 13. Juni 1894), die eine Lehre als kaufmännische Angestellte absolviert hatte. Wie ihre jüdischen Eltern Nathan Otto Jonas (1857–1926) und Emma, geb. Levison (1869–1955), hatte sie bislang in Harvestehude gelebt. Dort fand

auch das junge Ehepaar Burchard nach der Heirat eine Wohnung in der Magdalenenstraße 24. In den folgenden Jahren bekamen sie hier drei Kinder: Martin Otto (1922-1927), Gabriele Olga (1923-1941) und Ernst Valentin (1924-2004). Martin Otto verstarb bereits 1927 wahrscheinlich an Kinderlähmung. Im selben Jahr zog die Familie an die Alster auf die Uhlenhorst zum Schwanenwik 34 um, wo im Jahr darauf ihre jüngste Tochter Marianne Lilly (1928-1941) das Licht der Welt erblickte.

Ernst Valentin Burchard war anfangs als Abteilungsleiter tätig gewesen, vermutlich bereits in der Hugo Peters & Co. AG. In dieser 1886 gegründeten Exportfirma für Sprit, Spirituosen und Wein, die ihren Sitz in Steinwerder in der Reiherstraße 5 hatte, rückte er 1924/1925 in den Vorstand („Direktor“) auf. Als Vorstand dieser Firma wurde er am 20. Dezember 1931 zum Mitglied der Industriekommission der Handelskammer gewählt. Im Zuge der Umstrukturierung und der Ernennung der Mitglieder der neuen Industriekommission der Handelskammer durch den Senat schied Burchard mit dem 2. Februar 1934 aus dem Gremium aus. Sicherlich spielte dabei seine jüdische Abstammung eine maßgebliche Rolle, obwohl er und seine Familie, wie sich sein Sohn Valentin entsann, kaum Kontakte zur jüdischen Gemeinde und ihren Riten hatten.

„... im April 1932 wurde Burchard für die Deutsche Staatspartei in die Bürgerschaft gewählt. In seinen wenigen Redebeiträgen setzte er sich [kritisch mit den Auswirkungen] der Parallel- und Deflationspolitik des Reichskabinetts Brüning auf die Wirtschaft der Hansestadt auseinander. ... Burchard verlor sein Mandat schließlich durch die Umbildung der Hamburgischen Bürgerschaft gemäß des ‚Vorläufigen Gesetzes zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich‘ entsprechend dem Wahlergebnis der Reichstagswahlen vom 5. März 1933.“

Nach dem Verlust dieser beiden Ämter suchte Ernst Valentin Burchard nach neuen Wegen in seiner beruflichen Laufbahn. Anfang 1935 zog er eine Firmenneugründung mit Erich Blembel aus der Firma Blembel Gebrüder, Drogen engros, in Betracht. Der Syndikus der Handelskammer Oskar Hans Reymann, den er als Referenz angegeben hatte, bescheinigte: „Ich halte ihn [Burchard] für einen durchaus vertrauenswürdigen und energischen Menschen. Herr Burchard hat für die in der Industriekommission behandelten Fragen immer ein lebhaftes Interesse gezeigt, und ich habe auch aus persönlichen Unterredungen mit ihm den Eindruck eines sehr regsamen, ideenreichen und gewandten Geschäftsmannes.“ Ab 1935 bis ca. 1939 betrieb Ernst Valentin Burchard dann jedoch auf der Uhlenhorst an der Papenhuderstraße 53, rückwärtig von seiner Privatwohnung, eine eigene Wein-Großhandlung. *Als die Burchards im August 1935 ihr Haus am Schwanenwik 34 aufgrund der*

sich verschärfenden Diskriminierung und Entrechtung jüdischer Bürger aufgeben mussten, zogen sie in das Firmengebäude in der Papenhuder Straße 53.

Am 1. April 1935 ließ Burchard als Einzelunternehmer beim Handelsregister die Firma Valentin Burchard eintragen. Am 23. April wandelte er sie in eine Kommanditgesellschaft für pharmazeutische Präparate um, die sich im August 1935 in „Valentin Burchard & Co.“ umbenannte. Als Kommanditisten fungierten die jüdischen Kaufleute Jacob Oscar Friedländer und John Hausmann, die beide auch Gesellschafter in der Getreidehandelsfirma J.H. Friedländer & Co. waren, sowie Geza Georg von Molnár. Im März erhielt Burchards Ehefrau Olga Gesamtprokura. „Burchard war persönlich haftender Gesellschafter der Firma und für den kaufmännischen Bereich zuständig, der Apotheker Geza von Molnár ... leitete den Produktionsbereich. Am Vogelreth 8 im Freihafen wurde ein kleines Fabrikgelände angemietet, auf dem ‚Fluid-Extrakte, Tinkturen und andere Pharmaprodukte‘ hergestellt wurden. Die Produkte wurden dank der guten Auslandskontakte Burchards in erster Linie nach Süd- und Mittelamerika verkauft, Abnehmer fanden sich aber auch in den Niederlanden, Skandinavien und Asien. Die chemisch-pharmazeutische Fabrik hatte insgesamt elf Angestellte.“

Nachdem die Entwicklung des Unternehmens zunächst erfolgversprechend verlief, drohten ihm im April 1937 durch das Ausscheiden der Kommanditisten Friedländer und Hausmann ernste Schwierigkeiten. Sie konnten jedoch dadurch bewältigt werden, dass an deren Stelle Emma Jonas, Olga Burchards Schwester, als Kommanditistin eintrat. Aber die behördlichen Restriktionen gegen jüdische Bürger engten die Handlungsfähigkeit der Firma zunehmend ein.

Valentin Burchard beantragte im September 1938 bei der Industrie- und Handelskammer Hamburg ein Auslandsvisum für eine Geschäftsstelle. Eine Anfrage der IHK bei der Finanzbehörde, ob Burchard bei einer Visaerteilung Sicherheiten für den Fall einer Flucht zwecks Begleichung der dann fällig werdenden „Reichsfluchtsteuer“ zu hinterlegen habe, machte ihn zum Ziel behördlicher Zwangsmaßnahmen. Unmittelbar nach Bekanntwerden des Antrags leitete die Devisenstelle der Finanzbehörde Ermittlungen wegen des Verdachts der Kapitalflucht ein. Die Polizeibehörde wurde eingeschaltet und beauftragt, Nachforschungen anzustellen, bei der Zollfahndungsstelle wurde ein Ermittlungsverfahren wegen einer möglicherweise bestehenden Auswanderungsabsicht eingeleitet. Obleich die polizeilichen Ermittlungen ergaben, dass eine Auswanderungsabsicht nicht bestand, wurde ein Visum verweigert.

Das Exportunternehmen Valentin Burchard & Co. wurde von der IHK im Oktober 1938 als zukunftssträftig beurteilt. Sie wies die Zollfahndung darauf hin, die Firma sei „angesichts der dramatischen Devisenknappheit des Reiches: ‚für die ... Volkswirtschaft von Bedeutung‘. Aus diesem Grunde sei es ... anzustreben, die Firma ‚in arischen Besitz zu überführen‘. Nur wenig später wurde daraufhin von der ‚Gauwirtschaftsleitung‘ die ‚Arisierung‘ des Burchardschen Betriebes eingeleitet.“ Die Verordnung vom 1. Januar 1939, die Juden „den Betrieb von Einzel- und Versandgeschäften sowie Handwerksbetrieben“ untersagte, lieferte dann auch die rechtliche Grundlage.

„Zum Zwecke der Erhaltung einer Fabrikationsstätte“ war die Firma Valentin Burchard & Co. gezwungen, am 5. Januar 1939 mit der Chinosolfabrik AG, Hamburg, einen Kaufvertrag abzuschließen. Er umfasste den Fabrikationsbetrieb sowie die Übernahme von Maschinen, Inventar, Drogen und Extrakten im Wert von 45.730 RM. Der Sohn Valentin Burchard wies 1949 jedoch darauf hin, dass nur ein Teil des Warenlagers tatsächlich bezahlt worden sei. Dem bisherigen Inhaber Ernst Valentin Burchard wurde vertraglich die Weiterführung des Exports der hergestellten Arzneimittel zugesagt, bis zum 30. Juni und danach für die noch laufenden Geschäfte bis zum 31. Dezember 1939. Mit Jahresende sollte er dann endgültig aus dem Betrieb ausscheiden. Seine Tätigkeit *wurde dann aber durch den Kriegsbeginn noch einmal bis zum 1. September 1940 verlängert.*

Der Verkaufspreis für das Unternehmen war so gestaltet, dass Burchard nach Abtragung sämtlicher Außenstände de facto mittellos war. Auch die wachsenden Diskriminierungen gegenüber jüdischen Einwohnern erschwerten das Leben der Familie mehr und mehr.

Sohn Ernst Valentin Burchard hatte zunächst die Vorschule Bertram, dann die Volksschule in der Averhoffstraße und anschließend das Gymnasium Johanneum besucht. Als er im Sommer 1938 kurzzeitig erkrankt war, legte der Direktor des Gymnasiums den Eltern nahe, es sei besser, wenn ihr Kind wegen seiner jüdischen Religionszugehörigkeit künftig dieser Schule fernbliebe. Daher wurde er nun privat unterrichtet und war einige Monate als Lehrling im väterlichen Betrieb beschäftigt. Am 13. Juli 1939 schickten Olga und Valentin Burchard den 15-jährigen Ernst Valentin mit einem Kindertransport nach England. Er wurde dort von einem Pastor bei Worchester aufgenommen und vollendete auf der King's School in Worcester seine Schulzeit. Die jüngste Tochter Marianne Lilly hatte zum 13. April 1939 vom Paulsen-Stift, das sie seit 1934 besuchte, zur Talmud Tora Schule wechseln müssen.

Weil sich die Situation der Familie Burchard im Deutschen Reich zunehmend verschlechterte, bemühte sich Valentin Burchard im Januar 1939 um Pässe für die Ausreise seiner Familie in die Niederlande. Bis Juli 1939 gelang es ihm, alle von der Devisenstelle der Hamburger Finanzbehörde für eine Bearbeitung des Antrages geforderten Bescheinigungen und Unterlagen zusammenzutragen. Finanziert werden sollte die Auswanderung durch den Rückkauf einer in England bestehenden Lebensversicherung.

Als jedoch nach Beginn des Zweiten Weltkrieges und der Kriegserklärung Großbritanniens Anfang September 1939 der Briefkontakt zu Burchards englischem Finanzmakler abbrach, „scheint Burchard seine Bemühungen um Ausreise aufgegeben zu haben. Der zuständige Sachbearbeiter an der ‚Devisenstelle‘ des Oberfinanzpräsidiums in Hamburg gab den Vorgang im November 1939 mit der Notiz zu den Akten, Burchard habe sich auf die Mitteilung, wonach der Gegenwert jener £ 410 vor einer möglichen Ausreise in der Währung eines neutralen Landes bei der Devisenstelle ‚abzuliefern‘ sei, nicht mehr gemeldet.“ Der Verlust seiner Firma und die damit verbundene Ausplünderung ließen ihm keinen finanziellen Spielraum mehr.

Am 8. November 1941 wurden Ernst Valentin Burchard, seine Ehefrau Olga und ihre beiden Töchter Gabriele und Marianne auf Veranlassung der Geheimen Staatspolizei Hamburg mit ca. 1.000 anderen Hamburger jüdischen Bürgern auf der Moorweide am Dammtorbahnhof zusammengetrieben und von dort in einem von 17 Zügen in das Ghetto Minsk deportiert. Ein letztes Lebenszeichen von Valentin Burchard traf Anfang 1942 in Hamburg ein: Max Plaut, der Leiter des Jüdischen Religionsverbandes, erhielt einen Brief (es ist unbekannt, wie dieser nach Hamburg gelangen konnte), in dem Burchard die Zustände im Getto Minsk schilderte. Leider ist das Schreiben nicht erhalten. Seitdem fehlt von den Familienmitgliedern jede Nachricht. Am 8. Dezember 1948 wurden sie vom Amtsgericht Hamburg für tot erklärt.

Das Betriebsgelände der ehemaligen Firma Valentin Burchard & Co. wurde am 30. März 1945 bei einem Fliegerangriff getroffen. Dabei wurden „sämtliche Maschinen, alle Einrichtungsgegenstände und Warenvorräte ... zerstört.“

Der überlebende Sohn Ernst Valentin Burchard hatte als Ernest Valentine Burchard in England eine neue Heimat gefunden. Nach einem technischen Studium war er dort als angestellter Chemiker tätig und lebte „in ärmlichen Vermögensverhältnissen“. 1949 stellte er über einen Rechtsanwalt in Hamburg Rückerstattungsansprüche gegen die Chinosol-

fabrik AG, Hamburg Billbrookdeich 44 bzw. ihre Mutterfirma J.D. Riedel AG, Chemische Fabriken Berlin und Hamburg, und beantragte die Wiedereintragung der ehemaligen Firma Valentin Burchard & Co. Im Zuge eines Vergleichsverfahrens verzichtete er schließlich 1951 im Gegenzug für eine Abfindungssumme auf die Firma und weitere Forderungen an die neuen Eigner, da er nicht beabsichtigte, nach Deutschland zurückzukehren.

1955 und 1959 stellte er im Namen seiner Eltern Wiedergutmachungsanträge. Ihm wurden Entschädigungen für die Freiheitsentziehung seiner Eltern, für das verhinderte berufliche Fortkommen seines Vaters sowie für die Entziehung von Hausrat und einer Briefmarkensammlung zugesprochen. Als Chemiker arbeitete Valentin Burchard in England noch ca. 15 Jahre am „Somerset County Council“.

Für Ernst Valentin Burchard, seine Frau Olga und seine beiden Töchter Gabriele und Marianne wurden im Jahr 2014 vor dem Haus ihrer Privatwohnung Papenhuder Straße 53 Stolpersteine verlegt. An Ernst Valentin Burchard in seiner Funktion als Mitglied der Hamburger Bürgerschaft erinnert auch ein Stolperstein am Rathausmarkt vor dem Rathaus.

Alle kursiv gedruckten Textteile in dieser Publikation entstammen den Biografien aus der Stolpersteindatenbank (www.stolpersteine-hamburg.de).

Anführungszeichen kennzeichnen Zitate aus Quellen und Literatur. Die Belege werden in der ausführlichen Dokumentation enthalten sein.

Die ausführlichen Biografien sowie 25 weitere Biografien von Mitgliedern des Ehrenamtes und Hauptamtes der Handelskammer Hamburg erscheinen in einer gesammelten Publikation in der ersten Jahreshälfte 2019.

Leopold Cohn

Jg. 1873
deportiert 1941
ermordet in Riga



Mitglied des Vorstands der
Getreidebörse 1928–1933

Leopold Cohn entstammte väterlicherseits einer jüdischen Händlerfamilie aus Altona. Sein um 1801 geborener Großvater Ruben Joseph Cohn, verheiratet mit Adelaide geb. Meyer (Meier), war als Sohn des Altonaer Handelsmanns Joseph Lazarus Cohn und seiner Ehefrau Rosa, geb. Meier, dort unter wechselnden Adressen als Produkthändler ansässig gewesen. Am 25. Januar 1834 kam Leopolds Vater Marcus Ruben Cohn zur Welt.

Marcus Ruben Cohn war in Altona ebenfalls im Produktenhandel tätig. Um 1870 heiratete er Emma Hirsch, die am 23. Oktober 1839 in Niendorf bei Lübeck geborene Tochter des Kaufmanns Elias Hirsch und seiner Frau Betti, geb. Lehmann. Mit ihr bekam er mindestens zwei Kinder: am 22. März 1872 Joseph Cohn und am 7. Mai 1873 Leopold Cohn. Ab 1873 bis 1898 befand sich das Produktengeschäft von Marcus Cohn in der Altonaer Breitestraße 137. Unter derselben Adresse waren zunächst auch Synagoge und Spritzenhaus verzeichnet. Ruben Joseph Cohn, der bislang Bachstraße 33 in einer Hofwohnung gelebt hatte, zog 1873 bis zu seinem Tod am 13. April 1877 in den Rosengang 14. Am 19. April 1878 starb Emma Cohn im Alter von 38 Jahren. Im Jahr darauf, am 14. Oktober 1879, ging Marcus Cohn eine neue Ehe ein mit der 34-jährigen Rosalie Samter (1845–1915), Tochter des in Hamburg wohnenden Mobilienhändlers Abraham Heymann Samter und dessen verstorbener Frau Friederica, geb. Aaron. Mit seiner zweiten Frau Rosalie bekam Marcus Cohn am 17. August 1880 noch eine Tochter, Friederike (1880–1950). Am 9. Juni 1894 musste Marcus, der inzwischen Breitestraße 52 wohnte, den Tod seines ältesten Sohnes Joseph verschmerzen. Als 24-jähriger Kommis, also Handlungsgehilfe, hatte dieser noch in der elterlichen Wohnung gelebt. Auf den Tag genau fünf Jahre später, am 9. Juni 1899, zeigte Sohn Leopold das Ableben seines Vaters Marcus Cohn an, der seine letzten Jahre in Nienstedten verbracht hatte. Marcus Cohn wurde, ebenso wie Rosalie

Cohn, der Sohn Joseph und der Großvater Ruben Joseph Cohn, auf dem Jüdischen Friedhof Bahrenfeld, Bornkampsweg, bestattet.

Leopold Cohn, mittlerweile von Beruf Kaufmann, war 1899 kurzzeitig unter der ehemaligen väterlichen Wohnung in der Breitestraße 52 registriert. Um 1900 zog er ins Parterre der Altonaer Poststraße 7 und 1904 in den zweiten Stock der Hochstraße 33.

Am 8. Januar 1906 heiratete er in Berlin Gertrud Anna Jacoby (Jacobi), die dort am 25. August 1884 geboren war. Tochter des jüdischen Berliner Kaufmanns Alexander Jacoby und seiner Frau Hedwig, geb. Rehfish (ca. 1856–1915), lebte sie wie ihre Eltern in Charlottenburg in der Schlüterstraße 44 und kannte bereits einen Verwandten ihrer Mutter in Hamburg, Wandsbeker Chaussee 10.

1906/07 verlegte das junge Ehepaar seinen Wohnsitz von Altona nach Hamburg in die zweite Etage eines vierstöckigen Wohnhauses am Grindelberg 76. Das Grindelviertel war zu dieser Zeit das bevorzugte Wohnquartier des jüdischen Kleinbürgertums. Die meist orthodoxen Bewohner konnten hier in direkter Umgebung die Bornplatz-Synagoge, jüdische Bildungsinstitute und vielfältige soziale und kulturelle jüdische Einrichtungen nutzen. An den Straßen blühten Kleinhandel und Gewerbe, was sich auch in der unmittelbaren Nachbarschaft von Leopold und Gertrud Cohn widerspiegelte: Im Parterre lagen ein Wäschegeschäft und ein Kolonialwarenladen, im Haus lebten mehrere kleine Kaufleute. Am Grindelberg kamen am 15. Januar 1907 der Sohn Franz Markus und am 2. April 1908 die Tochter Charlotte (Lotte) Lucie Emma zur Welt. Ungefähr 1913 zog die Familie zum Jungfrauenthal 20. Hier im vornehmen Harvestehude, beliebtes Wohnviertel der bessergestellten, liberalen und häufig auch assimilierten Juden, bewohnten sie nun die eine Hälfte der zweiten Etage eines viergeschossigen großbürgerlichen Wohnhauses. Unter ihren Nachbarn befanden sich 1915 u.a. ein Amtsrichter, ein Direktor und ein Kaufmann. Über Leopold Cohns Einstellung zu seiner Religion, dem Judentum, ist wenig bekannt. Am 18. Juli 1906 trat er der Deutsch-Israelitischen Gemeinde Hamburg bei und wurde von ihr ab 1913 besteuert.

Spätestens seit 1903 war Leopold Cohn bereits beruflich in Hamburg tätig. In jenem Jahr hatte er gemeinsam mit dem Hamburger Kaufmann Adolf Caspary als Inhaber die Getreideagentur H.S. Cramer, Louisenhof 91/92, übernommen. Im Adressbuch war diese erstmals 1898 erwähnt, zuletzt unter den Inhabern H. Cramer und Leo Bohm. Am 27. Dezember 1906 gründeten Adolf Caspary und Leopold Cohn unter derselben Adresse die

eigene Firma Caspary & Cohn als offene Handelsgesellschaft. 1908 verlegten sie den Sitz ihres Unternehmens zum Katharinenkirchhof 2 und schließlich 1914 dauerhaft zum Neuen Wall 54.

Leopold Cohns Sohn Franz Markus besuchte die Vorschule der Oberrealschule Eppendorf und später das Heinrich-Hertz-Realgymnasium. Ab 1923 absolvierte er eine kaufmännische Lehre bei der Getreide-Importfirma Mais Import GmbH, arbeitete seit 1926 bei verschiedenen Firmen als Börsenvertreter und sammelte 1927 Berufserfahrungen in England. Mit dem 1. Januar 1928 trat er als Angestellter und Börsenvertreter in die väterliche Firma Caspary & Cohn ein.

Aufgrund von Differenzen trennten sich im Herbst 1929 die beiden Geschäftsinhaber, lösten die gemeinsame OHG zu Jahresende auf und gründeten jeder unter seinem eigenen Namen einen neuen Betrieb. In der am 26. September 1929 ins Handelsregister eingetragenen Firma Leopold Cohn – Großhandel mit Getreide und Futtermitteln, Vertretungen – erhielt Sohn Franz Markus von Beginn an Prokura. Das Unternehmen blieb weiterhin am Neuen Wall 54 ansässig, die Getreide-Agentur Adolf Caspary zog zu dessen Privatadresse Curschmannstraße 35.

Mit 55 Jahren konnte Leopold Cohn auf einen beachtlichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufstieg zurückblicken: Aus einer Familie, die sich seit mindestens zwei Generationen mit dem wenig lukrativen Produktenhandel beschäftigte, zum geachteten Großhandelskaufmann mit eigener Firma, einer vornehmen Geschäftsadresse und einer standesgemäßen Wohnung. Lange Jahre war er zudem Mitglied in der Versammlung Eines Ehrbaren Kaufmanns. Gekrönt wurde dies dadurch, dass er am 13. April 1928, noch als Inhaber von Caspary & Cohn, vom Plenum der Handelskammer auf Vorschlag des Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse zum Vorstandsmitglied der Getreidebörse berufen wurde. Bis einschließlich 1932 wurde er jährlich wiederernannt, nun für die Firma Leopold Cohn.

Zusätzlich zu seiner eigenen Firma übernahm Cohn eine weitere Aufgabe: Am 26. März 1930 hatte das Agrarministerium im Rahmen der Bewirtschaftung von Rohstoffen das Reichsmaisgesetz erlassen. Zur Überwachung wurde eine „Reichsmaisstelle“ mit Sitz in Berlin eingerichtet, die sämtliche Im- und Exporte von Mais kontrollierte. Seit Gründung der Reichsmaisstelle am 31. März 1930 fungierte Cohn als Geschäftsführer ihrer Abteilung in Hamburg. Er erhielt hierfür ein jährliches Gehalt von ca. 27.500 RM zuzüglich

Spesen. Auf diese Weise konnte er „in den Jahren 1931/32 bis 1933/34 ein erhebliches Einkommen“ erzielen. Seine eigene Firma musste er „während dieser Zeit ruhen lassen. Sie blieb aber weiter im Handelsregister eingetragen.“ Die Reichsmaisstelle, die zu 65 Prozent vom Verband der Getreide- und Futtermittelhersteller finanziert werden musste, war jedoch in Hamburg bei den Getreidehändlern nicht unumstritten. Dies wurde deutlich, als Leopold Cohn am 2. Januar 1933 für den Vorsitz im Verwaltungsrat des Vereins der Vermittler für Getreide, Mehl und Futtermittel der Hamburger Börse vorgeschlagen wurde. In der Vorstandssitzung des Vereins am 13. Februar 1933 opponierten mehrere Mitglieder gegen die Wahl von Cohn, „weil dieser das Maismonopol hier in Hamburg leitet“. Man berief ihn stattdessen zum stellvertretenden Vorsitzenden. Doch schon bald darauf, im Juni 1933, wurde Leopold Cohn – vermutlich wegen seiner Zugehörigkeit zur „jüdischen Rasse“ – vorzeitig aus dem Vertrag mit der Reichsmaisstelle entlassen.

Seit März 1933 kursierten Gerüchte darüber, dass die neu gebildete nationalsozialistische Reichsregierung Verhandlungen mit Verbänden ablehne, zu deren Mitgliedern Juden zählten. Im Verein der Vermittler für Getreide, Mehl und Futtermittel führte dies zu intensiven Diskussionen des Vorstands. Während einige Vorstandsmitglieder für eine Reorganisation des Vorstands aus rein „arischen“ Personen plädierten, warnten andere wie z.B. Leopold Hiller vor diesem Schritt, da der Verein 40 Prozent jüdische Mitglieder habe, auf die Rücksicht genommen werden müsse. Mittlerweile hatten bereits einige jüdische Vorstandsmitglieder ihr Amt zur Verfügung gestellt und Leopold Cohn, offenbar 1933 im Vorstand, appellierte in der Sitzung am 27. März 1933 an alle Vorstandsmitglieder, sie sollten endgültig zurücktreten. Um die künftige Weiterexistenz des Vereins zu sichern, erklärte Cohn, ebenso wie Leopold Hiller, Otto Friedeberg und John Hausmann, seinen Rücktritt aus dem Vorstand. Bereits am 31. März wurde ein Nachfolger für ihn gewählt. Auch in der Vorschlagsliste des Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse an die Handelskammer vom 12. Mai 1933 für den Vorstand der Getreidebörse war Leopold Cohn nicht mehr enthalten.

Der mittlerweile 60-jährige Kaufmann versuchte nach der Entlassung aus der Reichsmaisstelle seine eigene Firma wieder zu reaktivieren, was jedoch wenig Erfolg zeigte. Schon 1934/35 blieb sein Einkommen um mehr als 25 Prozent hinter dem der vorangegangenen zwei Jahre zurück und verringerte sich jährlich weiter. Dies mag ein Grund dafür gewesen sein, dass die Familie ca. 1935/36 zum Rothenbaum in eine etwas bescheidenere Wohnung in der ersten Etage am Mittelweg 69 umzog. Auch Leopold Cohns Firma wurde seit 1935 im Adressbuch nicht mehr am Neuen Wall, sondern nur noch unter seiner Privatadresse geführt.

Laut Durchführungsbestimmungen des Reichswirtschaftsministeriums hatten die Behörden seit Juni 1938 Verzeichnisse über jüdische Betriebe zu führen. In Hamburg war ab Mitte 1938 die Handelskammer (seit 1. Februar Industrie- und Handelskammer) intensiver in die Maßnahmen des Reichsstatthalters zur „Arisierung“ jüdischer Handels- und Gewerbebetriebe eingebunden. Bislang noch hatte sie auf Anfragen grundsätzlich keine Erklärungen über die „Ariereigenschaft oder Nichteigenschaft von Firmen“ abgegeben. Nun jedoch erstellte sie – versehen mit dem Vermerk „Nur für den internen Dienstgebrauch“ – eine Liste über sogenannte nichtarische Firmen nach Geschäftszweigen. Unter der Rubrik Getreidehandel wurde u.a. die Firma Leopold Cohn vermerkt. Im Sommer 1940 stellte die Industrie- und Handelskammer zu Leopold Cohn fest: „Hat auf Anforderung seinen Gewerbeschein abgegeben. Betrieb ruht.“ Sohn Franz entsann sich später, dass die Firma schon 1938 zwangsliquidiert wurde. Der Löschungseintrag im Handelsregister stammt vom 26. Juli 1940.

Am 9. November 1938, dem Tag der Reichspogromnacht, wurde der ledige Sohn Franz Cohn verhaftet, nach Fuhlsbüttel eingeliefert und von dort am 11. November 1938 ins KZ Sachsenhausen deportiert. Nach seiner Entlassung am 12. Januar 1939 emigrierte er am 21. März 1939 nach England. Nachdem er dort aufgrund des Kriegsausbruches als „feindlicher Ausländer“ erneut mehrere Monate interniert war, wanderte er im September 1939 nach Chile aus.

Tochter Charlotte hatte am 11. April 1935 in Hamburg den jüdischen Kaufmann Fritz Goldschmidt (1901–1970), Doktor der Staatswissenschaften, geheiratet. Gemeinsam mit ihm emigrierte sie im Dezember 1938 über London nach Bombay/Britisch-Indien.

Leopold Cohn hatte nach seiner Entlassung aus der Reichsmaistelle und dem Verlust seiner Firma keine Möglichkeit mehr gefunden, die Lebensgrundlage für sich und seine Frau zu verdienen. In der letzten ihnen noch verbleibenden Zeit in Hamburg lebten sie von den Resten ihres Vermögens. Auf Gertrud Cohn waren im Schiffsregister vier Kastenschuten eingetragene, die sie damals an den Hamburger Otto Hinz veräußerte.

Ab November 1938 setzten massive staatliche Mechanismen zur Ausplünderung der deutschen Juden ein. Entsprechend der Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens vom 3. Dezember 1938 mussten Leopold und Gertrud Cohn im März 1939 Schmuck, Tafelsilber und weitere Gold- und Silbersachen im nachträglich geschätzten Wert von ca. 8.600 RM bei der städtischen Pfandleihe als Ankaufstelle für einen Bruchteil ihres realen Wertes abliefern.

Das Vermögen von Leopold Cohn in Form von Konten und Wertpapieren lag bei der Deutschen Bank Filiale Hamburg und der Hamburger Sparkasse, das von Gertrud Cohn ebenfalls bei der Deutschen Bank und dem Bankhaus M.M. Warburg. Auf Basis der am 12. November 1938 per Verordnung auferlegten sogenannten Judenvermögensabgabe wurden im Juni 1939 für Leopold Cohn Wertpapiere im Gesamtannahmewert von 3.738,75 RM an die Preußische Staatsbank abgeliefert, für Gertrud Cohn Wertpapiere im Gesamtannahmewert von 7.038,90 RM in Zahlung gegeben.

Zu Anfang des Jahres 1941 wurden Leopold und Gertrud Cohn gezwungen, ihre Wohnung am Mittelweg zu räumen und in eine kleinere Bleibe in der Bellevue 34 umzuziehen. In dem fünfgeschossigen Mietshaus, in dem sie vermutlich zur Untermiete unterkamen, lebten jeweils mehrere Mietparteien auf einer Etage, darunter Handwerker, Arbeiter und ein Seemann. Im Keller befand sich eine Rossschlachterei.

Für den 4. Dezember 1941 befahl die Geheime Staatspolizei die Beiden zur Deportation. Mit dem Transport vom 6. Dezember wurden sie nach Riga und dort in das Vernichtungslager Czelnö deportiert. Ihr zurückgelassener Hausrat, darunter hochwertiges Mobiliar, ein umfangreicher Buchbestand und kostbares Porzellan, kam anschließend zur Versteigerung.

Schatzanweisungen des Deutschen Reiches im Wert von 1.000 RM wurden 1942 an die Reichsschuldenverwaltung in Berlin abgeliefert und vernichtet. Weiterhin wurden eine große Menge Wertpapiere und Schatzanweisungen aufgrund einer Einziehungsverfügung des Reichsstatthalters in Hamburg an die Deutsche Reichsbank bzw. an die Preußische Staatsbank in Berlin abgeliefert.

Seit ihrer Deportation am 6. Dezember 1941 gab es von Leopold und Gertrud Cohn kein Lebenszeichen mehr. Sie wurden mit Stichtag Ende 1945 für tot erklärt und gelten als ermordet.

Franz Cohn und Charlotte Goldschmidt stellten als Erben von Leopold und Gertrud Cohn 1950 und 1953/54 über ihre Anwälte in Hamburg Anträge auf Wiedergutmachung. Zugunsten ihres mittellosen Bruders verzichtete Charlotte am 13. Oktober 1951 auf ihren Erbteil. In den amtlichen Verfahren wurden ihnen in den folgenden Jahren Entschädigungen für die Haftzeit von Vater und Mutter, für deren Tragen des „Judensterns“, für den Schaden im beruflichen und wirtschaftlichen Fortkommen Leopold Cohns sowie für

die erzwungene Abgabe von Gold- und Silbersachen zugesprochen. Zu Entschädigungsleistungen für entzogene Bankguthaben, Wertpapiere und sonstiges Vermögen ist nichts überliefert, ebenso wie über die geforderte Rückgabe der vier Kastenschuten der Mutter. Eine Wiedergutmachung für die Zwangsliquidation der Firma Leopold Cohn wurde abgelehnt, „da sie wegen seiner Tätigkeit bei der Reichsmaisstelle bereits seit langen Jahren ruhte und auch nicht dargetan ist, daß er nach seinem Ausscheiden bei der Reichsmaisstelle wieder für eigene Rechnung arbeitete.“

Franz Markus Cohn hatte 1940 in Chile die Jüdin Ruth Helene Maier aus Weinheim an der Bergstraße geheiratet. 1948 kam ihre Tochter Irma Gertrudis zur Welt. Nach seiner Emigration hatte Franz vergeblich versucht, sich in Chile als Kaufmann zu etablieren. Mit wechselnden Tätigkeiten bemühte er sich in den folgenden Jahren, seine durch Krankheit halbseitig gelähmte Frau und seine Tochter zu ernähren. In Santiago de Chile wurde er durch die dortige Jüdische Gemeinde unterstützt. Ohne Aussicht auf Zukunft in Chile, kehrte er im November 1953 mit seiner Familie nach Hamburg zurück. Dort starb er am 12. Dezember 1961.

Charlotte Goldschmidt, die inzwischen die englische Staatsangehörigkeit besaß, musste mit ihrer Familie nach der Unabhängigkeitserklärung Indiens 1947 Bombay verlassen und zog in die USA. Zum Zeitpunkt des Todes ihres Mannes 1970 lebte sie in Forest Hills, New York. Sie verstarb am 22. Februar 1985 und wurde in New York bestattet.

Anführungszeichen kennzeichnen Zitate aus Quellen und Literatur. Die Belege werden in der ausführlichen Dokumentation enthalten sein.

Die ausführlichen Biografien sowie 25 weitere Biografien von Mitgliedern des Ehrenamtes und Hauptamtes der Handelskammer Hamburg erscheinen in einer gesammelten Publikation in der ersten Jahreshälfte 2019.

Otto Friedeberg

Jg. 1855
unfreiwillig verzogen
1943 Cottbus
tot 7.7.1945



Vizepräsident der Handelskammer 1927–1929
Mitglied des Plenums der Handelskammer 1911–1933
Mitglied des Vorstands der Getreidebörse spätestens 1928–1933

Otto Friedeberg, geboren am 15. Mai 1855, kam ursprünglich aus Magdeburg. Sein Vater war der jüdische Kaufmann Carl Friedeberg (ca. 1806–1876), seine Mutter Julie, geb. Arndt. Otto hatte noch drei Geschwister: Eduard (1838–1918), Paul (1845–1898) und Emma. Vater Carl und Bruder Paul, beide Kaufleute, besaßen in Magdeburg an der Spiegelbrücke 16/19 eine Spirit- und Rumfabrik. Carl Friedeberg war über Jahrzehnte hinweg Vorsitzender der Repräsentanten-Versammlung der Synagogengemeinde in Magdeburg.

In seiner Vaterstadt absolvierte Otto Friedeberg die Realschule und danach eine kaufmännische Lehre bei der dortigen Firma „Gebr. Friedeberg, Getreide- und Commissionsgeschäft“. Berufserfahrung sammelte er bei Getreidehandelsfirmen in Berlin, Paris und London. In Finchley, England, heiratete er am 3. Juni 1880 Marie Louise Wylimann. Sie stammte aus Bern, wo sie als Tochter von Johann Heinrich Willimann und Anna, geb. Gasser, am 3. Dezember 1855 zur Welt gekommen war. Mit ihr zog Otto Friedeberg noch im selben Jahr nach Hamburg und wohnte hier in der Jordanstraße 6. Seit seiner Konfirmation gehörte er bereits der evangelisch-lutherischen Konfession an. Seine 1881 und 1884 geborenen Töchter Dorothea Louise (geb. 1881) und Gertrud Anna (1884–1978) wurden beide evangelisch getauft. Im folgenden Jahrzehnt wechselte die Familie mehrfach die Wohnung: Heußweg 60 (1884–1886), Sechslingspforte 5 (1887–1889) und Uhlandstraße 33 (1890–1992). 1892 erwarb sie in Winterhude in der Sierichstraße 15 eine kleine Stadtvilla als bleibendes Domizil. Mittlerweile hatte sie sich um die Töchter Margarethe Lucy (geb. 1890) und Lily Magdalena (1892–1983) vergrößert.

Otto Friedeberg arbeitete in Hamburg zunächst im „Getreide- und Commissionsgeschäft G. Arndt und Arnstädt“ in der Alten Gröningerstraße 1. Am 30. Dezember 1882 machte

er sich selbstständig und ließ unter der Firma Otto Friedeberg sein eigenes Unternehmen ins Handelsregister eintragen. Das Getreide-, Produkten- und Kommissionsgeschäft lag nur wenige Häuser entfernt von seiner vorigen Arbeitsstätte in der Alten Gröningerstraße 15. Auch der Sitz der Firma änderte sich in den kommenden Jahrzehnten häufig: Neue Gröningerstraße 9 (ca. 1890–1993), Große Reichenstraße 11 (1894–1899), Zollenbrücke 3 (1900–1903), Große Reichenstraße 63 (1904–1918), Schauenburgerstraße 15 (1919–1929) und schließlich ab 1930 Alter Wall 60.

Schon 1882 war Friedeberg in den Verein der Getreidehändler der Hamburger Börse eingetreten. Ab 1889 saß er im Vorstand des Vereins und von 1907 bis 1929 bekleidete er das Amt des Vorsitzenden.

Am 30. November 1911 wurde Otto Friedeberg zum Plenumsmitglied der Handelskammer gewählt und in den Wahlen 1917, 1919, 1923 und 1929 bestätigt. Von 1927 bis 1929 hatte er das Amt des Vizepräsidenten inne und saß spätestens 1931 im Gremium für die Börsenzulassung. In zahlreichen Sektionen der Handelskammer war er, meist bis zum Frühjahr 1933, geschätztes Mitglied: für Seeschifffahrt, für Flussschifffahrt (1931 Vorsitz), für Warenhandel (1931 Vorsitz), für Wahlaufsätze und Jahresbericht, für Börse, Bibliothek und Inneres (1931 Vorsitz), für Gerichts- und Rechtswesen. Im Alter von fast 77 Jahren legte er im Januar 1932 den Vorsitz in der Flussschifffahrts-Sektion, in der Warensektion und „trotz lebhaften Zuredens der anwesenden Mitglieder“ in der Sektion für Inneres nieder. Daneben übte Otto Friedeberg weitere bedeutende Ämter aus: Er war Schatzmeister der Kammer, Vorsitzender des Oberelbischen Schiedsgerichts, Vorsitzender des Frachtenausschusses, Vorsitzender des Vorstandes der Getreidebörse und Mitglied der Kommission für Handelsklassen. Von der Kammer war er ab 1919 delegiert in die Deputation für indirekte Steuern und Abgaben, ab 1927 in die Deputation für Holländische Schifffahrt und Gewerbe, er saß im großen Ausschuss des Zentralvereins für deutsche Binnenschifffahrt, im Landeseisenbahnrat Hamburg, im Elbwasserstraßenbeirat und im Seewasserstraßenbeirat. Und er war vor dem Ersten Weltkrieg und in den 1920er Jahren Mitglied in der Versammlung Eines Ehrbaren Kaufmanns.

Nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten wurde im Frühjahr 1933 immer deutlicher, dass die Organisation der Handelskammer Hamburg neu gestaltet werden sollte. Präsident Nottebohm forderte am 12. Juni 1933 die bisherigen Plenumsmitglieder zur Niederlegung ihres Amtes auf, um eine personelle Neubesetzung im Sinne einer Verjüngung und NS-Konformität in die Wege zu leiten. Otto Friedeberg war dem zuvor-

gekommen, als er am 8. April 1933 sein Austrittsgesuch einreichte. In seiner Personalakte als Plenarmitglied wurde lapidar vermerkt: „freiwillig, aus Altersgründen“. Kurt F. Rosenberg, Rechtsanwalt und von 1924 bis 1933 Syndikus der Vereinigung Hamburger Getreide-Importeure, notierte am 19. April bedauernd in seinem Tagebuch: „Otto Friedeberg – ein alter erfahrener Fachmann – hat bei der Handelskammer seine elf Ehrenämter niedergelegt. Sie sind einem bisher untergeordneten Angestellten in der Getreidebranche übertragen worden, der weder die Erfahrungen noch die Fähigkeiten Friedeberg[s] besitzt.“

Bereits im Jahr 1923 hatte Friedeberg mit Genehmigung des Hamburger Senats die Otto Friedeberg-Stiftung des Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse e.V. ins Leben gerufen – Anlass war sein 40-jähriges Jubiläum als Vereinsmitglied 1922. Spenden für den Jubilar bildeten den Grundstock, gut situierte Mitglieder des Vereins stellten in den folgenden Jahren weitere finanzielle Mittel bereit. Zielsetzung der Stiftung war die „Unterstützung hilfsbedürftiger Mitglieder des o.g. Vereins und deren Angehörigen, ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses, bei Wiederherstellung ihrer Gesundheit, bei Erlernung, Begründung oder Förderung eines Berufes oder zur Erleichterung ihres laufenden Unterhalts.“ Das gleiche Ansehen von Personen aller Konfessionen war dem lutherischen Otto Friedeberg aus jüdischem Elternhaus ein persönliches Anliegen.

Noch Anfang Januar 1933 sandte der Vorstandsvorsitzende des Vereins der Vermittler für Getreide, Mehl und Futtermittel der Hamburger Börse e.V. seinem Mitglied Otto Friedeberg Glückwünsche zum 50-jährigen Geschäftsjubiläum und eine finanzielle Zuwendung an die Otto Friedeberg Stiftung.

Doch als bald darauf ruchbar wurde, dass die neue nationalsozialistische Reichsregierung nicht mehr mit Verbänden verhandeln wollte, die jüdische Mitglieder führten, begannen auch in diesem Verein in einer außerordentlichen Generalversammlung kontroverse Diskussionen um eine Neubildung des Vorstands nur aus nichtjüdischen Personen. Um dem Verein die Fortexistenz zu ermöglichen, erklärten Leopold Cohn, John Hausmann und Leopold Hiller ihr sofortiges Ausscheiden. Otto Friedeberg erklärte daraufhin, „... er sei zwar seit 57 Jahren Christ, aber seine Eltern seien Juden gewesen. Es sei besser, auch er trete aus dem Vorstand aus“ und schloss sich den Rücktritten an.

Mit Ablauf des Jahres 1935 zog sich Otto Friedeberg mit 80 Jahren aus der Leitung seiner Firma zurück. Einen Sohn, dem er sie hätte übergeben können, besaß er nicht.

Die Firma wurde in eine offene Handelsgesellschaft umgewandelt. Als Gesellschafter fungierten nun ihre langjährigen Prokuristen und Hamburger Kaufleute Max Richard Christian Vonhacht (seit 1909) und Friedrich Carl Christian Petersen (seit 1921). Zu welchen Konditionen Friedeberg ausschied, konnte nicht festgestellt werden. Es kann jedoch vermutet werden, dass dies auch damit zusammenhing, dass es Geschäften mit jüdischen Inhabern unter den zunehmenden Restriktionen und Diskriminierungen immer schwerer fiel, in Deutschland Vertragspartner und Abnehmer zu finden. Die OHG wurde Anfang 1940 wieder aufgelöst und Petersen führte den Betrieb als Alleininhaber weiter. Am 8. Mai 1941 ließ er die Umfirmierung in „Friedrich Carl Petersen“, Getreide-Import, eintragen. 1939 war der Sitz des Unternehmens vom Alten Wall zur Mönckebergstraße 9 verlegt worden.

In seinem neuen Lebensabschnitt als Privatier scheint Otto Friedeberg dennoch Kontakte zu einigen seiner früheren Weggefährten aus der Handelskammer gepflegt zu haben. Belegt ist, dass er sich 1936 mit Hinrich Elso Klöver, seit 1928 stellvertretender Syndikus, seit September 1933 Syndikus der Handelskammer, zum Frühstück traf, woraufhin dieser von der SA gerügt worden war.

Otto und Marie Louise Friedeberg, deren Töchter verheiratet waren und ihren eigenen Hausstand führten, zogen 1936 aus ihrer Stadtvilla in der Sierichstraße in eine Etagenwohnung nach Eppendorf, ins Obererdgeschoss eines fünfstöckigen gutbürgerlichen Wohnhauses im Loehrsweg 11.

Spätestens seit Herbst 1937 verschärfte sich auch in Hamburg das behördliche Vorgehen gegen jüdische Bürger. Sie wurden zunehmend aus dem wirtschaftlichen Leben verdrängt und in ihrer Bewegungsfreiheit beschnitten. Ab Frühjahr 1938 begann der legalisierte staatliche Zugriff auf jüdische Unternehmen und Privatvermögen. „Otto Friedeberg gehörte [zwar] der evang.luth. Religion an, wurde aber wegen der jüdischen Religionszugehörigkeit seiner verstorbenen Eltern aus rassistischen Gründen verfolgt.“ 1938/39 zwang man auch ihn zur Zahlung der Judenvermögensabgabe. Der Betrag, den er zu entrichten hatte, belief sich auf insgesamt ca. 20.250 RM, die er größtenteils mit Wertpapieren beglich.

Die von ihm begründete Otto Friedeberg-Stiftung tilgte im Herbst 1940 auf Drängen der Aufsichtsbehörde für Körperschaften seinen Namen aus ihrer Bezeichnung und benannte sich um in „Stiftung Hamburger Getreide-Kaufleute“.

Am 31. Dezember 1941 starb Otto Friedeberts Ehefrau Marie Louise in der Hansestadt an Bronchitis. Ein Zeitgenosse erinnerte sich: 1943 „nötigte ihn die SS mit sanften Zureden Hamburg zu verlassen“. Seine Tochter Lily schilderte 1952 den Vorgang genauer: „Etwa August/September 1943 wurde er durch Kündigung seiner Wohnung durch die Staatspolizeibehörde zum Verlassen Hamburgs gezwungen. Nur so konnte er der bereits verfükten Einweisung in ein jüdisches ‚Altersheim‘, die seinen alsbaldigen ‚Tod‘ zur Folge gehabt hätte, entgehen.“ Tatsächlich registrierte die Einwohnermeldekartei Hamburg Friedeberg bis Juli 1943 in der Beneckestraße 6 unter der Adresse des dortigen „Jüdischen Altersheims“. Am 29. Juni 1943 sei er nach Theresienstadt, also zur Deportation abgemeldet worden. Dem drohenden Transport ins Konzentrationslager entzog sich der 88-Jährige jedoch, indem er sich bei seinen Töchtern Dorothea Hahn in Cottbus und Lily Kotze in Freienwalde verbarg. Diese „waren mit ‚arischen‘ Männern verheiratet, wodurch er weiteren Verfolgungsmassnahmen vorerst entgehen konnte.“ Es ist äußerst bemerkenswert, dass der hochbetagte Friedeberg es unter den damals herrschenden Reiseverboten für Juden und den allgegenwärtigen Kontrollen geschafft hat, sich zu seinen Kindern durchzuschlagen. Nach Kriegsende habe er vorgehabt, in seine Heimat Hamburg zurückzukehren, was ihm aber nicht mehr vergönnt war. „Durch die Anstrengungen der Flucht vor den hereinbrechenden Russen erschöpft ist er am 7.7.45 in Cottbus verstorben“.

Nach Ende des Zweiten Weltkriegs stellten Otto Friedeberts Töchter Anträge auf Wiedergutmachung für die ihrem Vater zugefügten Schäden: Dorothea Hahn, die weiterhin in Cottbus lebte und deren Mann Rudolf Testamentsvollstrecker für Friedeberg war, Margaret Post, inzwischen in Bad Kreuznach, Gertrud Mutze, die im oberbayrischen Gangkofen wohnte, sowie Lily Kotze in Hildesheim. Die Akten sind unvollständig, doch wurde ihnen anscheinend zumindest Schadensersatz für die von ihrem Vater geleisteten Sonderabgaben zugesprochen.

Die ehemalige Firma Otto Friedeberg, nun Firma Friedrich Carl Petersen, arbeitete nach dem Krieg zunächst in der Kleinen Rosenstraße 4, ab ca. 1950 am Alstertor 1 weiter. Nach Petersens Tod um 1956 wurde sie übergangsweise durch dessen Witwe, danach von Alfred Erwin Altermann fortgeführt und bestand noch bis 1960.

Im Jahr 1950 wurde die „Stiftung Hamburger Getreide-Kaufleute“ wieder in „Otto Friedeberg-Stiftung des Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse e.V.“ zurückbenannt.

Anführungszeichen kennzeichnen Zitate aus Quellen und Literatur. Die Belege werden in der ausführlichen Dokumentation enthalten sein.

John Hausmann

Jg. 1884

Flucht 1941 Frankreich

interniert Drancy

deportiert 1942

Auschwitz

ermordet 26.8.1942



Mitglied des Vorstands der Getreidebörse
spätestens 1928–1933

Am 22. November 1884 kam John Hausmann als mittleres von drei Geschwistern einer jüdischen Familie in Hamburg zur Welt.

Sein Vater Louis Hausmann war im damaligen Ratibor in der preußischen Provinz Schlesien am 15. April 1835 geboren. Im Jahr 1868 war er nach Hamburg gezogen. Zunächst war er als Handlungsgehilfe gemeldet, doch schon 1872 mit einem Bank- und Geldwechselgeschäft an der Ellerthorsbrücke 11 verzeichnet. John Hausmanns Mutter Friederike, geb. Schönberg, war am 15. Dezember 1834 im damals ostpreußischen Stallupönen zur Welt gekommen. Ihr erstes Kind, die Tochter Gertrud, wurde 1881 noch auf St. Pauli in der Karolinenstraße 2 geboren. Im Geburtsjahr von John Hausmann, 1884, lebte die Familie bereits in einer Etagenwohnung in den Colonnaden 36. Bruder Walther wurde 1887 geboren, verstarb jedoch bereits im Alter von 4 Jahren. Zwischen 1887 und 1890 zog die Familie nach Harvestehude in eine Parterrewohnung in der HansasträÙe 18.

Ungefähr Anfang 1893 meldete das Bank- und Geldwechselgeschäft Louis Hausmann Konkurs an. Louis Hausmann, in den Quellen auch als Fondshändler bzw. „Banquier“ bezeichnet, wurde am 13. August 1893 als vermisst gemeldet und am 10. November 1893 tot in der Elbe aufgefunden. Friederike Hausmann trat mit Unterstützung zweier offiziell verpflichteter Assistenten die Vormundschaft über die beiden Kinder John und Gertrud an. Als Witwe zog sie mit ihnen zur Rutschbahn 23 um. Drei Jahre später, am 17. Oktober 1896, starb auch sie. Wie bereits ihr Sohn Walther wurden Louis und Friederike Hausmann auf dem Jüdischen Friedhof in Ohlsdorf bestattet. Wo die noch minderjährigen Kinder John und Gertrud in den folgenden Jahren aufwuchsen, ist nicht bekannt.

Gertrud Hausmann wurde 1907 im Hamburger Melderegister nach New York abgemeldet, nachdem sie schon drei Jahre zuvor einmal dorthin gereist war. John Hausmann hatte mittlerweile seine Ausbildung beendet und arbeitete in der Firma J.H. Friedländer & Co., die ihr Kontor in unmittelbarer Nähe zu Rathaus und Börse in der Schauenburgerstraße 34 hatte. Das Unternehmen, das auf den Export und Import von Getreide, Ölsaaten und Spiritus spezialisiert war, bestand seit spätestens 1881. Es wurde zunächst als Kommanditgesellschaft, ab 1892 als Einzelunternehmen geführt und 1906 zur offenen Handelsgesellschaft mit Max Friedländer und seinem Sohn Jacob Oscar Friedländer als Gesellschafter. 1907 erhielt John Hausmann Gesamt- und 1913 Einzelprokura.

Vermutlich um 1909 hatte Hausmann, der damals noch in Eppendorf im Lehmweg 8 wohnte, die 1880 im elsässischen Ribeauville / Rappoltsweiler geborene Jüdin Hortense Weill (1880–1944) geheiratet. In Hamburg bekamen sie 1910 ihren ersten Sohn, Georg (1910–1942). Im Jahr darauf folgte Sohn Edgar Marcel, 1914 Paul und schließlich 1916 Alfred. Während des Ersten Weltkrieges kämpfte John Hausmann an der Front und wurde dafür mit dem Hamburgischen Hanseatenkreuz sowie dem Ehrenkreuz für Frontkämpfer ausgezeichnet. Über die weiteren Lebensumstände der Familie bis in die 1930er Jahre ist nur wenig bekannt. Von 1910 bis 1912 lebte sie in einer Etagenwohnung in Harvestehude, Isestraße 12, und von 1913 bis 1922 im Parterre des Hauses Abendrothsweg 34 in Eppendorf.

Anfang 1920 trat John Hausmann als Gesellschafter bei J.H. Friedländer & Co. ein. 1922 erwarb er in Alsternähe in Winterhude das Haus Scheffelstraße 12. Seine Nachbarn in der Straße waren Professor, Architekt, Apotheker bzw. Fabrikbesitzer, was die gehobene Wohnlage verdeutlichte. 1927 zog die Familie wieder nach Harvestehude, in ihre neu erworbene Reihen-Stadtvilla St. Benedictstraße 15. In derselben Straße besaßen auch Edgar Eichholz von der Firma Eichholz & Loeser, Michael Goldstein von H.A.Jonas Söhne & Co. sowie Paul Salomon ihre Domizile.

Zu den Kinder- und Jugendjahren des ältesten Sohnes Georg Hausmann ist nichts überliefert. Edgar absolvierte nach dem Einjährigen-Examen am Gymnasium Johanneum eine kaufmännische Ausbildung. Paul besuchte bis 1934 die Oberrealschule Wichern in Hamburg. Und Alfred schloss 1935 seinen Schulbesuch am Johanneum mit der Abiturreife ab. Wie intensiv die Familie ihre jüdische Religion praktizierte, ist nicht bekannt. John Hausmann wurde von 1917 bis 1941 bei der Deutsch-Israelitischen Gemeinde Hamburg als Mitglied unter Nr. 4440, Edgar und Alfred von 1934 bis 1939 unter der Nr. 19369 bzw. Nr. 19593 geführt.

Als angesehenen Geschäftsmann und Mitgesellschafter von J.H. Friedländer & Co. hatte das Plenum der Handelskammer Hamburg John Hausmann in den Jahren 1928 bis 1933 zum Mitglied des Börsenvorstandes, Abteilung Getreide (Gerste, Mais, Weizen und Roggen) ernannt. Von 1926 bis 1933 war er Mitglied in der Versammlung Eines Ehrbaren Kaufmanns. Für die Kaufmannschaft war er 1931 und 1932 im Gremium für die Börsenzulassung tätig. Und er war Mitglied im Verein der Vermittler für Getreide, Mehl und Futtermittel der Hamburger Börse e.V. Daneben engagierte er sich auch im gemeinnützigen Bereich: Im Jahr 1926 war er bei der Stiftungsaufsicht eingetragen als einer der „Verwalter“ der seit 1923 bestehenden „Otto Friedeberg Stiftung“, die bedürftige Mitglieder des Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse und deren Angehörige unterstützte, unabhängig von ihrer Konfession.

Schon bald nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten wuchsen im Verein der Vermittler für Getreide, Mehl und Futtermittel der Hamburger Börse Bedenken, die neue Regierung werde die Zusammenarbeit mit Organisationen einstellen, die auch Bürger mosaischen Glaubens zu ihren Mitgliedern zählten. Es mehrten sich die Stimmen, „nicht-arische“ Mitglieder müssten leider „im Interesse der Landwirtschaft und des Handels für absehbare Zeit ausscheiden“. Andere wiederum traten vehement für die jüdischen Mitglieder ein und betonten, im Vorstand säßen außerordentlich ehrbare Kaufleute, man solle sich nicht an der Religion stoßen. Mitglied Toepfer erklärte: „Da das Judentum im internationalen Getreidehandel tätig sei, sollte man sich nicht scheuen, einen sachverständigen Juden, wie z.B. Herrn Hausmann in den Vorstand zu wählen.“ Da jedoch viele Mitglieder nur noch einen rein „arischen“ Vorstand anstrebten, trat Hausmann, ebenso wie Otto Friedeberg, Leopold Cohn und Leopold Hiller, mit dem 31. März 1933 aus dem Verein der Vermittler für Getreide, Mehl und Futtermittel der Hamburger Börse aus.

Noch im Januar 1933 war John Hausmann erneut in den Vorstand der Getreidebörse gewählt worden. Doch am 12. Mai des Jahres setzte der Verein der Getreidehändler ihn nicht mehr auf seine Vorschlagsliste an die Handelskammer für die Vorstandsneuwahl. Am 30. Juni 1933 meldete man der Handelskammer, sämtliche Vorstandsmitglieder der Getreidebörse, darunter Hausmann, hätten ihr Mandat zur Verfügung gestellt. Im neuen Vorstand nach der Gleichschaltung war John Hausmann nicht mehr vertreten, ebenso wenig wie andere Juden.

Dennoch verliefen die Geschicke der Familie Hausmann auch nach 1933 zunächst nicht aussichtslos. Sohn Paul studierte 1935 an der Universität Lausanne/Schweiz und 1935/36

an der Universität Hamburg Philologie und Rechtswissenschaften. Alfred begann 1936 eine kaufmännische Ausbildung. Georg zog in jenem Jahr nach Paris, um im Heimatland seiner Mutter als Sprachlehrer zu arbeiten. Und Edgar, der nach Abschluss seiner Kaufmannslehre für eine Firma in London und Paris erste berufliche Erfahrungen gesammelt hatte, war mit Jahresbeginn 1934 in die väterliche Firma eingetreten „mit der Aussicht, später Mitinhaber zu werden“. 1937 erteilten J.H. Friedländer & Co. ihm Gesamtprokura und ein Jahr später Einzelprokura. Das Unternehmen, das einen hervorragenden Ruf genoss, arbeitete hauptsächlich im Auslandsgeschäft. Der Rechtsberater von John Hausmann wies 1940 darauf hin: „Noch in den Jahren 1937 und 1938, zu einer Zeit, wo die Beschaffung von Devisen für den Bezug von Rohstoffen besonders dringend war, hat die Firma J.H. Friedländer & Co. aus ihrem wertvollen Transitgeschäft die Summe [aus englischen Pfund und holländischen Gulden im Gegenwert von] 435.000,- Goldmark in Devisen an die Reichsbank abgeführt...“ Im Frühjahr 1938 löste sich die OHG auf und John Hausmann wurde zum Alleininhaber.

Ungeachtet ihrer Wirtschaftsleistung standen J.H. Friedländer & Co. jedoch – wie alle von Juden geführten Unternehmen – spätestens seit 1936/37 im Fokus wachsender „Arisierungsbestrebungen“ staatlicher Organe. Und 1938 hatte auch die Industrie- und Handelskammer die Firma in ihrer „Zusammenstellung über ‚sogenannte‘ nichtarische Firmen nach Geschäftszweigen“ verzeichnet, auch wenn sie diese „Nur für den internen Dienstgebrauch“ führte.

Als erster der Familie Hausmann fasste Sohn Paul, mittlerweile ausgebildeter Gymnastiklehrer und Kosmetiker, den Entschluss, Deutschland zu verlassen. Um ein Visum für sein Zielland Uruguay zu erhalten und dort seinen Unterhalt zu bestreiten, bis er eine Anstellung finden würde, schenkte John Hausmann ihm einen höheren Geldbetrag. Am 30. April 1938 reiste Paul Hausmann per Schiff nach Montevideo. Von dort wanderte er Anfang Februar 1941 weiter nach Argentinien. Sein Bruder Alfred musste am 31. Mai 1938 seine Lehre bei der Drogengroßhandlung Landauer & Co. am Grimm 22 abrechnen und verlor seine Stelle, da dieser Betrieb „arisiert“ wurde. Die Devisenstelle des Oberfinanzpräsidenten, die auch bei John Hausmann eine Auswanderungsabsicht vermutete und die Kapitalflucht befürchtete, erließ am 9. Juni 1938 gegen ihn Sicherungsanordnung. Von diesem Zeitpunkt ab durfte er über seine Vermögenswerte nur noch mit Einverständnis der Devisenstelle verfügen. Im Dezember 1938 erhielt er immerhin die Genehmigung, seinem in Paris lebenden Sohn, der als Devisenausländer galt, eine größere Summe als Geldgeschenk auf ein gesperrtes Konto bei Firma M.M. Warburg KG zu überweisen.

Erste massive Folgen der NS-Judenpolitik bekam Sohn Edgar zu spüren. Im Zuge der „November-Aktion“ als Reaktion auf die Reichspogromnacht wurde er am 10. November 1938 festgenommen und in das KZ Sachsenhausen überstellt. Als er von dort am 20. Dezember 1938 wieder entlassen wurde, entschied er, baldmöglichst nach Frankreich auszuwandern. Seine Mutter reiste daraufhin nach Paris, um dort die Hilfe ihrer Verwandten in Anspruch zu nehmen. In Frankreich geboren, hatte sie bereits im Jahr 1920 wieder die französische Staatsangehörigkeit angenommen. Als Ausländerin gelang es ihr, durch die Verlegung ihres Wohnsitzes für einen dauerhaften Aufenthalt in Frankreich Teile ihres persönlichen Vermögens dorthin zu transferieren. Ihre bei der M.M. Warburg KG geführten Konten wurden von dem Bankhaus jedoch Anfang Januar 1939 in ein Auswanderersperkonto, ihr Depot bei Warburg in ein Auswandererdepot umgewandelt. Das Gleiche erfolgte mit dem Konto des in Paris lebenden Georg Hausmann.

Bereits zu diesem Zeitpunkt plante John Hausmann, seiner Frau nach Frankreich zu folgen. Zunächst wollte er jedoch noch in Hamburg seine Vermögensverhältnisse regeln. Es lag ihm am Herzen, seine Firma, die überwiegend „arisches Personal“ beschäftigte, „in die richtigen Hände [zu] bringen“. Mit Vertrag vom 31. Januar 1939 wurden J.H. Friedländer & Co. durch die Übereignung an die Getreide- und Futtermittel-Gesellschaft A. Lühke & Co., Jungfernstieg 30, „arisiert“. Der Vertrag wurde am 29. März 1939 durch den damaligen Reichsstatthalter in Hamburg genehmigt. Die Ablösesummen für die Warenvorräte und das Inventar wurden auf das beim Bankhaus M.M. Warburg geführte Sperrkonto Hausmann eingezahlt. Vertraglich hatte John sich verpflichtet, die neuen Inhaber einzuarbeiten. Am 29. Dezember 1939 vermerkte das Handelsregister die Firma als erloschen.

Die Tätigkeit des Sohnes Edgar in der väterlichen Firma war mit dem 31. Dezember 1938 beendet worden. Sein Vater nahm am 8. Februar 1939 von ihm Abschied, als Edgar sich zur Auswanderung nach Bangkok im damaligen Siam einschiffte. Ende des Vorjahres hatte er ihm und Alfred noch – wie zuvor ihren Brüdern – größere Geldbeträge zukommen lassen.

Als Nächstes verkaufte John Hausmann die drei Liegenschaften, die er besaß: mit Vertrag vom 9. Februar 1939 das Grundstück Eichenstraße 52 an Kurt Andreas Ernst Becher für einen Kaufpreis von 82.500 RM, mit Vertrag vom 23. März 1939 das Grundstück St. Benedictstraße 15 an Sophie Ellerbrock zum Kaufpreis von 34.000 RM sowie mit Vertrag vom 2. Mai 1939 das Grundstück Isestraße 69 an Ernst von Spreckelsen für den Kaufpreis von 99.000 RM. Die deutlich niedrigeren Nettoerlöse gingen auf das Sicherungskonto von John Hausmann.

Spätestens ab Frühjahr 1939 bereitete auch John Hausmann sich auf die Auswanderung vor. Sein Vermögen, das von der M.M. Warburg KG für das Jahr 1938 noch mit 800.000 RM angegeben war, schmolz durch die Begleichung von Zwangsabgaben: Für sich und seine Frau entrichtete er durch Hergabe von Wertpapieren 113.565 RM Reichsfluchtsteuer und 243.406 RM Judenvermögensabgabe. An die Deutsche Golddiskontbank zahlte er 146.000 RM in bar und an den Jüdischen Religionsverband 25.739 RM Auswandererabgabe. Mitte Mai 1939 bezifferte die Devisenstelle des Oberfinanzpräsidenten das restliche Vermögen nur noch auf 261.257 RM.

Nach Räumung ihres Hauses in der St. Benedictstraße 15 zogen John und Edgar Hausmann in ein provisorisches Quartier in Streit's Hotel am Jungfernstieg 38. Kunstgegenstände, Gold- und Silbersachen, Elektrogeräte und Briefmarken wurden taxiert und mussten verkauft werden. Das zur Mitnahme vorgesehene Umzugsgut wurde verpackt und beim Hauptzollamt eingeliefert. Am 19. Juni 1939 erhielt John Hausmann die „Unbedenklichkeitsbescheinigung“ für seinen Pass. Zur Bestreitung seines Lebensunterhalts und zum Begleichen einzelner Forderungen genehmigte man ihm die Abhebung geringer Geldbeträge von seinem Auswanderersperrkonto bei der M.M. Warburg KG.

Am 8. Juli 1939 verließ der Sohn Alfred Hausmann Deutschland in Richtung England, um dort auf die Möglichkeit zur Weiterreise in die USA zu warten. John selbst gelang es dann im Juli/August 1939, in zwei Tranchen den überwiegenden Teil – immerhin insgesamt 232.565 RM – seines noch existierenden Inlandvermögens aus Bankguthaben und Wertpapieren durch sogenannte Türkentransfers ins Ausland zu schaffen. Dabei handelte es sich um ein „von Warburg & Co. zusammen mit der Hamburger Warburg-Bank organisiertes Kompensationsgeschäft“, das es ab Mitte 1939 deutschen Juden ermöglichte, trotz der nach Beginn des Krieges verhängten Transfersperre größere Vermögenswerte im Ausland in Sicherheit zu bringen. Im September hob die Devisenstelle die Sicherungsanordnung für John Hausmann wieder auf. Und Ende Dezember erteilte auch das Finanzamt Hamburg-Altstadt seine „Unbedenklichkeitsbescheinigung“ für Johns beabsichtigte Auswanderung.

Doch durch den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges schob sich seine Ausreise immer weiter hinaus. Hatte er zunächst noch beabsichtigt, zu seiner Frau nach Frankreich zu ziehen, gab er zu Jahresende die USA und im Mai 1940 Uruguay, das Aufenthaltsland seines Sohnes Paul, als Ziel an. Schließlich erteilte ihm die Passierscheinhauptstelle Berlin des Oberkommandos des Heeres im Frühjahr 1941 die Erlaubnis, ins besetzte Paris einzureisen

und dort mit seiner Ehefrau Hortense zusammen zu wohnen. Im Januar 1941 wurde endlich das zwischenzeitlich eingelagerte Umzugsgut nach Frankreich verbracht und am 12. Juni 1941 John Hausmann beim Hamburger Einwohneramt als ausgewandert abgemeldet. Über sein restliches noch in Deutschland verbliebenes Vermögen wurde im Folgejahr die staatspolizeiliche Sicherstellung ausgesprochen.

Alfred war, da Staatsangehöriger des Kriegsgegners, im Juli 1940 als „enemy alien“ von der englischen Regierung interniert und erst mit einem Visum für die USA im November 1940 wieder freigelassen worden. Da er jedoch keine Überfahrt erhielt, verfiel dieses Visum, und er blieb weiterhin in London. John Hausmanns ältester Sohn Georg war in Frankreich mit Kriegsbeginn ebenfalls interniert worden. 1941 befand er sich dort noch im Konzentrationslager und hoffte darauf, nach Übersee auswandern zu können.

Das Wiedersehen ihrer Eltern in Paris war nicht von Dauer. John Hausmann, der im besetzten Frankreich den „Judenstern“ tragen musste, wurde am 16. Juli 1942 von deutschen Truppen festgenommen und in das Durchgangslager Drancy gebracht. Von dort wurde er am 29. Juli mit Transport 12, Zug 901-7, ins KZ Auschwitz-Birkenau verschleppt, wo er zusammen mit weiteren 999 Menschen am 31. Juli 1942 ankam. Zwei Jahre später, am 28. Juli 1944, wurde Hortense Hausmann inhaftiert und nach Drancy gebracht. Am 31. Juli deportierte man sie mit dem Transport 77, der am 3. August 1944 mit 1.300 Personen Auschwitz erreichte. Im Juli 1942 wurde auch Sohn Georg(es) aufgegriffen und in Drancy interniert. Er war einer von 1.000 Menschen, die am 9. September mit Transport 30 nach Auschwitz-Birkenau verschleppt wurden und dort am 11. September 1942 ankamen. John Hausmann starb im August 1942, Sohn Georg vermutlich im September des Jahres und Hortense Hausmann im Juli/August 1944 im Konzentrationslager.

Sohn Paul war am 6. Februar 1941 von Uruguay nach Argentinien gezogen. Ohne abgeschlossene Ausbildung schlug er sich dort über lange Jahre als Privatlehrer durch. Ein schon vor seiner Emigration bestehendes Augenleiden verschlimmerte sich aufgrund unzureichender Ernährung und problematischer Lichtverhältnisse, so dass er nur noch zu 50 Prozent erwerbsfähig war und an der Armutsgrenze lebte. Seine letzte Wohnadresse lag 1966 in Buenos Aires.

Sohn Alfred hatte in London in einer Lederwarenfabrik gearbeitet. Im Juni 1941 hatte er in der englischen Hauptstadt Gertrud Levin geheiratet und mit ihr 1944 Tochter Miriam bekommen. 1947 wanderte die Familie weiter in die USA. Zunächst wohnte sie in

Milwaukee, Wisconsin. 1952 zog sie nach San Francisco, Kalifornien, wo 1953 eine zweite Tochter, Ruth, zur Welt kam. Alfred war dort mindestens bis 1965 als Angestellter in einer Großhandlung für Apotheken und Drogerien beschäftigt.

Edgar Hausmann hatte nach seiner Auswanderung in Bangkok bei einer Reis-Großhandelsfirma gearbeitet. Infolge der japanischen Besetzung war diese im Dezember 1941 geschlossen worden, wodurch er vorübergehend von Gelegenheitsarbeiten und seinen Ersparnissen leben musste, bis das Unternehmen ihn wieder einstellte. 1948 zog er nach Italien, wo er sich wegen einer vermutlich im Konzentrationslager entstandenen Kehlkopftuberkulose behandeln ließ. Als einziges der überlebenden Kinder von John und Hortense Hausmann kehrte Edgar nach Deutschland zurück. Im Sommer 1950 zog er mit seiner Ehefrau Nedda geb. Abramovitch (1920–1998) nach Hamburg und war bald darauf wieder in der St. Benedictstraße 15 gemeldet. 1952 kam ihr Sohn Philipp zur Welt. 1957 wurde Edgar eine 60-prozentige Erwerbsminderung wegen Lungentuberkulose, beruhend auf der NS-Verfolgung, zugestanden.

Noch von Italien aus hatte Edgar Hausmann 1949 über einen Hamburger Rechtsanwalt in seinem und im Namen seiner Brüder Paul und Alfred Wiedergutmachungsansprüche bezüglich der Firma J.H. Friedländer & Co. angemeldet, deren letzter Alleininhaber ihr Vater John gewesen war. Am 16. September 1949 wurden das Unternehmen unter seinem alten Namen und Edgar Hausmann als Inhaber auf Grund des Gesetzes No. 59 der Britischen Militärregierung wieder im Handelsregister eingetragen. In die OHG nahm Edgar auch einen Nachkommen der ehemaligen Erwerberfirma Lütke als Mitgesellschafter auf. Seit 1958 führte Edgar die Firma J.H. Friedländer & Co. – bis 1967 noch mit Sitz Jungfernstieg 30 – wechselnd als Alleininhaber, als Kommanditgesellschaft und wieder als Alleininhaber, bis sie 1985 als erloschen registriert wurde.

Für die Schäden an Freiheit, Vermögen, beruflicher Verdrängung und für die geleisteten Sonderabgaben, die die Eltern John und Hortense Hausmann durch die NS-Verfolgung erlitten hatten, wurde den Söhnen aufgrund ihrer 1953/54 eingereichten Wiedergutmachungsanträge in den Jahren 1956, 1960 und 1962 Entschädigung zugesprochen. Die drei von John Hausmann 1939 unter Druck veräußerten Grundstücke wurden seinen überlebenden Söhnen nach Restitutionsverfahren vor dem Landgericht Hamburg 1950 zurückerstattet. Die gegenseitigen Ansprüche zwischen der Erbengemeinschaft und den damaligen Erwerbern glich man dabei aus. Edgar Hausmann lebte fortan wieder in seinem früheren Elternhaus St. Benedictstraße 15.

Für John und Hortense Hausmann sowie ihren Sohn Georg liegen Gedenktafeln auf dem Jüdischen Friedhof Ohlsdorf, Ilandkoppel.

Anführungszeichen kennzeichnen Zitate aus Quellen und Literatur. Die Belege werden in der ausführlichen Dokumentation enthalten sein.

Die ausführlichen Biografien sowie 25 weitere Biografien von Mitgliedern des Ehrenamtes und Hauptamtes der Handelskammer Hamburg erscheinen in einer gesammelten Publikation in der ersten Jahreshälfte 2019.

Ludwig Moritz Mainz

Jg. 1867

Flucht 1934 Holland

Herzinfarkt nach Hausdurchsuchung

tot 17.8.1942



Mitglied des Vorstands der Wertpapierbörse,
Abteilung Banken/Wertpapiere 1929–1933

Ludwig Moritz Mainz kam als drittes Kind und erster Sohn des Kaufmanns Moses Michael Mainz (1838–1915) und seiner Ehefrau Dorothea, geb. Oppenheimer (1839–1870), in Frankfurt/Main zur Welt. Beide stammten aus seit langem in der Stadt ansässigen, jüdischen Händler- und Kaufmannsfamilien und hatten 1862 geheiratet. Moses Michael führte gemeinsam mit einem Verwandten das vom Großvater errichtete Manufaktur- und Modewarengeschäft Mainz & Comp. in der Fahrgasse 96, einer belebten Einkaufsstraße. Anfang der 1880er Jahre handelte die gleichnamige Firma auch mit Rohwaren und Borssten. Kurz darauf schied Moses Michael um 1884 aus dem Betrieb aus.

Im Gegensatz zu vielen jüdischen Großfamilien dieser Zeit wuchs Ludwig Moritz Mainz nur mit den beiden Schwestern Jenny (1863–1915) und Amalie (1865–1942) auf. Die Mutter war bereits am 3. Mai 1870 verstorben. Über seine Kindheit und Jugend ist weiter nichts bekannt. 1882 heiratete die ältere Schwester den Kaufmann Sally Michel Mainz (1853–1932), einen Verwandten des Vaters. Dieser hatte 1877 in Hamburg das Bankgeschäft Sally M. Mainz gegründet. Nachdem 1884 die jüngere Schwester die Ehe mit dem Kaufmann Aron Hirsch (1858–1942) eingegangen und mit ihm nach Halberstadt gezogen war, verlegte Moses Michael Mainz zusammen mit seinem Sohn Ludwig Moritz um 1885 seinen Wohnsitz nach Hamburg. 1886 verzeichnet ihn das Adressbuch unter derselben Anschrift wie seinen Schwiegersohn, Hohe Bleichen 24 in der Neustadt. Zwei Jahre später lebte die Familie dann schon in einer Etagenwohnung Rothenbaumchaussee 19 im prosperierenden jüdischen Grindelviertel. Über viele Jahre blieb der gemeinsame Wohnsitz trotz mehrfachem Wohnungswechsel erhalten, bis Moses Michael schließlich um 1900 in eine eigene Wohnung in der Fröbelstraße 10 zog, in der er am 19. Dezember 1915 verstarb.

Ob Ludwig Moritz Mainz bereits in Frankfurt/Main mit einer kaufmännischen Ausbildung begonnen hatte, ist ungewiss. Zumindest zwei weitere Verwandte, Liebmann und Michael Moses Mainz, betrieben dort ihre Bank- und Wechselgeschäfte. In Hamburg arbeitete er im Bankhaus des Schwagers Sally Michel und erhielt dort am 7. Januar 1891 Prokura. Zeitgleich trat sein Cousin Hugo Mainz (1864–1932), der Sohn seines Onkels Liebmann, als Mitgesellschafter in das kleine Unternehmen in der Passage Scholvien 10 direkt am Jungfernstieg ein.

Ein schneller beruflicher Aufstieg schien Ludwig Moritz Mainz allerdings im Familienunternehmen nicht gewährleistet. So war er parallel auch als Prokurist tätig für das im Jahr 1870 gegründete Fondsgeschäft John M. Meyer an der Schleusenbrücke 7. Zum 1. Januar 1894 wechselte der 26-Jährige dann dort als Mitgesellschafter in die Geschäftsführung. Nur ein Jahr später trat der Firmengründer in den Ruhestand und Mainz übernahm die Bank als Alleininhaber unter Beibehaltung des alten, bewährten Namens. Seine Prokura für das Bankhaus des Schwagers blieb noch bis 1909 bestehen.

Auch privat gab es Veränderungen in Ludwig Moritz Mainz' Leben. Am 12. Juni 1894 heiratete er in Berlin Helene Hirsch, eine Verwandte seines Schwagers Aron. Helene stammte aus einer bekannten jüdischen Familie in Halberstadt, die im 19. Jahrhundert eine kleine Metallschmelze zu dem bedeutenden Industrieunternehmen Hirsch Kupfer und Messingwerke AG geführt hatte. Ihr früh verstorbener Vater Aron Joseph (1845–1880) und ihre Mutter Esther, geb. Hirsch (1851–1919), waren Enkel des Firmengründers. Helene wurde am 14. September 1873 in Halberstadt geboren und hatte drei Geschwister – Fanny Frummet (1871–1934), Katharina/Kätchen (1877–1945) und Joseph (1880–1950). Die Mutter hatte später mit den Kindern ihren Wohnsitz nach Berlin verlegt.

Das junge Ehepaar Mainz zog in der Rothenbaumchaussee 15 in eine Etagenwohnung im 3. Stock. Dort kam am 25. Juli 1895 die Tochter Dorothea Helene zur Welt. Ein Jahr später, am 19. Oktober 1896 folgte der Sohn Arnold Ludwig und am 15. März 1900 der zweite Sohn Helmuth. Der dritte Sohn Franz Ludwig wurde am 5. August 1903 geboren, die Tochter Anita am 1. April 1908. Da war die Familie bereits das zweite Mal umgezogen, 1898 in die Rothenbaumchaussee 64 a (später Hausnummer 77) und, mit wachsender Kinderschar, 1905 in ein Einzelhaus in der Hochallee 2. Im Juni 1909 erwarb Ludwig Moritz Mainz für seine große Familie schließlich die Stadtvilla Hochallee 11 für 67.000 Mark.

Nicht nur daraus lässt sich schließen, dass Ludwig Moritz Mainz mit seinem Fonds- und Kommissionsgeschäft wirtschaftlich erfolgreich war. So hatte er um 1899 gemeinsam mit dem Versicherungsmakler Gustav Adolf Cohen (später Wedekind) das Geschäftsgrundstück Glockengießerwall 17 / Raboisen 1 in der Altstadt erworben, wovon ihm gut zwei Drittel gehörten. Das Bankhaus John M. Meyer pflegte in den kommenden Jahrzehnten „insbesondere das inländische Effektingeschäft ... und [wurde] von Ludwig Moritz Mainz zu hoher Blüte geführt“. Zahlreiche Unternehmen und begüterte Personen gehörten zu seinen Kunden. So war er unter anderem Finanzberater der Firma Hugo Stinnes GmbH und der Deutsch-Amerikanischen Petroleum-Gesellschaft (DAPG). „Der Jahresgewinn belief sich auf 50. bis 60.000,-- Mark und erlaubte dem Inhaber, trotz grosser Kinderzahl und des dadurch bedingten nicht unerheblichen Privatverbrauchs ein erhebliches Vermögen anzusammeln.“

Das Bankhaus John M. Meyer wechselte mehrmals seinen Standort in der Hamburger Innenstadt, jedoch immer in unmittelbarer Nachbarschaft zur Börse und Handelskammer. Bis 1900 befand es sich an der Schleusenbrücke 7, dann bis 1909/10 am Plan 5 und danach in der Großen Johannisstraße 13. Von 1913 bis 1928 residierte die Firma an der Adolphsbrücke 4 und zog dann an die Börsenbrücke 2 a um. In der Zeit nach der Inflation erwirtschaftete der Inhaber Ludwig Moritz Mainz weiterhin große Einnahmen, die sich auf mindestens 63.000 bis maximal 210.000 RM beliefen. Auch die Wirtschafts- und vor allem die Bankenkrise konnte dem solventen Unternehmen nur wenig schaden. „Das Geschäft hat die Krise 1929/1932 wesentlich besser überstanden als andere vergleichbare Bankgeschäfte, die durchweg Verluste aufwiesen.“

Die Bank war im Verein der Mitglieder der Wertpapierbörse in Hamburg eingetragen, eine Voraussetzung für den Effektenhandel an der Börse. Der Verein schlug Ludwig Moritz Mainz Ende 1928 als neues Mitglied für den Börsenvorstand, Abteilung Banken und Wertpapiere, vor. Das jährlich neu zu besetzende Gremium an der Handelskammer Hamburg setzte sich aus In- und Teilhabern von Privatbanken sowie Vorständen und Direktoren großer Bankhäuser in Hamburg zusammen. Ab dem Jahr 1929 wurde Ludwig Moritz Mainz jedes Jahr vom Plenum der Handelskammer wieder für dieses Ehrenamt bestimmt. Sogar noch in der NS-Zeit bescheinigten ihm führende Hamburger Bankiers, dass er das angesehene Bankhaus John M. Meyer jahrzehntelang untadelig geführt habe.

Bereits früh engagierte sich Ludwig Moritz Mainz im Ausbau seiner Bank zu einem Familienunternehmen. Während der älteste Sohn Arnold sein Studium mit Promotion abschloss

und sich dann als Kunsthändler in Frankfurt/Main niederließ, absolvierten die beiden jüngeren Söhne eine kaufmännische Ausbildung. Helmuth trat danach 1919 in die Firma ein und erhielt 1920 Gesamtprokura, 1923 dann Einzelprokura. Franz machte zunächst eine Lehre bei der Bank und Im- und Exportfirma Münchmeyer & Co. am Alsterdamm 33 und war danach bis 1926 als Angestellter beschäftigt. Nach seinem Wechsel in die väterliche Devisenbank kümmerte er sich insbesondere um die Kundenakquise und konnte gemeinsam mit seinem Vater große Unternehmen wie die Reemtsma Cigarettenfabriken GmbH oder den Getreide- und Futtermittel-Import Alfred C. Toepfer sowie weitere Firmen der Waren- und Getreidebörse gewinnen. Auch dem in Frankfurt/Main als Rechtsanwalt tätigen promovierten Juristen und Schwiegersohn Otto Julius Eisner, seit 1921 mit der ältesten Tochter Dorothea verheiratet, und dem Sohn Arnold wurden mitten in der Hyperinflation 1923 noch sicherheitshalber Prokuren erteilt.

Kurze Zeit später erschütterte ein Schicksalsschlag die Familie Mainz. Arnold hatte am 30. Juni 1924 in Frankfurt/Main Suizid begangen. Einige Jahre später gründeten die Kinder Helmuth und Anita eigene Familien, und nur noch Franz lebte bei den Eltern. Am 12. Oktober 1928 heiratete Anita den Hamburger Kaufmann Hans Norbert Julius Oettinger (1900–1944), Mitinhaber des Im- und Exportgeschäfts für Rohtabak H. N. Oettinger & Co. Am 6. Januar 1929 schloss Helmuth die Ehe mit Lore Bacharach (geboren 1909) aus Berlin. Schon bald kamen die ersten Enkel auf die Welt. Seinen Plan, das große Stadthaus in der Hochallee 11 in ein Mehrfamilienhaus umzubauen, gab Ludwig Moritz Mainz schließlich aus Kostengründen auf.

Die „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 brachte für Ludwig Moritz Mainz in der Folge die Stigmatisierung als „Jude“. Seit seiner Kindheit bekannte er sich zum jüdischen Glauben und war seit vielen Jahren Mitglied der Deutsch-Israelitischen Gemeinde in Hamburg. Zwar lebte die Familie nach orthodoxen Regeln, doch mit der nun beginnenden Diffamierung und Ausgrenzung hatte er nicht gerechnet. Wie andere jüdische Mitglieder der Wertpapierbörse an der Handelskammer Hamburg trat er im Rahmen der „Umwandlung“, also der nationalsozialistischen „Gleichschaltung“ des Börsenvorstandes Anfang April 1933 „freiwillig“ zurück. Nur zwei jüdische Mitglieder verblieben noch für das Jahr 1933 im Bereich des Vereins der Mitglieder der Wertpapierbörse in Hamburg in dem Gremium. Die kurz darauf stattfindende Generalversammlung des Vereins legte hingegen ein starkes „nationales Bekenntnis“ zum NS-Staat ab, in welchem Juden nun keinen Platz mehr haben sollten.

Ludwig Moritz Mainz und seine Söhne hatten in dieser frühen Phase zunächst unterschiedliche Ansichten über die Entwicklung Deutschlands unter dem nationalsozialistischen Regime. Ludwig bekundete seine Absicht, das Bankhaus John M. Meyer im Inland weiterzuführen. Dennoch forcierte er nun den zügigen Verkauf des Geschäftshauses Glockengießberwall 17. Am 14. November 1933 wurde das Grundstück für 230.000 RM an die Deutsche Herold Volks- und Lebensversicherung AG verkauft, wovon Ludwig knapp 140.000 RM zustanden.

Helmuth Mainz fasste dagegen den Entschluss, sich in den Niederlanden eine neue Existenz aufzubauen. Die Wohnung in der Sierichstraße 52 wurde aufgelöst, die Möbel eingelagert. Helmuth meldete zwar seinen Wohnsitz bei seinen Eltern in der Hochallee 11 an, reiste jedoch schon Mitte Dezember 1933 nach Amsterdam und eröffnete am 5. März 1934 sein eigenes Bankgeschäft Helmuth Mainz & Co. in der Keizersgracht 648. Ludwig Moritz Mainz unterstützte seinen Sohn samt dessen Familie und den Schwiegereltern Hugo und Berta Bacharach in den ersten Monaten im Ausland finanziell. Damit geriet er jedoch in das Visier der Devisenstelle. Nach einer Buchprüfung im April 1934 wurde am 10. Juli ein Strafverfahren gegen ihn wegen Devisenvergehens eröffnet. Mit Unterstützung des Rechtsanwalts Conrad Baasch wurde das Verfahren am 27. November 1934 eingestellt, da Helmuth bis zu seiner regulären Abmeldung Ende Mai 1934 als Deviseninländer galt.

Nach diesem Vorfall entschlossen sich Ludwig Moritz und Helene Mainz im Herbst 1934, gleichfalls nach Amsterdam auszuwandern. Ludwig stieg in das Bankgeschäft Helmuth Mainz & Co. ein, verdiente jedoch sehr viel weniger als in Hamburg. Sein entgangenes Einkommen wurde im Wiedergutmachungsverfahren mit 25.000 RM pro Jahr beziffert. „Zur Neubegründung [eines eigenen Unternehmens] unter neuen Verhältnissen reichten [seine Kräfte] jedoch nicht hin.“ Erst nach Zahlung einer Reichsfluchtsteuer von rund 70.000 RM konnte er anscheinend zumindest über einen Teil seines restlichen Vermögens verfügen. Davon ließ er seiner inzwischen bedürftigen Schwester Amalie Hirsch regelmäßig Unterstützung zukommen.

Bereits am 1. Juli 1934 war der Sohn Franz als Mitgesellschafter in das nun als OHG firmierende Bankhaus John M. Meyer eingetreten. Außer den beiden Inhabern beschäftigte es damals noch drei Angestellte. Franz bekam die Firma zum 7. Januar 1935 übertragen, zwar mit gemindertem Kapital, da Ludwig und Helmuth einen Teil ihrer Einlagen herausgenommen hatten, aber mit einem erheblichen Goodwill und „einer anscheinend zunächst auch treuen ‚arischen‘ Kundschaft“.

Doch von einem Aufenthalt in Amsterdam im März 1936 kehrte auch Franz Mainz nicht mehr nach Hamburg zurück. Aus Furcht vor Verfolgungsmaßnahmen ließ er, wie bereits andere Bankiers, „einen Großteil ... [des] privaten und gewerblichen Besitzes in Deutschland zurück“. Zuvor hatte er noch das elterliche Haus Hochallee 11, geschätzt auf einen Wert von 32.000 RM, am 7. Februar 1936 für 25.000 RM verkauft. Später beauftragte er einen Anwalt mit der Liquidierung der Bank. Im Juni 1936 waren sämtliche Werte bereits auf einem Sperrkonto deponiert worden, und das Restguthaben von Ludwig Moritz Mainz wurde gleichfalls eingezogen. Der Austritt der Firma John M. Meyer aus dem Verein der Mitglieder der Hanseatischen Wertpapierbörse in Hamburg erfolgte am 21. August 1936. Am 4. Dezember 1936 war die Bank erloschen.

Auch die beiden Töchter von Ludwig Moritz Mainz hatten inzwischen Deutschland verlassen. Nachdem Otto Eisner im April 1933 aus der Anwaltskammer in Frankfurt/Main ausgeschlossen worden war, nahm er eine Stellung als juristischer Mitarbeiter der FIDES Treuhand Vereinigung in der Schweiz an und übersiedelte mit seiner Frau Dorothea nach Zürich. Diese Entscheidung bewahrte das Ehepaar später vor Verfolgung. Anita Oettinger wanderte mit ihrer Familie 1934 gleichfalls nach Amsterdam aus, wo ihre Schwiegermutter zusammen mit den beiden Söhne wieder einen Tabak-Im- und Export aufbaute.

Im Jahr 1938 wurde das Devisenstrafverfahren gegen Ludwig Moritz Mainz und seinen Sohn Helmuth im Rahmen eines Verfahrens gegen den Rechtsanwalt Conrad Baasch erneut aufgenommen. Beide reisten nicht nach Deutschland, da sie befürchten mussten, dass „sie sofort an der Grenze von der Gestapo festgenommen, zur ‚Umschulung‘ in ein KZ verbracht und dann wieder abgeschoben worden wären“. Am 2. Februar 1939 erging der Beschluss des Landgerichts, die damals gezahlten Beträge von insgesamt fast 9.000 RM von Ludwig Moritz Mainz' gesperrtem Vermögen bei der Bank M. M. Warburg & Co. einzuziehen. Im Anschluss daran wurde Ludwig Moritz Mainz im September 1939 ausgebürgert und sein gesamtes restliches Inlandvermögen sichergestellt.

Mit der Besetzung der Niederlande im Zweiten Weltkrieg ab dem 10. Mai 1940 veränderten sich die Lebensbedingungen für Ludwig Moritz Mainz und seine Familie erneut. Die in Deutschland bereits eingeführten Verfolgungsmaßnahmen für Juden mit Verboten und Ausgrenzungen wurden auch hier umgesetzt. Ab 29. April 1942 mussten Ludwig und Helene Mainz als Kennzeichnung einen „Judenstern“ an ihrer Kleidung tragen. Die Familien Mainz und Oettinger rückten nun in Amsterdam enger zusammen. Am 4. Juli 1942 – Ludwigs 75. Geburtstag – fand eine unangemeldete Razzia der Sicherheitspolizei

zur „Inventarisierung“ der Wohnung in der Chopinstraat 5 und der vorhandenen Einrichtung statt. Ludwig erlitt daraufhin einen schweren Herzanfall und wurde in den folgenden Wochen zum Pflegefall. Kurz vor seinem Tod am 17. August 1942 wurden noch die wertvollsten Gegenstände aus der Wohnung beschlagnahmt.

Helene Mainz, ihr Sohn Helmuth mit Familie einschließlich der Schwiegereltern Bacharach, die Tochter Anita mit Familie und Schwiegermutter Oettinger wurden ab September 1942 nacheinander in das niederländische Durchgangslager Westerbork verbracht und von dort in das KZ Bergen-Belsen deportiert. Helene Mainz starb am 29. Februar 1944. Helmuth gehörte mit seiner Frau und den beiden Töchtern zu den „Austauschhäftlingen“ mit Zulassungszertifikaten für Palästina und konnte am 30. Juni 1944 ausreisen. Nach Kriegsende ging die Familie zurück in die Niederlande, wo Helmuth am 15. März 1954 Selbstmord beging. Während Hans Oettinger am 17. November 1944 im KZ Bergen-Belsen verstarb, überlebten Anita Oettinger und ihr Sohn und gingen im Frühsommer 1945 zunächst zurück nach Amsterdam. Von dort emigrierten beide im Februar 1948 in die USA. Anita starb am 25. Januar 1991 in New York. Der bereits 1939 in die USA emigrierte Sohn Franz änderte seinen Namen in Frank Mayne, heiratete dort die Emigrantin Geraldine (Gerda) David (geboren 7. September 1909 in Berlin) und verstarb am 7. Dezember 1958.

An Helene Mainz erinnert ein Stolperstein vor dem Wohnhaus der Familie in der Hochallee 11.

Anführungszeichen kennzeichnen Zitate aus Quellen und Literatur. Die Belege werden in der ausführlichen Dokumentation enthalten sein.

Die ausführlichen Biografien sowie 25 weitere Biografien von Mitgliedern des Ehrenamtes und Hauptamtes der Handelskammer Hamburg erscheinen in einer gesammelten Publikation in der ersten Jahreshälfte 2019.

Heinrich Mayer

Jg. 1866
deportiert 1942
Theresienstadt
ermordet 2.12.1942



Mitglied des Vorstands der Kaffeebörse 1922–1933

Heinrich Mayer kam in Worms als jüngster Sohn einer jüdischen Händlerfamilie zur Welt. Sein Vater Wilhelm stammte aus Leutershausen (Gemeinde Hirschberg an der Bergstraße) und wurde am 4. August 1823 geboren. Wie bereits dessen aus Rohrbach bei Heidelberg zugezogener Vater Samuel (gestorben 1836), verheiratet mit Rosine Hirsch (gestorben 1850), betätigte er sich zunächst in seinem Geburtsort als Händler von Manufakturwaren.

Am 19. April 1853 heiratete Wilhelm Mayer in eine alteingesessene jüdische Kaufmannsfamilie in Worms ein. Seine Ehefrau Johanna (Jeannette) Apollonia kam am 30. August 1827 zur Welt. Ihr Vater Heinrich Hüttenbach (ca. 1780–1858), verheiratet mit Gertrud (Gertrude, Gertraud) Fulda (1787–1863), war als angesehener Händler von Ellenwaren – also Tuche und Stoffe – mit seiner Firma in der Kämmererstraße ansässig. Wilhelm Mayer ließ sich am Marktplatz 17 gleichfalls mit einem eigenen Tuch- und Manufakturwarengeschäft, das später auch Brautausstattungen anbot, nieder. Bei der Geburt von Heinrich im Jahr 1866 gehörte ihm das Gebäude bereits. Er war fleißig und „unermüdlich in seinem Beruf“, wie sein Grabstein auf dem Jüdischen Friedhof „Heiliger Sand“ verkündet.

Heinrich Mayer wuchs mit drei älteren Brüdern – Sigmund (1854–1916), Albert (1855–1908) und Simon (1858–1928) – sowie der Schwester Rosa (1861–1891) in einer liberalen Umgebung auf. Bereits der Großvater war ein Freidenker, was auch die Haltung der gesamten Familie prägte. Über seine Kindheit und Jugend in Worms ist nichts weiter bekannt. Alle vier Brüder haben nach dem Schulbesuch wahrscheinlich eine kaufmännische Ausbildung absolviert, denn als der Vater am 28. Dezember 1889 starb, hatte er sich seit geraumer Zeit als Privatmann vom täglichen Geschäft zurückgezogen. Die beiden ältesten Brüder führten damals schon gemeinsam das Manufakturwarengeschäft Wilhelm Mayer.

Heinrich und sein Bruder Simon bauten sich dagegen eine neue kaufmännische Existenz auf. Die Mutter Johanna (Jeannette) starb am 16. Februar 1901.

Erst Ende des Jahrhunderts ist Heinrich Mayer in Hamburg nachweisbar. Sein bisheriger Lebensweg und wo er sich sein reichhaltiges Wissen über den Kaffeehandel angeeignet hat, bleiben ungewiss. Jedoch wollte er immer in die Großstadt, wie seine Tochter sich später erinnerte. Vermutlich hatte er in Hamburg gute Aufstiegschancen erwartet. Am 8. März 1899 trat er als Mitgesellschafter in das Kaffee-Importgeschäft Tomkins, Hildesheim & Co. ein. Die am 10. Dezember 1897 errichtete und zunächst auch als Kolonialwarenhandlung geführte Zweigniederlassung der beiden britischen Gesellschafter David und Adolf Hildesheim wurde mit seinem Eintritt zu einem selbstständigen, vom Stammhaus in London unabhängigen Geschäft für „Caffee und Gewürz. Commiss. und Import“.

Zusammen mit den beiden Inhabern führte Heinrich Mayer den nun als Hauptniederlassung deklarierten Kaffeegroßhandel am Sandtorkai 20. „Die meisten Importeure, Makler und Agenten für Kaffee hatten sich Ende des 19. Jahrhunderts in der neu erbauten Speicherstadt in der Freihandelszone des Hafens eingerichtet und bezogen am stadtnahen Sandtorkai gemeinsam Quartier.“ Ende September 1903 übernahm Mayer nach dem Ausscheiden der britischen Teilhaber die Hamburger Firma unter Beibehaltung des inzwischen bekannten Firmennamens und ließ das auch im Adressbuch verkünden. Anscheinend hatte er bereits zuvor seinen älteren Bruder Simon mit in das Geschäft hineingenommen, denn am 15. Dezember erhielt dieser Prokura.

Vor dem Ersten Weltkrieg galt Hamburg als einer der wichtigsten Kaffeeumschlagplätze in Europa. 1887 war hier die erste Kaffeebörse als Terminmarkt entstanden. Anfang 1902 hatte sich Tomkins, Hildesheim & Co. in das Börsenregister für Waren beim Amtsgericht Hamburg eintragen lassen. Nach der Übernahme durch Heinrich Mayer erlosch die Eintragung mit Ende des Jahres 1903. Doch bereits am 4. Januar 1904 findet sich die Firma mit ihrem neuen Alleininhaber wieder in dem Register. Um den begehrten Zugang zur Börse zu erlangen, musste Tomkins, Hildesheim & Co. Mitglied im seit 1886 bestehenden „Verein der am Caffeehandel beteiligten Firmen“ werden, der gleichfalls seinen Sitz am Sandtorkai hatte. Über den Verein bekam Heinrich Mayer wichtige Informationen über Ernten, Vorräte und Preise, die ihm halfen, sein Geschäft weiter auszubauen.

Heinrich Mayer mietete eine Wohnung in den Colonnaden 68II in der Hamburger Neustadt. 1906 wohnte er bereits im Stadtteil Eppendorf in der Isestraße 74, gemeinsam

mit seinem Bruder. Von ihrer Wohnung im 3. Stock konnten sie den Bau des Hochbahn-rings mit der Haltestelle Eppendorfer Baum verfolgen, der später die Wohngebiete mit dem Hafen und ihrem Arbeitsplatz in der Speicherstadt verbinden sollte. Nach Heinrichs Heirat zogen beide Brüder 1909 nur wenige Meter entfernt in den Eppendorfer Baum 8, wiederum in den 3. Stock. Doch 1912 trennten sich ihre Wege. Simon ließ sich nicht weit entfernt Beim Andreasbrunnen 1 nieder, während Heinrich mit seiner Familie nach Winterhude in eine großbürgerliche Parterrewohnung an der Maria-Louisen-Straße 112 zog.

Erst spät hatte Heinrich Mayer mit 43 Jahren geheiratet. Am 5. Mai 1909 ehelichte er Maria Auguste Dehn. Sie kam am 24. März 1880 als Tochter des Hamburger Arztes Maximilian Moses Dehn (1841–1897) und seiner Ehefrau Bertha Raf (1845–1926) zur Welt und wuchs mit vier Brüdern und drei Schwestern auf. Ihre älteste Schwester Elisabeth Hanne Adeline (1875–1947) war mit dem Bankier Eduard Martin Goldschmidt (1868–1956) verheiratet, die zweite Schwester Hedwig Henriette Marianne (1877–1948) mit dem Chemiker Heinrich Wohlwill (1873–1943). Wie zuvor Hedwig arbeitete auch Marie nach der Ausbildung an den Unterrichtsanstalten des Klosters St. Johannis von 1905 bis zu ihrer Hochzeit als Lehrerin an der Schule des Paulsen-Stifts.

Noch am Eppendorfer Baum vergrößerte sich die Familie Mayer. Die Tochter Gertrude Jeannette Marie, geboren am 17. April 1910, verstarb jedoch kurz darauf am 19. Juli. Der Sohn Rudolf Reinhard Wilhelm folgte am 7. Mai 1911, der zweite Sohn Wilhelm Karl Albert Reinhard am 18. September 1912, nun bereits in der Maria-Louisen-Straße. Die zweite Tochter Franziska Marie Reinhard kam am 4. Juli 1914 zur Welt. Im selben Jahr fand direkt neben der Wohnung der Familie das angesehene Johanneum sein neues Domizil, ein Gymnasium, welches später die beiden Söhne bis zum Abitur besuchen sollten. Franziska ging nach dem Besuch einer Privatschule auf das Realgymnasium für Mädchen in der Curschmannstraße in Eppendorf.

Vielseitig interessiert und liberal eingestellt, wurde Heinrich Mayer 1911 Mitglied der Patriotischen Gesellschaft. Auch dem Verein für Hamburgische Geschichte trat er bei. Im Ersten Weltkrieg war er als Zensor eingesetzt und diente danach in der Einwohnerwehr. 1915 erfolgte seine Ernennung zum Handelsrichter, einem ehrenamtlichen, kaufmännischen Richter am Handelsgericht, wo er über Handelsangelegenheiten mitentschied. Der Krieg bedeutete eine schwierige Zeit für den Kaffeehandel und damit für die Firma Tomkins, Hildesheim Et Co, da alte Handelswege gekappt waren. Nach Kriegsende war der Import durch den Versailler Vertrag, die daraus folgenden Reparationszahlungen und die

Devisenknappheit stark eingeschränkt. Erst 1925 wurde die Kaffeebörse wiedereröffnet und der Handel normalisierte sich. Auch Heinrich Mayer konnte davon profitieren, das Geschäft erholte sich wieder.

Wie angesehen er und seine Firma waren, zeigte sich erneut Ende 1921. Der „Verein der am Caffeehandel beteiligten Firmen“ schlug ihn für die Wahl in den Vorstand der Kaffeebörse vor. Das Plenum der Handelskammer ernannte ihn für das Jahr 1922 zum Mitglied des Börsenvorstandes. Dieses verdienstvolle Ehrenamt, das jährlich neu bestimmt wurde, hatte er auch in den folgenden Jahren inne. Außerdem wurde er 1919/20 für mehrere Jahre in die Versammlung Eines Ehrbaren Kaufmanns berufen, die das Plenum der Handelskammer wählte.

Inzwischen war Heinrich Mayer über 60 Jahre alt und kümmerte sich verstärkt um die Nachfolge seines Unternehmens. Anfang 1928 war sein Bruder Simon, seit 25 Jahren Prokurist bei Tomkins, Hildesheim & Co., verstorben. Während der ältere Sohn Rudolf ein Medizinstudium in Freiburg und Kiel begann, entschied sich der jüngere Sohn Wilhelm für eine kaufmännische Ausbildung. Nach dem Abitur 1930 absolvierte er eine Lehre bei der Bank, Im- und Exportfirma Münchmayer & Co. am Alsterdamm und ging danach, als Vorbereitung auf seine zukünftigen Aufgaben, ein Jahr nach Breslau in eine große Kolonialwarenhandlung. 1933/34 verbrachte er beruflich noch einige Monate in London und trat Ende 1934 in die väterliche Firma ein. Doch Wilhelm sah schon bald für sich keine Zukunft mehr in Deutschland und emigrierte 1935 nach Peru. Dort baute sich ein neues Leben mit einer eigenen Firma für Eisenwaren und Haushaltsartikel auf. 1941 heiratete er die Breslauer Jüdin Liesbeth Behrendt und bekam mit ihr vier Kinder.

Rudolf machte nach Abbruch seines Medizinstudiums eine landwirtschaftliche Ausbildung auf dem jüdischen Umschulungsgut Neuendorf bei Fürstenwalde. Ab 1934 arbeitete er in der Landwirtschaft in Dänemark, kehrte 1937 nach Deutschland zurück und wurde nach dem Novemberpogrom 1938 verhaftet und in das KZ Sachsenhausen verbracht. Im April 1939 emigrierte er nach Schottland, nachdem sein Vater ihn bei den Juden inzwischen auferlegten Steuern unterstützt hatte. Während des Zweiten Weltkriegs wurde Rudolf auf der Isle of Man interniert, arbeitete danach wieder als Landarbeiter. 1946/47 konnte er schließlich zu seinem Bruder Wilhelm nach Peru auswandern und später ein kleines Gut erwerben.

Die Tochter Franziska sah 1934 keine Möglichkeit eines Studiums und ließ sich in Schweden zur Weblehrerin ausbilden. Anstellungen in Dänemark und England scheiterten,

daher wanderte sie 1938 nach Neufundland/Kanada aus und arbeitete in einem Waisenhaus. 1945 emigrierte sie zunächst nach New York, Ende 1947 dann zu ihren Brüdern nach Huancayo/Peru. Dort eröffnete sie eine Webwerkstatt und arbeitete später in einer Krankeneinrichtung.

Trotz beginnender Repressalien nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 „wollte [Heinrich Mayer] weder selbst auswandern, noch gab er gern seine Zustimmung“ zur Auswanderung seiner Kinder. Schon ab Februar begann der „Verein der am Caffeehandel beteiligten Firmen“ in vorauseilendem Gehorsam die NS-„Gleichschaltung“ umzusetzen. Am 11. April 1933 konnte er der Handelskammer vermelden, „dass eine Umbildung des Vorstandes vorgenommen worden ist. Die Herren Heinrich Mayer und Willy Hess sind auf ihren Wunsch aus dem Börsenvorstande ausgeschieden.“ Auch das Protokoll der Plenarsitzung der Kammer verweist auf ein „Ausscheiden auf eigenen Wunsch“. Aus dem Tagebuch des Sohnes Walter wird allerdings ersichtlich, dass der Vereinsvorstand Heinrich Mayer aufsuchte und ihm den Austritt nachdrücklich nahelegte. „Vater setzte sich an seinen Schreibtisch und unterschrieb seine Amtsniederlegungen, seinen Austritt aus Ehrenposten, die er teilweise seit 30 Jahren seit 1904 innegehabt hatte.“ 1935 sollte noch der Ausschluss aus der Patriotischen Gesellschaft erfolgen.

Da kein Nachfolger aus der Familie mehr verfügbar war, entschied sich Heinrich Mayer, seinen Prokuristen Hermann Niels Edler als Gesellschafter in die Firma zu nehmen, die am 9. Oktober 1935 zur OHG firmierte. Edler war als Lehrling bei Tomkins, Hildesheim & Co. eingetreten und hatte am 25. September 1919 Prokura erhalten. Da Heinrich Mayer noch mit 70 Prozent an Unternehmen und Gewinn beteiligt war, konnte er innerhalb eines Geschäftsjahres Beträge „in angemessener Höhe“ entnehmen. Mit einer monatlichen Zusage von 4.000 RM glaubte er, auch in den kommenden Jahren den Lebensstandard für sich und seine Familie gesichert zu haben. Zudem sicherte ihm der Gesellschaftsvertrag zu, so lange in der Firma tätig zu bleiben, wie es ihm gefallen würde.

Doch bereits knapp zwei Jahre später hatte sich Heinrich Mayers Situation erneut verändert, was vermutlich auch mit dem forcierten Ausschluss der wenigen jüdischen Firmen aus dem „Verein der am Caffeehandel beteiligten Firmen“ einherging. Zudem begann die „Überwachungsstelle für Kaffee“, jüdischen Antragstellern die Genehmigung von Importen zu verweigern. Das Amtsgericht Hamburg berichtete der Industrie- und Handelskammer Hamburg schließlich Ende 1937, dass es Hinweise „auf die zurzeit vom Gauwirtschaftsberater betriebene ‚Arisierung‘ jüdischer Kaffee-Importfirmen mit Firmenfortführung“ gäbe.

In einem neuen Vertrag vom 25. August 1937 schied Heinrich Mayer endgültig aus seinem Unternehmen aus, „wegen vorgerückten Alters, gesundheitlicher Probleme und aus sonstigen Gründen“. Die OHG wurde aufgelöst und Edler damit Alleininhaber. Am 1. November 1937 betrug Mayers investiertes Kapital noch über 198.000 RM. Er beließ 70.000 RM als Darlehen im Geschäft, zurückzahlbar bis zum 1. September 1947. Seine Gewinnbeteiligung wurde herabgesetzt und sollte nun für zehn Jahre 38 Prozent betragen. Dazu erhielt er eine monatliche Summe von 1.200 RM.

Eine Vertragsänderung zum 31. Januar 1938 reduzierte diesen Betrag auf 700 RM, die Gewinnbeteiligung entfiel. Am 12. Februar wurde die Firma in Hermann Niels Edler umfirmiert. Die „Arisierung“ von Tomkins, Hildesheim & Co. war in mehreren Schritten vollständig umgesetzt worden. Dabei wäre Heinrich Mayer, der trotz seines Alters von 71 Jahren sehr rüstig war, „falls die Verfolgungen nicht eingesetzt hätten, zweifellos bis zu seinem Tode in der Firma tätig geblieben“.

Weitere Einschränkungen sollten folgen. Im Frühjahr 1938 wohnten Heinrich und Marie Mayer bereits in der Sierichstraße 126 in einer kleineren Wohnung. Nach dem Novemberpogrom 1938 mussten sie als „Sühneleistung“ der jüdischen Bevölkerung eine Judenvermögensabgabe von 59.750 RM zahlen, die fast ausschließlich über ihre Wertpapiere erbracht wurde. Am 28. Juli 1939 lieferten sie Schmuck und Silbersachen ab, für die sie nur einen Bruchteil des Wertes erstattet bekamen. Auch das seit vielen Jahren in Heinrich Mayers Besitz befindliche Mietshausgrundstück Ekhofstraße 16–20 in Hohenfelde musste verkauft werden.

Zu diesem Zeitpunkt war Heinrich Mayer, der zwar seinen Kindern bei einem Besuch in Worms die Synagoge zeigte, aber ansonsten nicht sehr religiös war, wieder Mitglied der Deutsch-Israelitischen Gemeinde – später Jüdischer Religionsverband – geworden. 1926 hatte er die Gemeinde verlassen, doch nun traten Marie um 1934 und Heinrich 1937 erneut ein.

Nach der „Arisierung“ seiner Firma bemühte sich Heinrich Mayer vergeblich um eine Auswanderung. Zwar hatte der Sohn Wilhelm eine Einreiseerlaubnis für die Eltern nach Peru erwirkt, allerdings wurde ihnen vom peruanischen Konsulat in Hamburg kein Visum ausgestellt. Wie bereits das Ehepaar Wohlwill fanden auch Heinrich und Marie Mayer vorübergehend eine Zuflucht vor den Diskriminierungen im Sekretariat Warburg – der „Oase für Juden“ – am Mittelweg 17. 1941 mussten sie ihre Wohnung in der Sierichstraße

räumen und bezogen nun ein Zimmer im Haus der Wohlwills in der Hindenburgstraße 111. Erneut „hat [Heinrich Mayer] seine sehr umfangreiche und gute Wohnungseinrichtung nach und nach abstossen und weit unter Wert verkaufen müssen“.

Für die als „Evakuierung“ in das Ghetto Theresienstadt bezeichnete Deportation hatten Heinrich und Marie Mayer noch einen „Heimeinkaufsvertrag“ mit der Reichsvereinigung der Deutschen Juden abgeschlossen. Er versprach ihnen lebenslang kostenfrei Wohnung, Verpflegung und Krankenversorgung, war allerdings nur eine weitere Ausplünderungsmaßnahme des NS-Regimes. Sie erfüllten den Vertrag mit Zahlung von 35.333 RM in Wertpapieren und 19.841 RM in Bargeld. Später wurde noch ihr restliches Vermögen konfisziert und der wenige noch vorhandene Hausrat versteigert.

Zusammen mit dem Ehepaar Wohlwill wurden sie am 19. Juli 1942 mit dem Transport VI/2 von Hamburg nach Theresienstadt deportiert. Heinrich bekam die Nummer 455 von insgesamt 801 deportierten Personen, Marie die Nummer 456. Bei ihrer Ankunft einen Tag später wurden beide auf verschiedene Häuser verteilt. Heinrich kam in Gebäude E VII, Zimmer 17 unter, Marie in E VI, Zimmer 78.

Heinrich Mayer starb nur vier Monate später am 2. Dezember 1942. Auf seinem Totenschein wurde als Todesursache „Enterocolitis“ (Darmentzündung) vermerkt. Seine „Beisetzung“ erfolgte zwei Tage danach. Wahrscheinlich handelte es sich nur um eine kurze Totenfeier, da die Verstorbenen zu diesem Zeitpunkt bereits in das Krematorium verbracht wurden. Marie gehörte zu den 174 Insassen des Hamburger Transports, die 1944 weiter nach Auschwitz deportiert wurden. Der Transport Dz fand am 15. Mai statt, Marie bekam die Deportationsnummer 1038. In Auschwitz wurde sie höchstwahrscheinlich kurz nach ihrer Ankunft ermordet. Zum 8. Mai 1945 wurde sie später für tot erklärt.

In den Wiedergutmachungsverfahren der drei Kinder von Heinrich und Marie Mayer kam es außer den Entschädigungen für Judenvermögensabgabe, Schmuck und Silber, Verlust des Hausrates und dem Heimeinkauf auch zu einem Vergleich mit dem Inhaber des ehemaligen Kaffeehandels Tomkins, Hildesheim und Co.

Franziska und Reinhard Mayer kamen 1989 zurück nach Hamburg in ein Altersheim der Jüdischen Gemeinde, nachdem sich die politische Lage in Peru aufgrund des dortigen Bürgerkriegs dramatisch zugespitzt hatte.

An Heinrich und Marie Mayer erinnern Stolpersteine vor ihrem ehemaligen Wohnhaus in der Maria-Louisen-Straße 112. Ein weiterer Stolperstein für Heinrich Mayer befindet sich seit 2015 vor dem Gebäude der Patriotischen Gesellschaft, Trostbrücke 2–6.

Anführungszeichen kennzeichnen Zitate aus Quellen und Literatur. Die Belege werden in der ausführlichen Dokumentation enthalten sein.

Die ausführlichen Biografien sowie 25 weitere Biografien von Mitgliedern des Ehrenamtes und Hauptamtes der Handelskammer Hamburg erscheinen in einer gesammelten Publikation in der ersten Jahreshälfte 2019.

Ivan Philip

Jg. 1875
Flucht 1939
England
tot 10.1.1944



Mitglied des Vorstands der Metallbörse
1926–1934

Ivan Philip kam am 21. Oktober 1875 in Hamburg zur Welt. Seine Mutter Rosalie, geb. Heine (1842 oder 1844–1932) stammte aus Altona. Sein Vater Adolph Philip (1843–1926) war Kaufmann in der Hansestadt. Die Eltern hatten am 27. Dezember 1874 die Ehe geschlossen. 1877 wurde Ivans erster Bruder, Julius, geboren und 1879 der zweite Bruder, Ernst. Die Familie Philip wohnte in der Altstadt im Speersort, Nr. 16 bzw. 14. Dort betrieb Vater Adolph über lange Jahre zusammen mit einem Verwandten eine Handlung für Gummi- und Strumpfwaren, Garne und Wäsche. Um 1910 zog die Familie nach Eppendorf zum Hegestieg 14.

Ivan Philip konnte die Israelitische Stiftungsschule von 1815 am Zeughausmarkt 32 nur sporadisch besuchen, da er in seiner Jugend lange kränklich war. Ein Privatlehrer unterrichtete ihn stattdessen zuhause. Von 1893 bis 1895 war er Lehrling bei einer Getreidefirma in Mannheim und arbeitete danach dort zwei Jahre lang bei einer Speditionsfirma. Im September 1897 kehrte er in seine Heimatstadt zurück, um als Börsenvertreter bei der 1886 gegründeten Makler-Firma für Waren S. Kaftal zu arbeiten. Am 31. Dezember 1898 wurde er von ihr zum Prokuristen bestellt. 1904 legte er den Hamburger Bürgereid ab.

Im Jahr 1910 heiratete Ivan Philip in Berlin-Wilmersdorf die Bibliothekarin Emma Friederike Hedwig Anna Schultze (1888–1969). Die geborene Berlinerin war die Tochter des Kaufmanns Julius Friedrich Wilhelm Schultze und seiner Ehefrau Emma Maria Antonia, geb. Geissler. Vor der Hochzeit war Ivan Philip möglicherweise zum christlichen Glauben konvertiert, denn im Register sind die Brautleute beide als evangelisch eingetragen.

Ivan und Hedwig bezogen in Hamburg eine Wohnung in der ersten Etage am Eppendorfer Baum 6, ganz in der Nähe der Eltern Philip. Hier kamen ihre beiden Töchter Vera (1911–?)

und Irmgard (1913–1945) zur Welt, die beide evangelisch getauft wurden. Herbert Kaftal fungierte als Taufpate von Vera. Ende Dezember 1912 nahm die Firma S. Kaftal, die ihr Kontor mittlerweile in der Gröningerstraße 14 hatte und Geschäfte mit Chile-Salpeter, Düngemitteln, Kaffee, Zucker, Baumwolle und Metallen vermittelte, Ivan Philip als Teilhaber auf. Dem beruflichen Aufstieg entsprechend, mietete Ivan für seine Familie im Frühjahr 1913 eine geräumigere und repräsentativere Wohnung mit moderner technischer Ausstattung in der zweiten Etage des neu errichteten mehrgeschossigen Hauses Sierichstraße 88 an. Auf derselben Etage residierten in den ersten Jahren auch der „Verein der Metall-Termin-Makler e.V.“ und die Kupfermakler-Vereinigung.

Erst zwei Jahre nach Kriegsbeginn wurde Ivan Philip am 1. August 1916 als unausgebildeter Landsturmmann zur Postüberwachungsstelle Hamburg eingezogen. Im Postamt Hamburg 1 am Hauptbahnhof wurde der Postverkehr in die neutralen nordischen Staaten von Offizieren und Kaufleuten kontrolliert. Hier tat er bis zum 30. November 1918 seinen Dienst. Vermutlich spielten gesundheitliche Gründe bei der späten Einberufung eine Rolle, und auch die leichte Schreibtischarbeit dürfte diesem Umstand geschuldet gewesen sein.

Noch vor Kriegsende hatte Ivan Philip sich beruflich selbstständig gemacht. Die OHG S. Kaftal hatte sich Mitte November 1917 aufgelöst, Seweryn Kaftal führte die Firma als Alleininhaber weiter. Philip ließ nun als Einzelkaufmann am 17. November 1917 unter seinem Namen eine eigene Firma registrieren. Zu einem der beiden Prokuristen ernannte er 1920 Julius Albert Carl Willy Schultze, vermutlich einen Verwandten seiner Frau Hedwig. Zugelassen an der Hamburger Metallbörse, tätigte Philip mit seiner Firma Maklergeschäfte in Metallen, Kautschuk und Zucker. *Anfänglich in unmittelbarer Nähe zum Freihafen in der Brandstwierte 27–31 (1917–1918) angesiedelt, wechselte der Firmensitz zu den Kontorhäusern im Umfeld der Hamburger Börse: Paulstraße 2 (1919–1929), Kleine Johannisstraße 10 (1930–1935) und Neuer Wall 10 (1937–1938).*

Ab 1926 gehörte Ivan Philip als Mitglied zur Versammlung Eines Ehrbaren Kaufmanns. Bereits seit 1911 Vorstandsmitglied im Verein der am Metallhandel beteiligten Firmen, war er zudem ab 1926 auch *berufenes Mitglied der Handelskammer Hamburg* im Börsenvorstand, Abteilung Metalle. Dort hatte er ab 1929 den stellvertretenden Vorsitz inne. Ernest Minden, damaliger Leiter der Metall-Abteilung der Firma M.M. Warburg & Co., entsann sich später: „Wegen seiner Erfahrung, seines Könnens und seiner Lauterkeit ist Herr Philip sehr häufig zum Arbitrer für solche Verträge bestellt worden, die der Arbitrage der Hamburger Metall-Börse unterworfen waren.“ Daneben führte Philip, der beruf-

liche Verbindungen in vielen Teilen Deutschlands besaß, auch manchmal „umfangreiche Geschäfte mit Kupfer und anderen Metallen direkt“ durch. Mit dem Vorsitzenden der Metallbörse Fritz M. Warburg vom Bankhaus M.M. Warburg & Co. arbeitete Ivan Philip über lange Jahre hinweg eng zusammen. Die Familien Philip und Fritz M. Warburg verbanden daneben auch private Kontakte.

Die Grundeinstellung von Ivan Philip, seiner Frau und dem Freundeskreis kann als liberal bezeichnet werden. Politisch dürften seine Sympathien der „Weimarer Koalition“ aus SPD, DDP und Zentrum gehört haben. In wieweit Philip, der nicht als religiös galt, noch Bindungen an den mosaischen Glauben seiner Kindheit hatte, ist unbekannt. Seine Eltern Adolph und Rosalie jedoch waren fromme Mitglieder der Jüdischen Gemeinde. Nach ihrem Tod 1926 und 1932 wurden sie auf dem Jüdischen Friedhof in Ohlsdorf bestattet.

Ivan Philips Töchter Vera und Irmgard hatten die *private Berblinger-Realschule für Mädchen (Tesdorpfstraße 16) im Stadtteil Rotherbaum* besucht. Die ca. 300 m² große 7 ½-Zimmer-Wohnung der Familie in der Sierichstraße war Ausdruck eines großbürgerlichen Lebensstils mit Dienstmädchen, umfangreicher Bibliothek, Musikinstrumenten und Gemälden, darunter eines von Max Liebermann. Sie zeugte von dem Wohlstand, den Ivan Philip inzwischen erlangt hatte. Ernest Minden erinnerte sich, dass Philip um 1930 einer der führenden Makler an der Hamburger Metallbörse war und sein Jahreseinkommen mit Sicherheit 25.000 RM überstieg. 1932 heiratete Tochter Vera den aus Düsseldorf stammenden Robert Gamen, der seit 1924 bei der Deutschen Shell Aktiengesellschaft Hamburg beschäftigt war. Mit ihm zog sie in der Sierichstraße 88 in die benachbarte Wohnung, wo sie 1934 ihr erstes Kind bekamen.

Seit Mai 1927 gehörte Ivan Philip der Hamburger Freimaurerloge „Absalom zu den drei Nessel“ an, der ältesten Loge Deutschlands. Meister vom Stuhl, also Vorsteher der Vereinigung, die im Logenhaus Welckerstraße 8 residierte, war der jüdische Kaufmann Cäsar Wolf. Der Eigner der Firma A. Wolf kannte Philip aus der Börse und hatte für diesen bei der Aufnahme in die Loge gebürgt. Logenbruder war auch der Mitinhaber der Firma Rappolt & Söhne, Paul Rappolt. Nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten nahm sich der ehemalige Großmeister der Hamburger Logen Cäsar Wolf im Mai 1933 das Leben. Der literarisch begabte Ivan Philip verfasste *für dessen Beisetzung ein Gedicht, in dem er ein beklemmendes Bild für die Situation fand, in der sich bald unzählige Regime-Opfer und ihre Hinterbliebenen finden sollten.*

Unter der nationalsozialistischen Regierung verschlechterten sich schnell die Existenzbedingungen für jüdische Unternehmer. Die Börsenabteilungen der Handelskammer kamen den auf ihre Neuorganisation zielenden politischen Intentionen entgegen und lösten ab dem Frühjahr 1933 ihre noch im Januar ernannten Börsenvorstände auf. Eine Umgestaltung des Vorstandes der Metallbörse sollte mit Einverständnis des Präses der Handelskammer und der Behörde für Wirtschaft aber erst gegen Ende des Jahres erfolgen. Bis dahin wurde sie durch den bisherigen Vorstand noch interimistisch geführt. Im Januar 1934 veröffentlichte die Presse eine Ansprache des Vorsitzenden der Industrie- und Handelskammer Köln, Kurt Freiherr von Schröder, die dieser zur Eröffnung der dortigen Vollversammlung gehalten hatte. Von Schröder propagierte darin die Durchsetzung des nationalsozialistischen Führerprinzips beim Umbau der IHK mit dem Ziel, „die Wirtschaft so aufzubauen und zu organisieren, daß die letzten Reste liberalistischer Betätigungsmöglichkeiten und jüdischen Krämergeistes aus ihr verschwinden.“ Mit Bezug auf diese Äußerungen teilte Heinrich Mayer von der Hamburger Waren-Import Gesellschaft mbH dem Vorstand der Hamburger Metallbörse wenige Tage später mit, für eine Wiederernennung als Vorstandsmitglied nicht mehr zur Verfügung zu stehen. Ivan Philip schloss sich mit einem Brief vom 26. Januar seinem Vorstandskollegen an, mit einer parallelen Mitteilung an den Syndikus der Handelskammer, Elso Klöver: „Ich überlasse es Ihnen, ob, wann und wie Sie von diesem Schreiben Gebrauch machen wollen.“ Am 28. April 1934 benachrichtigte Präses Hermann Victor Hübbe die Behörde für Wirtschaft, dass im Vorstand der Metallbörse „die nichtarischen Mitglieder Herr Heinrich Mayer und Herr Iwan Philip inzwischen ihre Ämter niedergelegt haben.“

Obwohl christlicher Konfession, galt Ivan Philip nach den Rassegesetzen der Nationalsozialisten vom Herbst 1935 als Volljude. Dennoch wurde ihm *im Oktober 1935* „*Im Namen des Führers und Reichskanzlers*“ das Ehrenkreuz für Kriegsteilnehmer des Ersten Weltkriegs verliehen. Die wirtschaftlichen Spielräume für seine Firma jedoch wurden immer enger. Seine Ehefrau Hedwig erinnerte sich später: „1936 [circa] wurde er aus dem Börsenvorstand ausgeschlossen und ihm der weitere Besuch der Börse untersagt. Geschäfte konnte er nicht mehr tätigen, da die Kontrakte von Termingeschäften durch die Maklerbank garantiert werden mussten, und sich schließlich niemand mehr dazu bereit fand, einen jüdischen Makler als Auftraggeber einer jüdischen Firma in den Kontrakten zu figurieren. Die Einnahmen gingen ganz rapide zurück.“ Der Familie blieb nichts anderes übrig, als die noch vorhandenen Barmittel aufzubauchen und Stück um Stück den wertvollen Hausrat und Schmuck zu veräußern. Im Wiedergutmachungsverfahren wurden die verschleuderten Gegenstände auf einen damaligen Wert von insgesamt rund 54.000 RM geschätzt. Die kostspielige Wohnung konnte nicht gehalten werden, zumal sich inzwischen erhebliche

Mietschulden angesammelt hatten. 1936 wechselte die Familie deshalb in eine kleinere Bleibe im zweiten Stock der Sierichstraße 70.

Aus seiner Firma flossen Ivan Philip keine Einkünfte mehr zu. Zwar führte die Handelskammer dies 1955 rückblickend nicht auf Verfolgungsmaßnahmen, sondern auf den allgemeinen Umsatzrückgang und das baldige Erliegen sämtlicher Geschäfte an der Metallbörse zurück, was damals alle Makler betroffen hätte. Ernest Minden jedoch betonte, Philip wäre nach Ende des Metallbörsengeschäfts problemlos in der Lage gewesen, „sein Maklergeschäft durch Käufe und Verkäufe von Kupfer zu intensivieren, wenn nicht die Tätigkeit nichtarischer Makler beschränkt worden wäre.“ Darunter verstand Minden „nicht nur die Einschränkungen der Gesetze aus dem Ende der 30er Jahre, sondern auch die Befürchtungen gewisser Freunde von Herrn Philip, die zwar grundsätzlich durchaus gewillt gewesen wären, sich der Dienste eines nichtarischen Maklers zu bedienen, die dafür aber starker Kritik ausgesetzt worden wären.“

Im Freundes- und Bekanntenkreis beobachtete Ivan Philip die zunehmenden Drangsalierungen mit Sorge. Über längere Zeit hielt er sich bei seiner Tochter Vera versteckt, die in „privilegierter Mischehe“ lebte und mit ihrem Mann mittlerweile in Winterhude in der Zesenstraße 11 wohnte. Vermutlich war dies *in der Zeit des Novemberpogroms und Philip hatte Angst, ähnlich wie Fritz Warburg ins KZ Hamburg-Fuhlsbüttel verschleppt zu werden.*

Finanzielle Unterstützung erhielten Ivan und Hedwig Philip durch Freunde und durch Bruder Ernst (Ernest) Philip, der seit 1922 in England zuhause war. Er war es auch, der Ivan drängte, baldmöglichst Deutschland zu verlassen. Doch Ivan, *sowohl Lokalpatriot und der Hansestadt Hamburg eng verbunden, als auch Deutscher mit Leib und Seele*, zögerte. Am 6. Mai 1939 emigrierte das Ehepaar schließlich nach England. Dort wurden sie zunächst von Bruder Ernst aufgenommen, der ihnen an seinem Wohnort Hull ein kleines Haus organisierte. Die Firma Ivan Philip in Hamburg wurde am 17. April 1940 von Amts wegen im Handelsregister gelöscht.

Kurz nach seiner Ankunft in England erlitt Ivan Philip eine schwere Herzattacke. Neben den gesundheitlichen Problemen plagten die Familie auch große finanzielle Sorgen. Nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges musste sie das Küstengebiet verlassen und zog in die Nähe von Bradford. Großbritannien internierte nach Kriegsbeginn die deutschen Einwanderer als „enemy aliens“, so auch den 64-jährigen Ivan Philip (vermutlich 1940), wie sich seine Enkelin erinnert.

Am 10. Januar 1944 starb Ivan Philip in Baildon, Yorkshire, infolge einer Coronar-Thrombose.

Gemeinsam mit Ivan und Hedwig Philip waren Mitte 1939 auch ihre Tochter Irmgard, deren Junge und ihr jüdischer Ehemann nach England ausgewandert und lebten mit den Eltern zusammen. Irmgard Zborowski verstarb im Jahr nach dem Tod ihres Vaters Philip. Ihr Witwer heiratete erneut und verlegte seinen Wohnsitz nach Kanada. Hedwig Philip, die 1952 einen britischen Pass bekam, behielt ihren damals 15-jährigen Enkel Klaus Ernst Philip bei sich. Nachdem auch er nach Kanada ausgewandert war, kehrte Hedwig Philip im November 1956 nach Hamburg zurück und zog zunächst übergangsweise zu ihrer überlebenden Tochter Vera Gamen.

Als Wiedergutmachung für den von ihrem Mann Ivan Philip erlittenen Schaden im beruflichen Fortkommen und zur Abgeltung aller Ansprüche wegen Vermögens- und Verschleuderungsschadens wurde Hedwig 1956/57 und 1962 eine bescheidene Kapitalentschädigung zugesprochen. Hedwig Philip starb am 19. Januar 1969 in Hamburg.

Vor seinem früheren Wohnhaus Sierichstraße 88 wurde im Jahr 2014 für Ivan Philip ein Stolperstein verlegt.

Alle kursiv gedruckten Textteile in dieser Publikation entstammen den Biografien aus der Stolpersteindatenbank (www.stolpersteine-hamburg.de).

Anführungszeichen kennzeichnen Zitate aus Quellen und Literatur. Die Belege werden in der ausführlichen Dokumentation enthalten sein.

Die ausführlichen Biografien sowie 25 weitere Biografien von Mitgliedern des Ehrenamtes und Hauptamtes der Handelskammer Hamburg erscheinen in einer gesammelten Publikation in der ersten Jahreshälfte 2019.

Franz Max Rappolt

Jg. 1870

deportiert 1942

Theresienstadt

ermordet 25.11.1943



Mitglied des Plenums der Handelskammer
1921–1933

Franz Max Rappolt entstammte einer jüdischen Kaufmannsfamilie aus dem hessischen Friedberg. Sein Großvater *Joseph (Isaac) Rappolt (1807–1873)* betrieb dort als Bürger seit 1837/38 sein Geschäft *J. L. Rappolt (Früchte, Ölsamen und Mehl)*. ... *In Bruchenbrücken bei Friedberg waren [dessen] Söhne Jofey (Joseph) und Luj (Louis) sowie die Tochter Berta geboren worden. Der jüngere Sohn Louis Rappolt (1837–1913) führte die väterliche Firma weiter. Der ältere Sohn Joseph Rappolt (1835–1907) verließ Ende 1861 ... Friedberg ... und zog in die Großstadt Hamburg.*

1862 erwarb Joseph Rappolt das Hamburger Bürgerrecht ... und gründete zusammen mit Julius Oppenheim (1828–1895) die Firma Oppenheim & Rappolt. Das Unternehmen produzierte gummierte Mäntel und Herrenbekleidung. 1863 heiratete Joseph Rappolt die gebürtige Breslauerin Louise Herz (1839–1911), Tochter von Kaufmann Hinrich Herz und Ernestine, geb. Schlesinger. Aus der Ehe von Joseph und Louise Rappolt stammte als viertes von fünf Kindern der am 3. Juli 1870 in der Wohnung Neuer Wall 69 geborene Franz Rappolt. Wie sein ... Bruder Arthur Rappolt (1864–1918) dürfte auch Franz Rappolt von einem Privatlehrer unterrichtet worden sein, ehe er ein Realgymnasium besuchte und nach einem jeweils mehrmonatigen Auslandsaufenthalt in Spanien (1888/89) und Italien (1891/92) seinen Einjährig-Freiwilligen Militärdienst ab November 1892 beim Hanseatischen Infanterie-Regiment 76 ableistete. Nach einer kaufmännischen Lehre trat er in die Firma Oppenheim & Rappolt ein, in der sein Bruder Arthur Rappolt bereits seit 1885 (seit 1889 als Prokurist) tätig war. ... 1877 war auch das Jahr, in dem die achtköpfige Familie Rappolt aus der Hamburger Vorstadt St. Georg in den Vorort Rotherbaum umzog, wo private Bauspekulanten für eine vornehme bürgerliche Stadterweiterung sorgten.

Die Wohnadressen von Familie Rappolt lauteten Rathausstraße 9/Altstadt (1863–1866), Neuer Wall 69/Neustadt (1867–1871), Kirchenallee 26/St. Georg (1872–1874), Holzdamn 19/St. Georg (1875–1876), wo von 1870 bis 1880 auch der Geschäftspartner Julius Oppenheim in Haus-Nr. 55 wohnte, Bundesstraße 18/Rotherbaum (1877–1885), Magdalenenstraße 35/Rotherbaum (1886–1901) und Mittelweg 143/Rotherbaum (ab 1901).

Als der Mitinhaber Julius Oppenheim ... um 1892 aus dem Unternehmen ausschied, rückten die älteren Söhne Paul und Arthur Rappolt zum 1. Januar 1892 als Mitinhaber in die Geschäftsleitung der Firma auf, die ab Januar 1897 den Namen Rappolt & Söhne führte. Seit 1899 leitete Franz Rappolt (noch bis 1903) als „Repräsentant“ die Berliner Filiale von Rappolt & Söhne in der dortigen Kurstraße 38. Er lebte in der Charlottenstraße 22 in Berlin-Mitte.

Am 10. Oktober 1899 heiratete er Charlotte (Lotte) Ehrlich (1878–1941) in ... Breslau. Ihr Vater Eugen Ehrlich (1837–1914) war Mitinhaber der 1846 gegründeten Fabrik und Exportfirma für Metall-, Eisen- und Stahlwaren Herz & Ehrlich (Breslau). Ihre Mutter war Wanda, geb. Cohn (1856–1929).

Nach der Hochzeit zogen Charlotte und Franz Max Rappolt in den Berliner Stadtteil Tiergarten in die Keithstraße 3. Ihr erstes Kind, der Sohn Fritz, wurde am 22. August 1900 ... noch in Berlin geboren. Im Herbst 1903 wechselte Franz Rappolt an den Hamburger Hauptsitz der Firma und wurde mit dem 1. Januar 1904 persönlich haftender Gesellschafter des Unternehmens. Sein jüngerer Bruder Otto übernahm die Leitung der Berliner Filiale von Rappolt & Söhne und erhielt im Januar 1904 Einzelprokura für das Unternehmen.

In Hamburg bezogen Franz und Charlotte Rappolt für vier Jahre eine Wohnung in der Johnsallee 69 III. Stock (Rotherbaum). Hier wurden am 1. November 1903 und am 25. Oktober 1905 die Söhne Heinz und Ernst geboren. Alle drei Söhne wurden am 12. Juli 1906 in der Hamburger Hauptkirche St. Catharinen getauft. Es ist anzunehmen, dass Familie Rappolt zu diesem Zeitpunkt bereits aus der Jüdischen Gemeinde aus- und in die evangelisch-lutherische Kirche eingetreten war. Vater Joseph Rappolt starb am 28. Februar 1907 im Alter von 72 Jahren in Nizza.

1908 zog die ... Familie von Franz Rappolt in eine Parterrewohnung in der nahe gelegenen Rothenbaumchaussee 34 ... Waren dies schon „gute“ Hamburger Adressen, so konnte die Familie sich noch verbessern: 1914 hatte Franz Rappolt das Grundstück am Leinpfad 58

erworben und beauftragte nun den Architekten Carl Bensel (1878–1949) ... mit dem Bau einer repräsentativen Stadtvilla, die 1914/15 entstand. Das 14-Zimmer-Haus besaß fünf Schlafräume und mehrere Bäder. Den Vermögensverhältnissen und der gesellschaftlichen Stellung der Familie entsprechend, war es mit hochwertigem Hausrat, Silber, antiken Möbeln, echten Teppichen und zahlreichen Kunstgegenständen ausgestattet. In ihrer Villa am Leinpfad 58 beschäftigte die Familie zwei Hausmädchen, eine Köchin und einen Fahrer.

Der älteste Sohn Fritz legte im Juni 1918 das Notabitur am gerade gegründeten Kirchenpauer-Realgymnasium in Hamm ab und wurde anschließend zur Militärausbildung eingezogen. Der mittlere Sohn Heinz besuchte von 1912 bis 1921 das Heinrich-Hertz-Realgymnasium am Schlump, absolvierte anschließend eine kaufmännische Lehre bei der Wollhandelsfirma Klöpfer ... und war 1924 bis 1926 bei verschiedenen Hutfabriken im In- und Ausland tätig. Der jüngste Sohn Ernst besuchte von 1914 bis 1923 die nahegelegene „Gelehrtenschule des Johanneums“ in Winterhude, wo er im September 1923 das Abitur ablegte und anschließend an den Universitäten Freiburg/Breisgau, München und Hamburg Jura studierte.

Die älteren Rappolts kehrten in den 1920er Jahren zur Jüdischen Gemeinde zurück: Franz Rappolt wurde ab 1925 als Mitglied der Deutsch Israelitischen Gemeinde Hamburgs geführt, sein Bruder Otto trat zwei Jahre später in die Gemeinde ein, und 1929 folgte auch der Bruder Paul.

*Die Firma Oppenheim & Rappolt hatte 1891 Kontor- und Fabrikationsräume im I., III. und IV. Stock des neu erbauten Geschäftshauses in der Admiralitätstraße 71/72 („Admiralitäts-hof“) bezogen. Doch für das expandierende Unternehmen wurden diese bald zu eng. ... im Juli 1912 konnte sie in das in ihrem Auftrag und nach Plänen des Architekten Fritz Höger erbaute Backstein-Kontorhaus Mönckebergstraße 11–13 („Rappolt-Haus 1 und 2“) umziehen. In prominenter Lage zwischen der Hauptkirche St. Jacobi und der Mönckebergstraße gelegen, besaß es Frontrecht auch an den Straßen Barkhof und Jacobikirchhof. Das Gebäude war außen an den *historisch-norddeutschen Baustil* angelehnt, innen jedoch mit modernster Technik ausgestattet. In der Mönckebergstraße 11–13 nahmen die Firmenräume noch 1939 den 4. bis 6. Stock ein (rund 3500 qm). Die Firma stellte hochwertige Herren-Mäntel im englischen Stil und Gummimäntel her und betrieb einen Großhandel mit Herren-Modeartikeln. Spätestens in den 1930er Jahren übten Rappolt & Söhne für Hüte der Marken „Borsalino“ und „Rousselet“ die Generalvertretung aus.*

Enge Finanz-Kontakte der Rappolts bestanden zum Bankhaus M. M. Warburg & Co. (Hamburg), hier insbesondere zu Dr. jur. Fritz Warburg (1879–1964), sowie zur Privatbank Simon Hirschland (Essen und Hamburg), freundschaftlichen Umgang pflegten sie mit den Inhabern von Gebr. Hirschfeld ... und Modehaus Robinsohn ... In Neumünster/Holstein hatte man Geschäftskontakte zu C. Sager Söhne & Co., einem Hauptlieferanten für Mäntel und in Aachen zur Textilstickerei Auerbach.

Franz Rappolt rückte 1904 zum Mitinhaber der Firma auf und übernahm den Bereich Finanzen. Der älteste Bruder und Mitinhaber Paul Rappolt (Rondeel 37) war für den Bereich Webmuster und Stoffe zuständig. Als dritter Mitinhaber war auch der zweitälteste Bruder Arthur Rappolt (Rondeel 33) im Familienunternehmen tätig. Franz Rappolts Sohn Heinz Julius begann 1927 seine Tätigkeit bei Rappolt & Söhne. Nach zahlreichen Ein- und Verkaufstreisen für das Familienunternehmen ins Ausland erhielt er 1932 Prokura und stieg 1934 zum Mitinhaber auf. Der jüngste Sohn, Dr. Ernst Rappolt, praktizierte von 1930 bis April 1933 als Rechtsanwalt in der Firma Seidl, Drs. Rosenberg & Rappolt. Als im April 1933 seine Zulassung vor Gericht von der NS-Regierung widerrufen wurde, trat auch er in die Firma seiner Familie ein, zunächst als Syndikus und ab Anfang 1935 als Prokurist.

Zeitgenossen beschrieben Franz Rappolt als große und stattliche Unternehmer-Persönlichkeit. ... Einer politischen Organisation gehörte er nie an. ... Sein wirtschaftlicher Erfolg und sein Auftreten fanden Anerkennung in der Stadt, was nicht zuletzt darin zum Ausdruck kam, dass er ab dem 15. Dezember 1921 dem Plenum der Handelskammer Hamburg angehörte und Anfang 1924 in die „Zulassungsstelle für Wertpapiere zum Börsenhandel“ berufen wurde. Die Kammer entsandte ihn 1922 als Stellvertreter, 1923 als Vertreter in den Jugendausschuss des Hamburger Arbeitsamtes, 1922 bis 1924 als Stellvertreter in den Beirat der Hauptfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene. 1923 bis 1927 fungierte er als Kammervertreter im Fachausschuss für kaufmännische Fragen bei der Zentrale für Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung des Arbeitsamtes sowie 1923 bis 1927 im Prüfungsausschuss für Leiter und Lehrer an kaufmännischen und gewerblichen Privatschulen. Delegiert war er auch in den Messe-Ausschuss der Textil-Mustermesse. Franz Max Rappolt gehörte 1929 dem fünfköpfigen Ehrengericht der Hamburger Börse an und versah 1921 und 1922 das Ehrenamt eines Handelsrichters und entschied ... bei Handelsstreitigkeiten. Spätestens seit 1926 war er zudem Mitglied in der Versammlung Eines Ehrbaren Kaufmanns. Bei Planungen für eine Geschäftsreise in den Balkan und Kleinasien wurde er 1925 durch ein Schreiben des Kammerpräsidenten Hermann Münchmeyer und des Syndikus' Emil Schwencke unterstützt. Aufgrund seiner hohen beruflichen Be-

lastung, die häufige Abwesenheiten von Hamburg mit sich brachte, kündigte Rappolt im September 1931 an, im folgenden Jahr aus den Gremien der Handelskammer auszutreten. Dennoch übernahm er im Januar 1932 nach dem Ausscheiden von Otto Friedeberg den Vorsitz der Sektion für Börse, Bibliothek und Inneres. Und er blieb bis Juni 1933 Mitglied in zahlreichen Kammersektionen, z.B. für Handelspolitische Fragen, Zoll- und Steuerwesen, für Gewerbliche und soziale Fragen, für Warenhandel, für Patentwesen, für Gerichts- und Rechtswesen, außerdem war er zuständig für gerichtliche Vergleichssachen. *Am Vorabend der nationalsozialistischen Machtübernahme konnte der über 60-jährige Franz Rappolt stolz auf eine große Familie, eine florierende Firma, auf persönlichen Wohlstand und Ansehen blicken.*

Mit dem nationalsozialistischen Machtantritt 1933 zerbrach sein Lebenswerk Stück für Stück: Im Juni 1933 schloss die Handelskammer Hamburg ihr Plenumsmitglied Franz Rappolt aus. ... Die Firma selbst geriet von verschiedenen Seiten unter Druck. Die antisemitische Propaganda in Deutschland und Boykottaufrufe des Auslands gegen deutsche Firmen führten auch bei der Firma Rappolt & Söhne zu Umsatzrückgängen. Doch noch immer waren Franz Max Rappolts Einkünfte aus seinem Firmenanteil durchaus ansehnlich: Sie betragen im Zeitraum von 1933 bis 1936 „weit mehr als die Vergleichssätze des höheren Dienstes“, und zwar durchschnittlich ca. 28.500 RM pro Jahr.

Franz Rappolts Neffen Hans (geboren 1899) und Walter Rappolt (geboren 1898), beides Söhne von Arthur Rappolt und Mitinhaber der Firma, emigrierten 1935 und 1936 nach Großbritannien. Rappolt & Söhne besaßen dort eine Beteiligung an der Firma Rasco Ltd. (Nottingham), die auf die Gummierung von Mänteln spezialisiert war. Auch die beiden jüngsten Söhne von Franz Rappolt verließen Deutschland: Ernst Rappolt ... reiste Ende Mai 1938 mit Ehefrau und zwei Kindern in die USA aus. Eines der beiden Mietwohngrundstücke aus seinem Besitz, Eilbecktal 22, kaufte Franz Max Rappolt mit Geldern an, die er dem Betriebsvermögen der Firma Rappolt & Söhne entnahm.

Der zweite Sohn, der Kaufmann Heinz Rappolt, ... emigrierte im Oktober 1938 nach England. Ermöglicht wurde die Einreiselaubnis nach Großbritannien (Permit) durch das Engagement des englischen Firmenbesitzers Joseph E. Ward, bei dem er als Reisevertreter für Hüte arbeiten sollte. Franz Rappolts ältester Sohn Fritz Rappolt war aufgrund seiner psychischen Verfassung nicht in der Lage, Deutschland zu verlassen. Im Januar 1939 emigrierte ein weiterer Gesellschafter der Firma nach Großbritannien, Erich Rappolt (geboren 1902), der Sohn von Paul Rappolt.

Ab 1936 wurden vom NS-Staat die entscheidenden juristischen Grundlagen geschaffen, um als „jüdisch“ eingestufte Unternehmen behindern und schließen zu können. Im Mai und Juni 1936 wandten sich Franz Rappolt und sein Sohn Ernst Rappolt in Briefen und auch persönlich an hohe Mitarbeiter des Reichswirtschaftsministeriums in Berlin und protestierten, volkswirtschaftlich argumentierend, gegen die Diskriminierungen ihrer Firma.

Im Rahmen einer angeordneten Buchprüfung durch die Devisenstelle äußerte sich Franz Rappolt im Mai 1938 gegenüber dem Prüfer Behrens zu seiner Zukunft in NS-Deutschland, was der Prüfer beflissen in seinem umfangreichen Bericht notierte: „Er selber – Franz Rappolt – sei 68 Jahre alt und wolle seinen Lebensabend in Deutschland beschließen. Wenn auch im Moment keine bestimmten Auswanderungsabsichten bestünden, so seien jedoch die jüngeren Mitglieder der Familie Rappolt alle gewillt, Deutschland über kurz oder lang zu verlassen, so bald sich eben im Auslande Existenzmöglichkeiten für sie böten.“ Am 25. August 1938 erließ die Devisenstelle des Oberfinanzpräsidenten gegen Franz Max Rappolt Sicherungsanordnung, die sich auf alle seine Immobilien sowie auf seine Bankkonten und Wertpapierdepots bei den Hamburger Bankhäusern M.M. Warburg und Conrad Hinrich Donner erstreckte. Ab sofort musste er das Einverständnis der staatlichen Stellen einholen, um auf sein gesperrtes Vermögen zugreifen zu können. Nach dem Novemberpogrom 1938 ... beschloss der NS-Staat eine „Judenvermögensabgabe“, die in fünf Raten zu zahlen war – für Franz Rappolt betrug die Gesamtsumme 104.266 RM, die er zwischen Mai und November 1939 begleichen musste. Weitere staatliche Beraubungen in ähnlicher Größenordnung folgten in den nächsten Jahren – so eine Auswandererabgabe an den Jüdischen Religionsverband von 34.673 RM, Abgaben an die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland in Höhe von 27.046 RM und „Spenden“ für die Jüdische Winterhilfe über 1.070 RM. Das von seinem Sohn Ernst bei dessen Ausreise erworbene Grundstück Eilbecktal 22 wurde im Juli 1938 unter behördlichem Druck für 38.000 RM an Franz Hartwig Wilhelm Scharnweber veräußert.

Die Villa am Leinpfad musste Franz Max Rappolt Anfang Februar 1939 für 48.000 RM und damit 32.000 RM unter dem zuletzt ermittelten Wert, an den norwegischen Kaufmann Niels Haagensen ... verkaufen. Der Umzug in die Haynstraße 10 II. Stock (Eppendorf) erfolgte zum 26. Juli 1939 ...

Der Seniorchef Franz Rappolt ... und der am 31. Dezember 1936 aus der Firma ausgeschiedene Paul Rappolt ... blieben – wie viele Juden der älteren Generation – in Hamburg. 1938 zwang der NS-Staat sie zum Verkauf ihrer Firma; Profiteure waren die Käufer Walter

Hanssen, Gottfried Dubelman und Wilhelm Köppen. Eigens für den Erwerb des Rappolt-schen Unternehmens hatten sie am 8. Juni 1938, einen Tag vor Vertragsabschluss, eine Kommanditgesellschaft gegründet. Das Handelsgeschäft von Rappolt & Söhne wurde ihr zum 16. Juni des Jahres übertragen. Mit der Firma traten die bisherigen Inhaber auch das Recht auf Namensführung „Rappolt & Söhne“ ab, nicht jedoch die zum Firmenvermögen gehörige Beteiligung an der Rasco Ltd. im englischen Nottingham. Dem Kaufpreis wurde die noch zu erstellende Übernahme-Bilanz zugrunde gelegt. Nach einer ersten Anzahlung von 1.000.000 RM sollten die Käufer, sofern die Bilanz-Bestätigung der Deutschen Waren-Treuhand-Aktiengesellschaft zwei Monate ab Übernahme-Stichtag oder Genehmigungstag die endgültige Kaufsumme noch nicht festgelegt hatte, eine angemessene weitere Abschlagszahlung leisten. Der genaue Kaufpreis ist nicht überliefert, doch im Rückblick beklagte der von der Erbgemeinschaft Rappolt beauftragte Rechtsanwalt: „Es wurde ein bei weitem zu geringer Kaufpreis bezahlt, von dem der Erwerber noch ohne Berechtigung Abzüge machte.“ *Das Jahreseinkommen* der Käufer *verfüffachte sich* durch die Übernahme *in den nächsten Jahren. Die jüdischen Mitarbeiter wurden von den „Ari-seuren“ entlassen.* Das neue Unternehmen firmierte zunächst unter „Rappolt & Söhne Nachf.“ Die Handelskammer meldete am 26. August 1941 an das Amtsgericht Hamburg: „Die Firma Rappolt & Söhne Nachf. gehört zu den führenden deutschen Unternehmen auf dem Gebiet der Bekleidungsindustrie. Der Exportanteil an dem Gesamtumsatz des Unternehmens ist auch recht erheblich. In den Handel gebracht wurden die Erzeugnisse des Unternehmens unter der Marke ‚Eres.‘“ Diese Marke habe im Ausland einen guten Ruf, von dem ursprünglichen Firmennamen habe sie sich völlig losgelöst, ihre Herkunft sei in Konsumentenkreisen unbekannt. Anfang Februar 1942 änderte man den Firmennamen in „Eres Kommandit-Gesellschaft Hanssen, Dubelmann & Köppen“.

Gleichzeitig mit dem Kaufvertrag hatten die Erwerber mit den bisherigen Firmeninhabern und Noch-Eigentümern des Rappolt-Hauses 1, Mönckebergstraße 11, einen Mietvertrag über die dortigen Firmenräumlichkeiten abgeschlossen. Zudem übernahmen sie den bestehenden Mietvertrag von Rappolt & Söhne im Rappolt-Haus 2, Mönckebergstraße 13. Dieses war von der Rappolt-Familie bereits im Mai 1937 an die Swift & Company GmbH, Firmenzweig einer gleichnamigen Mutterfirma in Chicago, USA, für 1.425.000 RM veräußert worden. Übernommen wurden ebenfalls Mietverträge für die Zweigbetriebe von Rappolt & Söhne in Hamburg (Herrlichkeit), Berlin und Pinneberg.

Nach den Novemberpogromen 1938 und den darauf folgenden Verordnungen auf Reichsebene zur Ausschaltung jüdischer Unternehmer aus dem Wirtschaftsleben sah die Familie

Rappolt die Gefahr einer Enteignung drohen. Deshalb verkaufte sie ihr Geschäftshaus in der Mönckebergstraße 11 (Rappolt-Haus 1) *im Februar 1939 ...an eine Investorengruppe namhafter Hamburger Bankiers und Grundstücksmakler (Joachim von Schinckel, Freiherr Johann Rudolph von Schröder, Edmund von Österreich, Alwin Münchmeyer, Oskar Hertz).* Erzielt wurden für das Grundstück, das zu dieser Zeit einen jährlichen Reinertrag von rund 114.000 RM einbrachte, lediglich 1.700.000 RM, das waren 60 Prozent des Marktwertes. Die Ausgleichsabgabe von 100.000 RM, die die Käufer zu Gunsten des Deutschen Reiches auf ein Konto bei der Verwaltung für Handel, Schiffahrt und Gewerbe einzuzahlen hatten, wurden noch vom Kaufpreis abgezogen.

Am 31. März 1940 räumte Franz Rappolt sein Büro dort endgültig, bis dahin hatte er vertragsgemäß noch für einen geordneten Übergang des Familienunternehmens und die Abwicklung mittels der „Rappolt Verwaltungsgesellschaft in Liquidation“ gesorgt.

Trotz der verschiedenen Zwangsmaßnahmen gegen Juden ab 1939, wie dem Ausschluss vom Telefonnetz und abendliche Ausgehverbote, trafen sich die Rappolts weiterhin mit ihrem Freundeskreis. Zu ihm zählten u.a. *William Henriques (1859–1941) und seine Schwester Agnes Henriques (1861–1942), ...Paul Salomon (1865–1941) ... und wenn er aus Berlin zu Besuch war, auch Bruder Otto Rappolt. ... Ab September 1941 war auch Franz Rappolt verpflichtet, deutlich sichtbar einen „Judenstern“ zu tragen.*

In der Jüdischen Gemeinde, die seit Juli 1939 als „Jüdischer Religionsverband“ zentraler staatlicher Lenkung unterworfen war, übernahm Franz Rappolt nun ehrenamtliche Aufgaben. Er war ab Januar 1941 für das ehemalige Israelitische Mädchen- und Waisenhaus Paulinenstift (Laufgraben 37) und auch für Altenheime zuständig, bei denen er unpopuläre Einsparungen umsetzen musste.

Franz Rappolt, der sich in Hamburg um kranke und hilflose Angehörige kümmerte, zögerte lange, einen Ausreiseantrag zu stellen ... Nach einem gescheiterten Ausreiseantrag nach England unternahm er schließlich, unterstützt von seinem in den USA lebenden Sohn Ernst, ab 1940 mehrere Versuche, nach England, Nordamerika, Kuba oder Uruguay zu emigrieren. Durch hohe bürokratische und finanzielle Vorleistungen, Schwierigkeiten bei der Erteilung von Visa, verschobene Schiffspassagen und die Kriegserklärung Deutschlands an die USA im Dezember 1941 wurden letztendlich sämtliche Bemühungen zunichte.

Am 8. November 1941 musste Franz Rappolts ältester Sohn Fritz den Zug ins Getto Minsk besteigen. ... Fritz Rappolt, der im Getto zu den Helfern des deutschen Judenältesten Edgar Franck gehörte, wurde zusammen mit den anderen Helfern am 13. April 1942 erschossen, nachdem sie versucht hatten Briefe aus dem Getto zu schmuggeln.

Für Franz Rappolt war der rasante soziale Abstieg mit zunehmender Isolierung und dem Verlust von Familienmitgliedern und Freunden verbunden. ... Am 6. März 1941 nahm sich seine Ehefrau Charlotte das Leben, die bereits seit einigen Jahren psychisch labil war und dem wachsenden antisemitischen Druck nicht standhalten konnte. Sie wurde bewusstlos mit einer Veronal-Tabletten-Vergiftung aufgefunden und vom herbeigerufenen Arzt Berthold Hannes ins Israelitische Krankenhaus in der Johnsallee 68 eingeliefert, wo sie verstarb. Bis 1942 schieden weitere Verwandte Franz Rappolts aus dem Leben. Sein Bruder Ernst M. erhielt im Frühjahr 1942 die Anweisung, in ein „Judenhaus“ umzuziehen, und wählte daraufhin den Freitod. Franz Rappolt erinnert: „Die gleiche Aufforderung habe auch ich von der Staatspolizei Hamburg erhalten. Uns wurde freigestellt, gemeinsam ein Zimmer in dem Altersheim Hamburg Benekestr. 6 zu beziehen.“

Juden über 65 Jahre wurden – wie Franz Rappolt, der inzwischen 71 Jahre alt war – von den Deportationen zurückgestellt, bis das Getto Theresienstadt sie ab Sommer 1942 aufnehmen konnte. Zur Vorbereitung auf die anstehende Deportation wurde Franz Rappolt am 15. April 1942 in das Altersheim umquartiert. Seine Möbel aus der Haynstraße 10, wo er seit Frühjahr 1939 eine 5-Zimmer-Wohnung ... und ab 25. November 1941 in Erwartung des zugesagten Visums nur noch ein Zimmer als Untermieter ... bewohnte, sowie Kleidungsstücke und Ölbilder waren vermutlich bereits am 21. November 1941 für die Ausreise nach Südamerika verpackt und eingelagert worden ... Was aus dem „Umzugsgut“, das üblicherweise im Freihafen in „Liftvans“ lagerte, wurde, ist nicht bekannt.

Am 15. Juli 1942 wurde Franz Rappolt unter der Deportationsnummer 715 mit „Transport VI/1“ nach Theresienstadt deportiert, gemeinsam mit seiner Schwägerin, Johanna Rappolt, geb. Oppenheim. Am 25. November 1943 wurde er dort ermordet.

Im November 1954 stellte die Erbgemeinschaft Franz Max Rappolt, bestehend aus den beiden überlebenden Söhnen, über ihre Anwälte in Hamburg Anträge auf Wiedergutmachung: Heinz Julius Rappolt, der inzwischen unter dem Namen Harvey Randall als Kaufmann in Romiley Stockport in der englischen Grafschaft Cheshire lebte, sowie Ernst Martin Rappolt, nun Ernest M. Rappolt, Branch Manager in Fairfield im US-amerikanischen

Bundesstaat Connecticut. Nach längeren Verhandlungen erhielten sie Entschädigung für die Haftzeit ihres Vaters, für dessen Einbußen im beruflichen Fortkommen, für erzwungene Sonderabgaben, für Verluste durch Kapitaltransfer und entzogene Wertpapiere sowie für Verschleuderungsschaden. Ein finanzieller Ausgleich für die Wertminderung des Namens ihres damaligen Familienunternehmens („Goodwill-Schädigung“) wurde ihnen jedoch versagt.

Für die ehemalige Firma Rappolt & Söhne sicherte im Oktober 1949 ein Vertrag mit der Eres KG den Rappoltschen Erben zur Abgeltung sämtlicher Wiedergutmachungsansprüche, die Firmenübernahme betreffend, einen Entschädigungsbetrag zu. Zudem erhielten sie „das Recht, die Aufnahme eines der früheren Gesellschafter der Fa. Rappolt & Söhne als persönlich haftenden Gesellschafter in die Kommanditgesellschaft zu verlangen.“ Ein Teil der Entschädigungssumme wurde nicht in bar ausgezahlt, sondern als Darlehen in der Firma belassen. Wie es ihnen der Vertrag ermöglichte, wandelten die Erben Rappolt das Darlehensverhältnis zu Anfang Januar 1953 in eine stille Beteiligung am Unternehmen um – mit dem Rechtsanspruch, bis Ende 1957 statt Auszahlung der stillen Gesellschafteinlage eine kommanditistische Beteiligung zu erhalten. Dementsprechend traten mit Jahresbeginn 1958 die beiden Söhne von Franz Max Rappolt Harvey Randall und Ernst Rappolt sowie seine Neffen Erich Rappolt (jetzt Eric Rigby, London), Hans Rappolt (Leicester, England) und Walter Rappolt (Wembley, England), als Kommanditisten in das ehemalige Familienunternehmen ein.

Das Grundstück Eilbecktal 22 – das Gebäude war im Krieg ausgebombt – wurde im Zuge der Restitution an die Söhne von Franz Max Rappolt zurückgegeben. Das Grundstück Leinpfad 58, das nur leichtere Kriegsschäden aufwies, blieb auf Basis eines Vergleichs mit einer Entschädigungszahlung an Heinz und Ernst Rappolt Eigentum der Erben des damaligen Erwerbers Haagensen.

Das Firmengebäude Mönckebergstraße 11 (ehemals Rappolt-Haus 1) wurde im Sommer 1944 durch Bomben beschädigt, es brannte zu 90 Prozent aus. Die Erwerbergruppe strebte einen Wiederaufbau an, um erneut Mieteinnahmen zu erzielen. Ende 1951 ordnete ein Beschluss des Landgerichts Hamburg die Rückerstattung des Grundstücks an die Familie Rappolt an. In einem Vergleich übertrugen diese zur Beilegung sämtlicher gegenseitiger Ansprüche aus bestehenden Lasten und Grundschulden 57,5 Prozent Bruchteilsigentum an das Konsortium Schröder.

Das ehemalige Rappolt-Haus 2, Mönckebergstraße 13, war vollständig ausgebrannt. Die US-amerikanischen Eigentümer hatten nach Kriegsende Erdgeschoss und erstes Stockwerk wieder notdürftig hergerichtet und vermietet. In einem Vergleich einigte man sich 1951 darauf, dass die Erben von Rappolt & Söhne eine nachträgliche Nutzungsentschädigung erhielten und das Grundstück im Besitz der Swift & Company GmbH verblieb.

1965 wurde nach Franz Rappolt im Neubaugebiet von Hamburg-Lohbrügge der Rappoltweg benannt. Vermutlich in den 1980er Jahren wurde am erneuerten Gitterportal des Hauptportals vom Rappolt-Haus 1 in der Mönckebergstraße 11 ein Schriftzug „Rappolt-Haus 1“ ... angebracht. Im April 2007 wurden vor dem Wohnhaus Leinpfad 58 Stolpersteine für Franz und Charlotte Rappolt und ihren Sohn Fritz Rappolt verlegt. Zusätzlich erinnert seit April 2007 vor dem ehemaligen Firmensitz in der Mönckebergstraße 11 ein Stolperstein an Franz Rappolt.

Alle kursiv gedruckten Textteile in dieser Publikation entstammen den Biografien aus der Stolpersteindatenbank (www.stolpersteine-hamburg.de).

Anführungszeichen kennzeichnen Zitate aus Quellen und Literatur. Die Belege werden in der ausführlichen Dokumentation enthalten sein.

Die ausführlichen Biografien sowie 25 weitere Biografien von Mitgliedern des Ehrenamtes und Hauptamtes der Handelskammer Hamburg erscheinen in einer gesammelten Publikation in der ersten Jahreshälfte 2019.

Paul Salomon

Jg. 1865
gedemütigt / entrechtet
Flucht in den Tod
22.9.1941



Mitglied des Vorstands der Wertpapierbörse,
Abteilung Banken/Wertpapiere 1927–1933

Paul Salomon wurde als Sohn von David Salomon (1825–1901) und Mathilde, geb. Frank (1839–1926), in Halle an der Saale geboren. Der aus Stralsund stammende Vater war der älteste Sohn des jüdischen Händlers Isaac Salomon. Er war schon mit 13 Jahren in die Lehre gegangen, hatte danach einige Jahre als Handlungsgehilfe gearbeitet und dann mit seinem Bruder Jacob in Halle die Seiden- und Modewarenhandlung Gebr. Salomon in der Großen Ulrichstraße 4 eröffnet, einer der Hauptgeschäftsstraßen der Stadt. Die Mutter kam aus einer Kaufmannsfamilie in Harzgerode. Ab 1881 zeichnete ... David Salomon als Alleininhaber der Firma ..., die mittlerweile in die Leipziger Straße ... umgezogen war. Doch das Geschäft florierte nur wenige Jahre und ging später in Konkurs. 1901 starb David Salomon, seine Ehefrau lebte weiter mit ihren drei unverheirateten Töchtern in der Henrietenstraße 4 (heute Georg-Cantor-Straße), 1926 starb auch sie.

Paul Salomon wuchs mit vier Geschwistern auf: Franziska (1861–1944), Elise (1862–1942), Oskar (1863–1941) und Margarethe (1870–1942). Das assimilierte jüdische Bürgertum der Stadt schickte seine Söhne auf das 1868 errichtete Stadt-Gymnasium Halle. Oskar und Paul Salomon gehörten zu den ersten jüdischen Kindern, die dort das Abitur ablegten. *In Halle absolvierte Paul Salomon eine Lehre beim Halleschen Bankverein von Kulisch, Kaempff & Co. und leistete 1888/89 seinen einjährigen Militärdienst beim Magdeburgischen Füsilierr-Regiment 36 ... in Halle ab.*

Direkt im Anschluss wechselte Paul Salomon zu einer Bank nach Hamburg, vermutlich aufgrund seiner Fremdsprachenkenntnisse in die Anglo-Deutsche Bank, und stand bereits nach drei Jahren kurz vor der Prokura. Doch aufgrund einer finanziellen Krise wurde das Geldinstitut in der Hermannstraße 20 im September 1892 als neue „Filiale der

Dresdner Bank in Hamburg" übernommen. Damals begann der Aufstieg der Dresdner Bank zur zweitgrößten Bank Deutschlands. Durch die Fusion verlangsamte sich Salomons beruflicher Aufstieg zunächst. Erst nach weiteren drei Jahren wurde er am 1. Oktober 1895 zum Prokuristen der großen Hauptniederlassung ernannt, die 1899 in einen Neubau am Jungfernstieg 22 umzog. Dabei hatte er gemeinsam mit seinem Bruder nicht nur die Schulden aus dem Konkurs des Vaters zu tilgen, sondern ermöglichte außerdem seiner Schwester Elise eine Ausbildung zur Gesangslehrerin. Zu dieser Zeit wohnte Salomon in der Schröderstiftstraße 4 im jüdisch geprägten Grindelviertel, um 1903 zog er nach Hohenfelde in die Ifflandstraße 73.

Am 11. Juli 1904 heiratete Paul Salomon in Berlin-Charlottenburg Martha Lucia (Lucie) Königswerther. Sie wurde am 20. Dezember 1880 in Leipzig geboren, *wo ihr Vater, der aus Frankfurt am Main stammende jüdische Kaufmann Adolf Heinrich Königswerther (1841–1908) 1869 ein Bürgerrechtsgesuch gestellt hatte. Hermine Königswerther, geb. Bloch (1851–1913) aus Jungbunzlau war ihre Mutter. Seit 1892 lebte Familie Königswerther in Charlottenburg bei Berlin in der Joachimsthaler Straße 35.* Lucie hatte zwei ältere Geschwister, Elise (1872–1939) und Wilhelm Alexander (1877–1942).

Nach der Heirat fand das Ehepaar Salomon zunächst im Uhlenhorster Weg 15 eine neue Bleibe. Als die Tochter Hilde am 13. April 1906 zur Welt kam, erfolgte kurz darauf der Umzug in die nahegelegene Papenhuderstraße 35. Lucies verwitwete Mutter Hermine war 1909 noch in den Immenhof in unmittelbarer Nachbarschaft gezogen. 1912 bezog Paul Salomon mit seiner Familie eine großbürgerliche Wohnung im 1. Stock Sierichstraße 82 im Stadtteil Winterhude. Am 22. März 1913 wurde die Tochter Lotte geboren, fünf Jahre später Sohn Ernst Helmut am 4. Dezember 1918.

1907 wurde Paul Salomon einer der stellvertretenden Direktoren der Dresdner Bank in Hamburg. Hatte er sich viele Jahre zunächst nur unter seinem Namen, dann mit dem Zusatz „Bankbeamter“ in das Hamburger Adressbuch eintragen lassen, verzeichnet ihn dieses 1912 erstmals als „stellvertretenden Bankdirektor der Dresdner Bank“. Diese Stellung hatte er fast noch ein Jahrzehnt inne, denn in den großen Niederlassungen wie Hamburg hatten sowohl die Abteilungsleiter als auch die stellvertretenden Direktoren Prokura. Mit deren Erlöschen Anfang 1921 ging seine Beförderung zu einem der drei Direktoren einher, und 1922 ließ sich Salomon dann als „Direktor“ der Bank eintragen. Trotz Vermögensverlusts infolge der Inflation konnte er bereits um 1925 eine Stadtvilla in der St. Benedictstraße 27 in Hamburg-Harvestehude zum Preis von 85.000 RM erwerben.

Im Nachbarhaus Nr. 29 wohnte der Bankier Michael Goldstein, einige Häuser weiter der Getreidegroßhändler John Hausmann.

In seiner Funktion als Bankdirektor bekleidete Paul Salomon eine Reihe von Ehrenämtern. So saß er im Aufsichtsrat der Gesellschaft für Automatische Telephonie Aktiengesellschaft (GEFAT), der Hanseatischen Kreditanstalt für Verkehrsmittel AG, der Neptunus Assecuranz-Compagnie und der Deutsch-Westafrikanischen Handelsgesellschaft, alle mit Vertretungen in Hamburg oder hier ansässig.

Ende 1926 schlug die Vereinigung der Hamburger Banken und Bankiers der Handelskammer Hamburg vor, für ihren Bereich Paul Salomon in den Vorstand der Wertpapierbörse, Abteilung Banken/Wertpapiere, zu wählen. Dieses jährlich neu zu besetzende Gremium wurde aus Vorständen und Direktoren großer Bankhäuser sowie In- und Teilhabern von Privatbanken in Hamburg gebildet. Nach seiner ersten Ernennung für das Jahr 1927 gehörte Salomon dem Börsenvorstand mehrere Jahre an. Am 1. Oktober 1932 erklärte der 67-Jährige jedoch seinen vorzeitigen Rückzug, obgleich er bereits auf der Vorschlagsliste für das Jahr 1933 stand.

Ob diese Entscheidung in Zusammenhang mit den persönlichen Vorbereitungen Paul Salomons auf eine drohende antisemitische Politik zu sehen ist, bleibt ungewiss. Der Religion seit seiner Jugend sehr kritisch gegenüber eingestellt, legte er dennoch im Herbst 1932 seinem Sohn Helmut nahe, zu seinem eigenen Schutz „die areligiöse Tradition der Familie“ aufzugeben und zum Protestantismus zu wechseln. Die vorangegangenen Jahre mit Weltwirtschaftskrise und Bankenkrise hatten Salomon zudem auch beruflich einiges abverlangt. Die Dresdner Bank musste ab 1932 „einer durchgreifenden Umorganisation unterzogen“ werden, die dem Deutschen Reich die Aktienmehrheit bescherte.

Der Machtantritt der Nationalsozialisten 1933 bedeutete für Paul Salomon die zwangsweise Zugehörigkeit des von den Nationalsozialisten definierten „Rassemerkmals Jude“ und damit die berufliche und gesellschaftliche Stigmatisierung. Die Dresdner Bank vollzog mit der Ernennung von NSDAP-Mitgliedern in leitenden Positionen die „Gleichschaltung“ des Unternehmens im Sinne der neuen Machthaber. Trotz Widerstands vonseiten des Vorstands wegen der umfangreichen Auslandsbeziehungen und der jüdischen Kundschaft der Bank wurde das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 mit dem Paragraphen 3, dem „Arierparagraphen“, zügig umgesetzt. Für Paul Salomon bedeutete es die Entlassung in den Ruhestand zu seinem 68. Geburtstag im Juni

1933. Für das laufende Jahr erhielt er noch eine Aufwandsentschädigung von 5.000 RM. Mit seinem Ausscheiden entfielen auch die Aufsichtsratsmandate, die er als Filialdirektor innegehabt hatte.

Die hohe Verantwortung und Wertschätzung, die Paul Salomon in der Dresdner Bank über Jahre genossen hatte, galt ab 1933 nichts mehr. Paul Salomon beschrieb seine Enttäuschung rückblickend im Jahre 1940 so: „Die Aufgabe meiner Tätigkeit, die ja schließlich erst im hohen Alter erfolgte, hat mich nicht sehr geschmerzt; sehr empfindlich war die Treulosigkeit von Menschen, mit denen ich freundschaftlich verbunden gewesen war, sowie die Behandlung durch die Bank, der ich nach besten Kräften 44 Jahre lang gedient hatte.“

Die folgenden Jahre waren geprägt von einer immer stärkeren gesellschaftlichen Ausgrenzung und einer zunehmenden Verschlechterung der Lebensbedingungen von Paul und Lucie Salomon. In einer Notiz hatte Paul 1941 all die Einschränkungen aufgelistet, die ihnen auferlegt wurden. Neben den zahlreichen Verboten für Juden erwähnte er insbesondere die finanzielle Ausplünderung durch Sondersteuern – so bezahlten beide 1938/39 eine sogenannte Judenvermögensabgabe von 96.500 RM – und die Beschlagnahmung von Gold- und Silbersachen, für die nur ein Bruchteil des Wertes erstattet wurde. 1939 musste Paul Salomon außerdem zwangsweise Mitglied im Jüdischen Religionsverband werden. In seiner Kultussteuerkarte war auch die Emigration der drei Kinder vermerkt. Sie hatten Deutschland im Laufe des Jahres 1938 verlassen. Die Tochter Lotte hatte zuvor immer wieder versucht, die Eltern zur Auswanderung zu bewegen. Doch anscheinend fühlte sich Paul Salomon mit seinen 72 Jahren inzwischen zu alt für einen Neuanfang und hegte zudem die Befürchtung, seinen Kindern im Ausland zur Last zu fallen.

Die jüngere Tochter Lotte ... hatte in Hamburg nach der Oberschule ... eine Handelsschule besucht ... Anschließend absolvierte sie ... ein Volontariat bei der Hamburger Niederlassung der Lloyds Bank. Von 1934 bis zu ihrer Emigration in die USA im Februar 1938 war sie Fremdsprachenkorrespondentin bei der Holzimportfirma Ernst Souza... In New York heiratete sie am 11. Februar 1942 Harold Hellman (1908–2000). Die ältere Tochter Hilde hatte am 10. Juni 1932 ... den Hamburger Kaufmann Franz Hermann Friedländer (1900–1978) geheiratet. Nachdem dieser bereits im August 1937 nach England ausgewandert war, folgten ihm Hilde und die gemeinsame Tochter Inge im April 1938 nach Yorkshire. Der Sohn Helmut ... besuchte nach der Bertram-Vorschule für Knaben (1925–1929) das renommierte Johanneum in Winterhude (1929–1936), das er mit dem Abiturzeugnis abschloss... Anschließend begann er auf Anraten seines Vaters eine Lehre bei der Hamburger

Niederlassung des Essener Bankhauses Simon Hirschland, bis die Firma 1938 liquidiert wurde. Als Letztes der drei Geschwister emigrierte er im Oktober 1938 über Holland und England zu seiner Schwester Lotte nach New York.

Das große Stadthaus St. Benedictstraße 27 erwies sich inzwischen zunehmend als Belastung. Zwar hatte Paul Salomon anscheinend noch versucht, es zu einem Mehrfamilienhaus umbauen zu lassen, den Plan aus Kostengründen jedoch aufgegeben. Zum 31. Dezember 1938 wechselte das Grundstück für 28.000 RM den Besitzer, durch eine vom Reichsstatthalter genehmigte Abänderung vom 5. April 1939 wurde der Preis auf 25.000 RM gesenkt. Obgleich Einzelhäuser damals stark an Wert verloren hatten, lag der Kaufpreis um einiges unter dem geschätzten Einheitswert. Das Geld wurde Salomon nicht ausbezahlt, sondern floss direkt auf ein Sperrkonto. Ab September 1939 fiel Salomon zudem unter die Sicherungsanordnung, die von der Devisenstelle des Oberfinanzpräsidenten verfügt wurde. Damit konnte er über sein gesamtes Vermögen nicht mehr frei verfügen.

Das Ehepaar Salomon zog nun zur Miete in die Erdgeschosswohnung des Nachbarhauses Nr. 29, die nach der Emigration des Bankiers Michael Goldstein im Frühjahr 1939 freigegeben war. Als sie ab dem 19. September 1941 zum Tragen eines „Judensterns“ verpflichtet wurden, bestand für sie „keine Aussicht mehr ..., je wieder aus der entwürdigenden Lage befreit zu werden, in die wir unverdient gebracht sind“. In der Nacht vom 21. auf den 22. September 1941 schieden Paul und Lucie Salomon gemeinsam aus dem Leben. Aus Angst vor einer zu frühen Entdeckung ihres Suizids und einer möglichen „Rettung“ ihres Lebens, bat Paul Salomon den Arzt in einem ... Brief, ihre Entscheidung zu respektieren: ... „Meine und meiner Frau Widerstandskraft gegen Leid und Qual, die über uns hereingebrochen sind, ist erschöpft. Wir werden heute Abend den hoffentlich gelingenden Versuch machen, unser Leben durch Veronal zu beenden. Haben Sie die Güte, den hoffentlich eingetretenen Tod festzustellen, gegebenenfalls aber um Gottes Willen keine Versuche zu machen, uns ins Leben zurückzurufen.“ ... Beerdigt wurden Paul und Lucie Salomon auf dem Jüdischen Friedhof Ohlsdorf. Auch fast alle Geschwister der beiden schieden 1941 und 1942 durch Freitod aus dem Leben.

Als Testamentsvollstrecker ... waren Rudolf Herms, seit 1931 persönlich haftender Gesellschafter des Bankhauses Jonas Söhne & Co. ... sowie Walter Rudolphi ..., entlassener Oberlandesgerichtsrat und seit 1939 im Vorstand des Jüdischen Religionsverbandes bestellt worden. Mit der Wahl dieser in ihren Positionen und Möglichkeiten sehr unterschiedlichen Personen dürfte Paul Salomon den Versuch unternommen haben, seinem Testament auch

im Juden gegenüber rechtlich unzuverlässigen NS-Staat Gültigkeit zu verschaffen. Denn „mit Rücksicht auf die derzeitigen internationalen Währungsverhältnisse, die ein Erb-Ergebnis für unsere Kinder minimal und interesselos machen“, bestimmten die Salomons den befreundeten Bankier Cornelius Freiherr von Berenberg-Gossler zu ihrem Universal-erben. Mit dieser Maßnahme wollten sie zumindest einen Teil des Erbes für ihre Kinder retten. Dieser verwaltete das Vermögen als Treuhänder und erstattete es nach Ende des Zweiten Weltkriegs den rechtmäßigen Erben zurück.

In den Wiedergutmachungsverfahren, die sich fast 20 Jahre hinzogen und teilweise bis zum Bundesgerichtshof gingen, erhielten Hilde Freeman, Lotte Hellman und Ernest H. Sanders Entschädigungen für die zu viel gezahlte Erbschaftssteuer, für Schmuck und Silbersachen sowie für die Judenvermögensabgabe. In einem Vergleich wurden sie zudem für ihr Elternhaus entschädigt. Hilde Freeman starb am 6. Januar 1999 in England, Lotte Hellman am 12. Oktober 2010 in Boca Raton, Florida/USA und Ernest H. Sanders am 13. Januar 2018 in New York/USA.

Seit 2005 erinnern Stolpersteine vor dem Wohnhaus St. Benedictstraße 27 an Paul und Lucie Salomon. Vor der ehemaligen Dresdner Bank Niederlassung in Hamburg (Jungfernstieg 22) wurde 2010 ein Stolperstein für Paul Salomon verlegt.

Alle kursiv gedruckten Textteile in dieser Publikation entstammen den Biografien aus der Stolpersteindatenbank (www.stolpersteine-hamburg.de).

Anführungszeichen kennzeichnen Zitate aus Quellen und Literatur. Die Belege werden in der ausführlichen Dokumentation enthalten sein.

Die ausführlichen Biografien sowie 25 weitere Biografien von Mitgliedern des Ehrenamtes und Hauptamtes der Handelskammer Hamburg erscheinen in einer gesammelten Publikation in der ersten Jahreshälfte 2019.

Max Stein

Jg. 1870
eingewiesen 22.12.1936
Krankenanstalt Harburg
„verlegt“ 24.12.1936
Heilanstalt Lüneburg
tot 17.4.1937



Mitglied der Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer Harburg-Wilhelmsburg 1927–1933

Der Harburger Textilkaufmann Max Stein stammte aus einer jüdischen Händler- und Kaufmannsfamilie in der preußischen Provinz Brandenburg. Seine Eltern waren der Handschuhmacher und Kaufmann Liepmann (Liebmann) Stein (ca. 1828–1897) und seine Frau Taube (Täubchen), geborene Berliner (ca. 1835–1912). Liepmann Stein kam in der Kleinstadt Havelberg als Sohn des Handelsmanns Abraham (Levin) Stein und der Hanna (Johanna) Heydemann (Lewin) zur Welt. In den 1860er Jahren kam er nach Pritzwalk im Kreis Ostprignitz, wo damals wenige jüdische Familien lebten. Er verband sich mit der Tochter des Handelsmanns Feibel Moses Berliner und der Ceres (Zerel) geb. Samuel (Löwenthal).

Liepmann Stein wohnte mit seiner Familie in der Marktstraße 43, der Haupteinkaufsstraße des Ortes. Erst mit Einführung der Standesämter der preußischen Verwaltung ließen er und Täubchen sich 1875 als Ehepaar in das Heiratsregister eintragen, und Liepmann wurde offiziell als Vater der beiden Kinder anerkannt. Als Max Stein fünf Jahre alt war, starb seine Schwester Johanna (1863–1875) an Scharlach. Weitere Geschwister sind nicht bekannt.

Max Stein besuchte nach der Volksschule das Königliche Realgymnasium in der Nachbarstadt Perleberg bis zur Mittleren Reife. Es schloss sich eine kaufmännische Ausbildung von vier Jahren ebenfalls in der Kreisstadt der Westprignitz an, die damals schon mehr Möglichkeiten bot als sein Geburtsort. Danach arbeitete er zunächst als ManufakturwarenvVerkäufer an wechselnden Orten. So lebte er 1897 als Handlungsgehilfe in Brandenburg a. d. Havel, als er den Tod seines Vaters Liepmann am 15. Dezember in Pritzwalk anzeigte.

Um die Jahrhundertwende kam er in die aufstrebende Industriestadt Harburg mit ihrem Einzugsbereich in die ländliche Umgebung. Bei seiner ersten Erwähnung im Harburger Adressbuch 1901 wohnte Max Stein, inzwischen Geschäftsführer einer Textilfirma, in der Brückenstraße 10. Es handelte sich bei dieser Firma um das seit 1899 in der Stadt ansässige „Berliner Waarenhaus Harburg a. E. En gros. En detail.“ in der 1. Wilstorfer Str. 79, das 1902 mit seiner „Specialität: Unterzeuge für Herren, Damen und Kinder. Grösstes Lager in Strickwolle. Für Händler und Wiederverkäufer unbedingt günstigste Einkaufsstelle“ warb. Diese und die anschließende Lüneburger Straße bildeten zusammen die Einkaufsmeile der Stadt. Nicht wenige Geschäfte wurden von Juden geführt, denn sie spielten zunehmend eine wichtige Rolle im Wirtschaftsleben, insbesondere im Einzelhandelsbereich und als Großhändler. Die Stadt Harburg konnte daher einem jungen, aufstrebenden jüdischen Kaufmann wie Max Stein die Chance zu einem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufstieg mit eigenem Unternehmen bieten.

Das Jahr 1904 brachte weitreichende Veränderungen im privaten und beruflichen Leben von Max Stein. Am 7. September heiratete er in Rostock Else Pincus (1881–1917), die Tochter des bereits verstorbenen jüdischen Kaufmanns und Rentiers Isidor Pincus (1851–1902) und seiner Ehefrau Bertha (Berta) geb. Lichenheim (1859–1941) und zog mit ihr in Harburg in die Lüneburger Straße 44. Else wurde am 5. Mai 1881 in Kröpelin, einer mecklenburgischen Kleinstadt bei Bad Doberan, geboren und wuchs zunächst dort, bald darauf in Parchim und schließlich in Rostock auf. Im Gegensatz zu Max hatte Else mehrere Geschwister. Der Bruder Hans (1884–1911) studierte Rechtswissenschaften und ließ sich dann als Rechtsanwalt in Rostock nieder. Die Schwester Ina Paula (1889–1945) heiratete 1912 in Harburg den Hamburger Kaufmann Arthur Schuster und zog mit ihm nach Hamburg, wo dieser am Neuen Steinweg 64 ein Geschäft für Glas, Porzellan und Küchenartikel betrieb.

Nur wenige Tage nach seiner Eheschließung ließ Max Stein am 28. September 1904 im Handelsregister seine eigene Firma eintragen und stieg vom Geschäftsführer zum selbstständigen Einzelhändler auf. Er übernahm das Berliner Warenhaus in der 1. Wilstorfer Straße 79 und bewarb 1905 sein Unternehmen „Max Stein, vormals Berliner Warenhaus“ mit denselben Worten, wie es zuvor bei der Harburger Kundschaft eingeführt und bekannt war. Einige Jahre später war es soweit etabliert, dass er es ausschließlich unter seinem eigenen Namen „Max Stein“ führen konnte.

Um 1905 erwarb er das direkt dem noblen Hotel Kaiserhof gegenüberliegende dreigeschossige Wohn- und Geschäftshaus in der 1. Wilstorfer Straße 2 (später Nr. 5) von dem Vorbesitzer Selly Meier, der sein dort ansässiges Geschäft für Herren- und Damenkonfektion bereits aufgegeben und die Räumlichkeiten inzwischen an eine Firma für Haus- und Kücheneinrichtungen verpachtet hatte. Max Stein ließ die Räume für seine Geschäftsbedürfnisse herrichten und orientierte sich mit seinem Sortiment zunächst weiterhin am Berliner Warenhaus. Auf einer Fläche von rund 230 qm bot er in zwei Ladenabteilungen Manufakturwaren, Wäsche sowie Kurzwaren und Strickwolle an und fungierte zudem als Zwischenhändler für kleine Einzel- und Landhändler.

Kurz darauf wohnte auch die Familie Stein über dem Ladengeschäft in der Wilstorfer Straße. Am 7. Juli 1905 war die Tochter Charlotte geboren worden, am 14. September 1908 kam Tochter Hilde zur Welt. Harburg entwickelte sich immer mehr zum Mittelpunkt der Familie. Nach dem Tod ihres Sohnes Hans im Jahr 1911 war die Mutter von Else Stein, Bertha Pincus, mit ihrer jüngeren Tochter Ina von Rostock nach Harburg gezogen. Auch weitere Verwandte von Else ließen sich hier nieder, so ihre verwitwete Tante Franziska Mayer (1853–1939) und ihre Cousine Grethe (1880–1945), die 1910 den dort ansässigen Kaufmann Julius Marcus (1876–1945) heiratete.

Die Anwesenheit von Bertha Pincus in Harburg erwies sich später als Glücksfall für die Familie. Am 29. Dezember 1917 verstarb Else Stein an der spanischen Grippe und wurde auf dem Jüdischen Friedhof in Harburg beerdigt. Bertha zog in die zweite Wohnung im Haus Wilstorfer Straße 2 ein und kümmerte sich um die beiden minderjährigen Kinder ihrer Tochter. Beide Mädchen besuchten das Lyzeum in Harburg bis zur mittleren Reife. Charlotte absolvierte danach die Handelsschule und arbeitete zunächst außerhalb Harburgs als Bürokraft und ab 1926 dann als Privatsekretärin bei dem jüdischen Harburger Rechtsanwalt und Notar Hugo Aschenberg. Hilde besuchte das Froebel-Institut und machte eine Ausbildung zur Kindergärtnerin.

So konnte Max Stein sich verstärkt dem weiteren Ausbau seines Geschäfts widmen, woran auch sein zeitweiser Einsatz im Ersten Weltkrieg (1914–1918) nichts änderte. Er beschäftigte über die Jahre hinweg immer etwa zehn bis zwölf Angestellte, galt als „solider, fleißiger Kaufmann ... und hatte bis zur Inflationszeit überhaupt nie Geldschwierigkeiten irgendwelcher Art. Das Geschäft hatte einen derartigen Umfang, daß er neben dem gutbürgerlichen Lebensunterhalt es sich leisten konnte, seinen beiden Töchtern eine erstklassige Erziehung angeeignet zu lassen.“

Max Stein zählte bald aufgrund seiner persönlichen Leistungen zu den angesehenen Kaufleuten der Stadt und bekleidete einige Ehrenämter. Als Unternehmer und Einzelhändler saß er ab 1927 in den Gremien der Industrie- und Handelskammer Harburg-Wilhelmsburg und war der Wahlfachgruppe des Kleinhandels – einem Einzelhandelsausschuss – für den Stadtkreis Harburg zugeteilt, zusammen mit dem Harburger Kaufmann Sally Goldmann sowie dem Wilhelmsburger Kaufmann Paul Michels für den Landkreis Harburg. Darüber hinaus engagierte sich Max Stein im Einzelhandelsverband und war dort führend tätig. Als Mitglied des Schiedsgerichts gegen den unlauteren Wettbewerb kümmerte er sich um den Einzelhandel in seiner Stadt.

Als Musikbegeisterter gründete Max Stein mit anderen Interessierten den Orchesterverein „Dur Et Moll“ und hatte das Amt des Beisitzers inne. Er selbst spielte Geige und Klavier und besaß eine umfangreiche musikalische Bibliothek. Er war seit vielen Jahren Mitglied der jüdischen Synagogengemeinde Harburg-Wilhelmsburg und beteiligte sich dort und im jüdischen gesellschaftlichen Leben in verschiedenen Bereichen. Außerdem engagierte er sich in seiner Freizeit im Jüdischen Kegelverein. Das hinderte ihn nicht, sich der Freimaurerei zuzuwenden. Am 11. Oktober 1910 wurde er von der Loge „Emanuel zur Maienblume“ in Hamburg aufgenommen.

Die Inflationszeit bedeutete erstmals einen tiefen Einschnitt in der geschäftlichen Entwicklung des Manufaktur- und Textilwarenunternehmens. „Wie bei vielen derartigen Kaufleuten konnte auch ... [Max Stein] den durch die Inflation begründeten Verlust seines Vermögens nicht überwinden. Er versuchte etwa im Jahre 1924 noch einmal, das Geschäft aufzubauen. Dieses ist ihm anscheinend auch gelungen.“ Die weiteren wirtschaftlichen Krisen der Weimarer Republik in den folgenden Jahren bedeuteten eine zusätzliche Erschwernis. Die Landbevölkerung, die einen Großteil seiner Kundschaft ausmachte, litt zunehmend unter der Agrarkrise und musste sich immer stärker einschränken. Daher fasste Max Stein einen radikalen Entschluss. Zum 1. August 1927 verkaufte er sein Wohn- und Geschäftshaus Wilstorfer Straße mit der inzwischen geänderten Hausnummer 5 an die Stadt Harburg zum Preis von 150.080 RM und investierte einen Großteil der Kaufsumme in sein Geschäft. Damit schien das Unternehmen für die kommenden Jahre gut aufgestellt zu sein, selbst als 1930 ein entgleister Straßenbahnwaggon Schaufenster und Laden demolierte.

Inzwischen trugen die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise ab 1929 mit einer rapiden Zunahme der Arbeitslosen sowie die Bankenkrise 1931 zu einem veränderten Kaufver-

halten der gesamten Harburger Bevölkerung bei. Nicht nur auf dem Land wurde das Geld knapp, sondern auch die Industriearbeiter verfügten kaum noch über die nötigen Mittel. Zudem führte die unsichere Lage zu einem Erstarken der NSDAP insbesondere in den ländlichen Gebieten. Wie die anderen jüdischen Kaufleute in Harburg spürte Max Stein bereits geraume Zeit vor der „Machtergreifung“ am 30. Januar 1933 die Auswirkungen der veränderten politischen Stimmung. Es kam durch die nationalsozialistische Propaganda sowie die daraus resultierende Verunsicherung der Kunden zu einem Kaufboykott mit starkem Geschäftsrückgang und hohen Einnahmeverlusten. „Zu dem Kundenkreis des Geschaeftes gehoerten in der Hauptsache die Landbewohner des weiteren Umkreises und zu einem kleineren Teil Arbeiter aus der Stadt. Bereits in der 2. Haelfte des Jahres 1931 ging das Geschaeft zurueck und dieser Rueckgang verstaerkte sich in den 1. Monaten des Jahres 1932 erheblich. Der Grund hierfür war, dass die Landbevölkerung zu dieser Zeit schon durch Nazi-Propaganda aufgestachelt war und durch Bedrohungen davon Abstand nahm, in juedischen Geschaeften zu kaufen“, so beschrieb später seine Tochter Charlotte die wirtschaftliche Situation ihres Vaters.

Schließlich sah sich Max Stein 1932 gezwungen, sein Geschäft aufzugeben. In einem sechswöchigen Generalausverkauf im Juni/Juli 1932 verschleuderte er das Ladensortiment sowie sein reichhaltiges Lager „zu Ramschpreisen“, die Reste wurden anschließend meistbietend versteigert. Damit hatte er nahezu alles verloren, sein Lebenswerk war zerstört. Zwar versuchte er noch eine Zeitlang, als Vertreter von Textilwaren seinen Lebensunterhalt zu verdienen, doch dieser Versuch scheiterte 1933, da „niemand bei einem Juden kaufen wollte“, so seine Tochter Hilde.

In den folgenden Monaten wurde Max Stein noch von seinen beiden Töchtern unterstützt, bis diese schließlich nach Palästina auswanderten. Seit 1926 hatte Charlotte wieder beim Vater gewohnt, nachdem sie zuvor in Hamburg und Schleswig-Holstein gelebt hatte. Doch mit ihrer Kündigung zum Juni 1933 trieb sie ihre Auswanderung voran und verließ Harburg am 19. August 1933. In Palästina heiratete sie am 5. September 1933 den im April gleichfalls ausgewanderten lettischen Juden Josua (Sascha Jehoschua) Zalmansons (Salmansohn). Nur wenige Wochen später folgte ihr die Schwester Hilde. Ihr „fiel der Abschied von ihrem Vater nicht leicht; wußte sie doch daß er nicht gesund und fast mittellos zurückblieb.“ Kurz zuvor hatte sie den Harburger Arzt und Zionisten Kurt Horwitz (1906–1986) geheiratet und verließ mit ihm am 23. Oktober 1933 über Triest Europa.

Die Schwiegermutter Bertha Pincus war bereits nach Verkauf des Hauses Ende der 1920er Jahre nach Hamburg in der Nähe ihrer Tochter Ina gezogen. Mit der Geschäftsaufgabe von Max Stein übernahmen andere Unternehmen die Ladengeschäfte, so Filialen der Lindor Strumpfläden GmbH und der Walter Meißner Kaffee- und Konfitürenhandlung sowie die Elektrotechnikfirma Flöring & Petzold. Max Stein musste sich nach der gescheiterten beruflichen Existenz immer weiter einschränken. Er war „genötigt, seinen gesamten Hausrat bis auf ein Zimmer zum Zwecke des Lebensunterhaltes zu minimalen Preisen zu verschleudern.“ Im September 1933 gab er seine große Wohnung bis auf ein Zimmer auf und musste sich mit den neuen Bewohnern arrangieren.

Besonders traf Max Stein, dass er 1933 aus den Gremien der Industrie- und Handelskammer Harburg-Wilhelmsburg, des Orchestervereins nach 30-jähriger Mitgliedschaft sowie weiterer Institutionen ausgeschlossen wurde. Diese Ausgrenzung war nur schwer zu ertragen und machte sich auch gesundheitlich bemerkbar. „Herr Stein konnte nach Schliessung des Geschäfts eine Existenz nicht mehr finden, da seine Nerven vollkommen zerrüttet waren“, so die Aussage eines Zeugen im Wiedergutmachungsverfahren.

1936 wurde Max Stein in das Kranken- und Altenhaus der Altonaer und Hamburger Hochdeutschen Gemeinde in der Blücherstraße 18–20 in Altona eingewiesen, da es in Harburg keine vergleichbare Einrichtung für Juden gab. Ob das in Verbindung mit einem Schlaganfall geschah, lässt sich nicht mehr feststellen. Seine beiden Töchter gingen zumindest davon aus, dass er zwei Schlaganfälle gehabt hatte. Als Vertreter in vermögensrechtlichen Angelegenheiten wurde von Amts wegen der Kaufmann Sally Goldmann bestellt, nach dessen Tod am 29. März 1937 übernahm dann der Harburger Kaufmann John Danziger die Betreuung.

Im Dezember 1936 hatte sich der Gesundheitszustand von Max Stein extrem verschlechtert. Völlig orientierungslos war er auf Anweisung der Ortspolizeibehörde Harburg-Wilhelmsburg zunächst in die Städtischen Krankenanstalten Harburg-Wilhelmsburg zur genauen Untersuchung aufgenommen worden. Dort stellte man eine Demenz nach einem Schlaganfall fest. Er sei „für die Allgemeinheit eine erhebliche Belastung. Die Unterbringung in eine geschlossene Anstalt ist deshalb dringend nötig.“ Daraufhin erkundigte sich die Ortspolizeibehörde, ob Max Stein damit als Geisteskranker nach dem Gesetz anzusehen sei, und bat um Ergänzung des Gutachtens. Obgleich alle, auch noch später erfolgte Untersuchungen ihn als hilflosen, in sich zurückgezogenen Menschen beschrieben, stellte der Amtsarzt schnell noch „Gemeingefährlichkeit“ fest.

Damit war das Schicksal von Max Stein besiegelt. Er wurde am 24. Dezember 1936 in die Landes-Heil- und Pflegeanstalt zu Lüneburg aufgenommen. Die Patientenakte beschreibt ihn als Pflegefall, der nur noch selten auf Fragen Antwort geben konnte. Nach einem mehrtägigen leichten Fieber mit Abszess starb Max Stein am 17. April 1937. Später wurde sowohl eine Herzbeutelentzündung als auch ein Hirntumor festgestellt. Eine medizinische Behandlung während dieser vier Monate ist bis auf die Öffnung des Abszesses aus der Akte nicht ersichtlich.

Am 24. September 1937 schrieb die Industrie- und Handelskammer Harburg-Wilhelmsburg an das dortige Amtsgericht, die Firma Max Stein sei „erloschen, da seit langem kein Geschäftsbetrieb mehr ausgeübt wird.“ Die Löschung sei zwangsweise herbeizuführen, was schließlich am 1. März 1938 vollzogen wurde. Das Amt für Wiedergutmachung lehnte 1960 eine Entschädigung des materiellen Schadens der Erbgemeinschaft Max Stein ab. Da das Bundesentschädigungsgesetz erst für die Zeit ab dem 30. Januar 1933 zur Anwendung käme, nehme man an, dass die Weltwirtschaftskrise – und nicht die Diffamierung als Jude – die Schließung des Geschäfts 1932 bedingt habe.

Lotte Lea (Charlotte) Salmansohn übte in Palästina zunächst nur einfache Tätigkeiten aus, bevor sie 1956 bei der United Restitution Organization als Büroangestellte anfang. Ihr Ehemann fand Arbeit als Chauffeur. Das Paar hatte zwei Töchter, 1935 und 1946 geboren. Lotte Lea starb am 18. Mai 1976 in Rishon le Zion/Israel. Hilde Horwitz ging mit ihrem Mann für fast 20 Jahre in einen Kibbutz. Erst Anfang der 1950er Jahre konnte ihr Mann wieder als Arzt in Tel Aviv tätig sein. Das Paar hatte zwei Söhne und eine Tochter. Hilde starb 1988 in Tel Aviv/Israel.

Anführungszeichen kennzeichnen Zitate aus Quellen und Literatur. Die Belege werden in der ausführlichen Dokumentation enthalten sein.

Die ausführlichen Biografien sowie 25 weitere Biografien von Mitgliedern des Ehrenamtes und Hauptamtes der Handelskammer Hamburg erscheinen in einer gesammelten Publikation in der ersten Jahreshälfte 2019.

Dr. Heinrich Wohlwill

Jg. 1874
deportiert 1942
Theresienstadt
ermordet 31.1.1943



Mitglied des Plenums der Handelskammer 1922–1933
Mitglied der Industriekommission der Handelskammer 1919–1933

Heinrich Wohlwill stammte väterlicherseits aus einer Familie des aufgeklärten Judentums in Hamburg, die geprägt war *durch eine große weltanschauliche Liberalität und durch eindrucksvolle Selbstbestimmung in Bezug auf Religion und Weltanschauung*. Sein Großvater Joel Wolf (1799–1847) hatte 1822 *seinen Namen als Zeichen religiöser Liberalität ... in Immanuel Wohlwill* geändert. Zugleich war es eine Familie des Bildungsbürgertums, in der viele Mitglieder eine akademische Ausbildung absolvierten oder künstlerischen Berufen nachgingen.

Heinrich Wohlwills Vater, der Chemiker Dr. Wolf Emil Wohlwill (1835–1912), *trat nach der Gewährung des Bürgerrechts 1865 aus der Jüdischen Gemeinde aus, auch keines seiner Kinder gehörte ihr später an*. Er unterrichtete u. a. an der Polytechnischen Vorbereitungsanstalt Physik. 1860 hatte er bereits kurzfristig für den Vorläufer der Norddeutschen Affinerie, die 1857 gegründete „L. R. Beit & Co. Elbhütten-Affinir- und Handelsgesellschaft“, gearbeitet. Später war er für das Unternehmen als freiberuflicher Handelschemiker tätig. *Es gelang ihm in einem bahnbrechenden Verfahren, reines Gold und Silber in großen Mengen industriell durch elektrochemische Elektrolyse zu gewinnen („Wohlwill-Goldelektrolyse“)*. Auch aufgrund dieser Erfindung wurde Emil Wohlwill 1877 technischer Direktor sowie Beirat der 1866 neu gegründeten Norddeutschen Affinerie AG.

Wie viele jüdische Familien Hamburgs war auch die Familie Wohlwill eine große Familie. Heinrich kam als das mittlere von fünf Kindern und als erster Sohn von Emil und Sophie Louise Wohlwill (1847–1919) zur Welt. Seine Mutter war die ältere Tochter des Arztes Elias Salomon Nathan (1807–1862) und seiner Ehefrau Jeannette Segalla (1821–1896). Heinrich wuchs mit den Schwestern Marie (1871–1928), Sophie (1872–1944),

Gretchen (1877–1962) und dem Bruder Joachim Friedrich (1881–1958) auf. Nur zwei Monate nach seiner Geburt bezog die Familie im April 1874 gemeinsam mit Emil Wohlwills jüngstem Bruder Adolf Benjamin (1843–1916) und dessen Frau Johanna Maria Nathan (1851–1929), der Schwester von Sophie Louise, das Haus Rothenbaumchaussee 74 b. Als das Gebäude für die wachsende Kinderschar nicht mehr ausreichte, erfolgte im Frühling 1882 der Umzug in die HansasträÙe 17 und 24 mit räumlicher Trennung beider Familien. Um 1895 wechselte Emil Wohlwill mit seiner Familie erneut die Wohnung, diesmal in die Johnsallee 14.

Heinrich Wohlwill besuchte nach drei Jahren an einer Privatschule das Wilhelm-Gymnasium an der Moorweide. Nach dem Abitur 1892 studierte er wie sein Vater Chemie, zunächst bis 1894 in Heidelberg, danach bis 1895 in München und anschließend bis 1896 in Berlin. Nach seinem Wechsel an das kurz zuvor errichtete Institut für Physikalische Chemie der Georg-August-Universität Göttingen promovierte er dort 1898 „Über die Elektrolyse der Alkalichloride“.

Im Oktober 1898 fand Heinrich Wohlwill eine Anstellung als Chemiker bei der Norddeutschen Affinerie, dem Unternehmen, in welchem sein Vater bis zum Herbst 1900 als Chefchemiker und später als Berater tätig war. Er konnte auf dessen wissenschaftlichen Grundlagen aufbauen und entwickelte 1903 das Verfahren der Kupferelektrolyse weiter. Statt mit Gleichstrom konnte es nun mit überlagertem, asymmetrischem Wechselstrom umgesetzt werden, was insbesondere für die industrielle Anwendung einen Gewinn bedeutete. Seine Erfindung zur Herstellung von Kupferoxydul (Cu_2O) beeinflusste die wirtschaftliche Entwicklung der Affinerie maßgeblich. Das Unternehmen *war stets ein bedeutender, europäischer Grundstoffproduzent, insofern auch besonders kriegswichtig*. In den folgenden Jahren meldeten Wohlwill und die Norddeutsche Affinerie mehrere Patente an, so 1908 zum Goldveredelungsverfahren. Dieses wurde 1909 auch in Kanada und 1910 in den USA patentiert.

Im Juli 1908 bestellte die Geschäftsleitung der Norddeutschen Affinerie Heinrich Wohlwill zum Prokuristen. Aufgrund seiner bedeutenden Entwicklungen wurde er im Juni 1913 Mitglied im Vorstand und technischer Direktor des Unternehmens, das wegen seines Wachstums 1910 aus dem Innenstadtbereich auf die Peute verlagert worden war.

Auch privat hatte es Veränderungen für Heinrich Wohlwill gegeben. Bereits am 1. Oktober 1901 fand die Hochzeit mit Hedwig Henriette Marianne Dehn statt. Sie war am 27. Juni

1877 in Hamburg als Tochter des Arztes Maximilian Moses Dehn (1841–1897) und seiner Ehefrau Bertha Raf (1845–1926) geboren worden und wuchs mit vier Brüdern und drei Schwestern auf. Ihre älteste Schwester Elisabeth Hanne Adeline (1875–1947) war mit dem Bankier Eduard Martin Goldschmidt (1868–1956) verheiratet, die zweite Schwester Marie Auguste (1880–1944) mit dem Kaffeegroßhändler Heinrich Mayer (1866–1942). Hedwig Dehn arbeitete bis zur Hochzeit an der Schule des Paulsen-Stifts als Lehrerin.

Das Hamburger Adressbuch zeigt, dass ein großer Teil der verzweigten Familie Wohlwill im Bereich Harvestehude und Rotherbaum wohnte. Auch Heinrich und Hedwig Wohlwill ließen sich dort am Mittelweg 29/30 nieder. Am 19. März 1903 wurde die Tochter Hedwig Elisabeth geboren, am 29. Januar 1905 folgte der Sohn Max Emil Heinrich, und am 30. März 1909 kam die zweite Tochter Marianne Agathe Hedwig zur Welt. Die Familie zog etwa 1909/10 in eine große Parterrewohnung in der Hagedornstraße 51. Am 17. Februar 1911 wurde schließlich das vierte Kind Margarete Hedwig geboren. Um 1927 wurde Wohlwill Besitzer der einen Hälfte eines neu errichteten, großen Doppelhauses in der Hindenburgstraße 111. Das Grundstück lag am Skagerrak-Kanal in der Nähe der Alster und war damals eines der ersten Wohnhäuser an der Straße im Stadtteil Alsterdorf. Es blieb Heinrich und Hedwig Wohlwill bis zu ihrer Deportation 1942 als Wohnsitz erhalten.

Oggleich Heinrich Wohlwill in der öffentlichen Anerkennung seiner Forschungen stets im Schatten seines berühmteren Vaters stand, *hat er in Hamburg eine wichtige wirtschaftliche Rolle gespielt.* Das Jahr 1919 bescherte ihm ein angesehenes Ehrenamt in der Hamburger Wirtschaft. Er wurde Mitglied der Industriekommission der Handelskammer Hamburg als Vertreter der chemischen Industrie, der Leuchtstoffe, Fette, Öle und Firnisse. In dieser Funktion saß er in verschiedenen Ausschüssen, so für Sozialpolitik, für handelspolitische Fragen, Zoll- und Steuerwesen sowie für gewerblichen Rechtsschutz. Im letztgenannten Ausschuss hatte er noch 1933 den Vorsitz inne.

Die Versammlung Eines Ehrbaren Kaufmanns wählte Heinrich Wohlwill am 21. Dezember 1922 außerdem in das Plenum der Handelskammer; seine Wiederwahl erfolgte am 15. Dezember 1927. 1924 gehörte er selbst kurzzeitig der Versammlung Eines Ehrbaren Kaufmanns an. Im Plenum wurde er Mitglied der Sektion VII – gewerbliche und soziale Fragen. Von dort erfolgte seine Entsendung in weitere Ausschüsse und Gremien, so in den Hauptausschuss der Landesauftragstelle in Hamburg (1923, 1924), der Behörde für das Berufsschulwesen, Abteilung Fachgewerbeschulen (1923, 1924), des Verwaltungskörpers der Behörde für Berufsschulwesen, Abteilung Staatliche Fachgewerbeschulen (1923,

1924, 1925, 1926) und in den Ausschuss zur Feststellung von Entschädigungen für Auf-
rührschäden (1926, 1927). Zusätzliche Delegationen während seiner Amtszeit betrafen
den Ausschuss für kaufmännisches und gewerbliches Bildungswesen beim Deutschen
Industrie- und Handelstag, den Oberbewertungsausschuss des Landesfinanzamtes Unter-
elbe, den Beirat des Gewerblichen Instituts und den Berufsschulbeirat bei der Landes-
schulbehörde.

*In die Patriotische Gesellschaft trat er am 13. August 1929 ein. Die „Machtergreifung“ der
Nationalsozialisten 1933 bedeutete eine tiefe Zäsur in Heinrich Wohlwills beruflichem
und privatem Leben. Der „Arierparagraph“ des Gesetzes zur Wiederherstellung des Be-
rufsbeamtentums vom 7. April 1933 definierte ihn nun als „Jude“, obgleich er – wie auch
seine Frau und viele Angehörige seiner großen Familie – ein „Freidenker“ und nicht Mit-
glied einer Hamburger jüdischen Gemeinde war. Erst 1939 musste er zwangsweise dem
Jüdischen Religionsverband beitreten. In der Kultussteuerkartei wurden er und Hedwig als
„glaubenslos“ eingetragen, ihre vier Kinder als „evangelisch“. Sogar die früh verstorbene
Tochter Hedwig Elisabeth (gestorben am 22. März 1935 in Frankfurt/Main) war noch
vermerkt worden.*

Das Gesetz und der Senatserlass vom 23. Mai 1933, welcher es auf Gesellschaften aus-
dehnte, hatten für ihn auch berufliche Konsequenzen. Heinrich Wohlwill schied „aufgrund
einer Vereinbarung mit dem Aufsichtsrat meiner Firma“ zum 31. Dezember 1933 aus dem
Vorstand der Norddeutschen Affinerie aus. Seine Frau erinnerte sich nach dem Zweiten
Weltkrieg daran, dass er nur pro forma ausgeschieden sei, die Geschäfte als Chefchemi-
ker jedoch bis Anfang Januar 1937 weiterführte. Danach war er bis Ende 1938 beratend
tätig, wobei das Unternehmen seine Bezüge „entgegenkommend“ regelte. So erhielt er
im Januar 1939 noch eine Ausgleichsentschädigung über 30.000 RM. Der damalige Vor-
standsvorsitzende und spätere Aufsichtsrat Felix Warlimont betonte später, „daß Dr. H.
Wohlwill ... ohne das Eingreifen der NSDAP bis zu seinem Tode seine Stellung im Vorstand
behalten hätte“.

Bereits am 15. Juni 1933 hatte Heinrich Wohlwill mit 16 weiteren Mitgliedern das Ple-
num der Handelskammer Hamburg „infolge Umbildung der Kammer“ verlassen müssen.
Das Gremium wurde aufgelöst und im Zuge der nationalsozialistischen „Gleichschaltung“
dabei insbesondere die jüdischen Mitglieder ausgeschlossen. Mit Ende des Jahres folgte
dann sein Austritt aus der Industriekommission, da mit dem Ausscheiden aus dem Vor-
stand der Norddeutschen Affinerie zugleich auch seine Mitwirkung in diesem Gremium

hinfällig wurde. In seinem Schreiben an den Vorsitzenden der Industriekommission Rudolf Blohm bedauerte Wohlwill die Aufgabe der ihm über viele Jahre lieb gewordenen Tätigkeit.

Wie viele verfolgte jüdische Hamburger Bürger muss auch Heinrich Wohlwill nicht mit einer brutalen Verfolgung gerechnet haben. Als Bürger der von ihm als liberal angesehenen Stadt Hamburg glaubte er nicht, dass gerade ihm etwas passieren könnte. Dabei war die Tochter Marianne (gestorben am 2. März 1992 in Croydon/England) bereits 1934 nach England emigriert. Sie hatte nach naturwissenschaftlichem Studium und einer Ausbildung zur Oberlehrerin keine Aussicht gehabt, in ihrem Beruf arbeiten zu können. Der Sohn Max Emil (gestorben 1991 in Sydney/Australien), Chemiker wie Vater und Großvater, lebte mit seiner Familie in Frankfurt/Main. Als er dort 1938 seine Arbeit für die Norddeutsche Affinerie verlor, zog die Familie nach Hamburg in das elterliche Haus Hindenburgstraße 111. 1939 fand dann die Auswanderung über Holland und England nach Australien statt. Die jüngste Tochter Margarethe (gestorben am 20. Juli 1990 in Hamburg) lebte mit ihren vier Kindern zunächst einigermaßen abgesichert in einer „privilegierten Mischehe“ in Hamburg.

Erst die weiter zunehmenden Repressalien gegen Juden bewogen Heinrich Wohlwill, sich um eine Ausreise zu bemühen. *Ursula Osborne berichtet ..., dass Heinrich Wohlwill ihren Vater Robert Solmitz gebeten habe, sich nach Möglichkeiten für Affidavits in die USA für ihn und seine Frau zu erkundigen. Auch eine Möglichkeit, eventuell nach Schweden auszuwandern, habe bestanden.* Außerdem versuchten bereits emigrierte Mitglieder der Wohlwill-Familie, für Heinrich und Hedwig eine Einreise nach Portugal zu organisieren oder ein Visum für Kuba zu beschaffen. Doch während ihre Geschwister Deutschland noch rechtzeitig verlassen konnten, blieb ihnen und Heinrichs Schwester Sophie die Flucht verwehrt. Hedwigs Schwester Marie Auguste Mayer und ihr Mann Heinrich blieben gleichfalls in Hamburg und zogen 1940/41 nach dem Verlust ihrer Wohnung in die Hindenburgstraße.

Die früheren Musikabende mit Gästen im Haus Wohlwill fanden immer seltener statt und auch der Besuch von Freunden ließ stetig nach. Doch Heinrich Wohlwill blieb auch nach seinem Ausscheiden aus der Affinerie weiterhin aktiv und half in einem kleinen jüdischen Krankenhaus aus – wohl die Klinik Callmann. Außerdem unterstützte er bedürftige jüdische Musiker. Viel Zeit verbrachte er auch im „Sekretariat Warburg“, einer Einrichtung der Bankiers Max M. und Fritz M. Warburg zur Unterstützung jüdischer Mitbürger, in der er bis zu deren Auflösung 1941 Hilfe leisten und ohne Diskriminierung Gleichgesinnte

treffen konnte. Ab 1939 war er Vorstandsmitglied der Warburg-Stiftung und fand dort eine weitere sinnvolle Aufgabe.

Am 17. Juli 1942 erhielten Heinrich Wohlwill und seine Frau die Anordnung der Deportation, zugleich mit dem Ehepaar Mayer und der gleichfalls im Hause wohnenden Verwandten Ella Nauen, der Schwester des Bankiers Eduard Martin Goldschmidt. Sie wurden gemeinsam mit dem Transport VI/2 am 19. Juli 1942 nach Theresienstadt deportiert, unter den Nummern 807 und 808.

Schon kurze Zeit nach der Deportation fand am 25. August 1942 auf Anordnung des Oberfinanzpräsidenten die „freiwillige Versteigerung“ von vier Silberbestecken des Ehepaars Wohlwill statt. Noch am 5. März 1946 teilte der Oberfinanzpräsident auf Anfrage im NS-Sprachgebrauch mit: „Die Genannten wurden am 19. Juli 1942 evakuiert.“ Mit dem Befehl zur „Evakuierung“ war das noch vorhandene Vermögen, darunter das Grundstück, automatisch an das Reich gefallen. Es waren nicht die einzigen Abgaben, die Heinrich und Hedwig Wohlwill zu leisten hatten. Das Ehepaar hatte schon den größten Teil seines Schmucks und anderer Gegenstände aus Gold und Silber aufgrund der Verordnung vom 3. Dezember 1938 an die städtischen Pfandleihen als zentrale Sammelstelle abliefern müssen. Die 1954 von den Erben gestellten Wiedergutmachungsanträge listen außerdem hohe Beträge für Judenvermögensabgabe, Sozialausgleichsabgabe, Mehrsteuer für Juden, Zahlungen an den Jüdischen Religionsverband sowie für den Einnahmen- und Tantiemenausfall durch Amtsaufgabe auf.

In einer Sequenz des NS-Films „Theresienstadt“ entdeckte die Familie später Heinrich Wohlwill, der ein guter Violinist war, bei einem Konzert des Orchesters. Er selbst schrieb seiner Tochter noch am 8. Dezember 1942, dass er in Theresienstadt „ein verantwortungsvolles und schwieriges Amt bekleidet“ habe. Er „hatte dort die Vertretung einer Arbeiterschaft von 2500 Köpfen gegenüber den Behörden.“ Worum es sich dabei handelte, ist nicht eindeutig zu klären.

Am 31. Januar 1943 starb Heinrich Wohlwill; auf dem Totenschein ist ein Herzklappenfehler (vitium cordis) als Todesursache angegeben. Eine „Beisetzung“ wie auf anderen Totenscheinen wird nicht erwähnt. Hedwig Wohlwill überlebte das KZ Theresienstadt und kehrte im Mai 1945 schwerkrank nach Hamburg zurück. Dort verstarb sie am 3. Juli 1948.

An Heinrich und Hedwig Wohlwill erinnern Stolpersteine vor ihrem ehemaligen Wohnhaus in der Hindenburgstraße 111. Ein weiterer Stolperstein für Heinrich Wohlwill befindet sich seit 2015 vor dem Gebäude der Patriotischen Gesellschaft, Trostbrücke 2–6.

Alle kursiv gedruckten Textteile in dieser Publikation entstammen den Biografien aus der Stolpersteindatenbank (www.stolpersteine-hamburg.de).

Anführungszeichen kennzeichnen Zitate aus Quellen und Literatur. Die Belege werden in der ausführlichen Dokumentation enthalten sein.

Die ausführlichen Biografien sowie 25 weitere Biografien von Mitgliedern des Ehrenamtes und Hauptamtes der Handelskammer Hamburg erscheinen in einer gesammelten Publikation in der ersten Jahreshälfte 2019.

Cäsar Wolf

Jg. 1874

gedemütigt / entrechtet

Flucht in den Tod

13.5.1933



Mitglied des Vorstands der Wertpapierbörse,
Abteilung Banken/Wertpapiere 1925–1933

Cäsar Wolf, geboren als Sally Wolf, entstammte einer alteingesessenen Hamburger Kaufmannsfamilie. Seine Eltern Abraham Wolf und Auguste, geborene Salomon, hatten im November 1861 geheiratet. Der Vater kam höchstwahrscheinlich im Dezember 1830 zur Welt, als Sohn des Wolf Abraham und seiner Frau Jette, geb. Walzerode (1804–1877). Die Mutter wurde am 19. Oktober 1832 in Altona als Tochter des Handelsmannes Salomon Moses Salomon und seiner Frau Jette, geb. Cohn, geboren. Cäsar Wolf wuchs mit zwei älteren Brüdern auf – Max (1865–1925) und Leopold (1866–1931).

Abraham Wolf betätigte sich als Fonds- und Wechselmakler und gründete 1871 das Fonds-Kommissionsgeschäft A. Wolf mit Sitz am Großen Burstah 35 in der Hamburger Altstadt. In den Anfangsjahren zog die kleine Firma mehrfach um, so befand sie sich 1872 am Adolphsplatz 4, 1873 in der Großen Johannisstraße 4, 1874 dort in der Hausnummer 15 und bereits nach einem Jahr dann in der Admiralitätsstraße 7. 1877 verlegte Abraham Wolf sein Unternehmen wieder in die Große Johannisstraße, diesmal in die Hausnummer 9. Einige Jahre später wurden Büroräume in der Rathausstraße 7 angemietet. Ab 1890 hatte das Bankhaus dann für zwei Jahrzehnte seinen Sitz in der Pelzerstraße 11. Immer achtete der Firmeninhaber darauf, sein Geschäft möglichst im Zentrum der Stadt in unmittelbarer Nähe von Börse und Handelskammer anzusiedeln.

Die Familie Wolf wohnte zunächst nicht weit entfernt in der Hohe Bleichen 51 in der Hamburger Neustadt. 1880 zog sie in die Bundespassage 4 an der Grindelallee, einige Jahre danach in die Bundesstraße 16. Im neu entstehenden Grindelviertel wurde insbesondere die jüdische Bevölkerung aus den engen Quartieren der Alt- und Neustadt

ansässig und es entstand ein vielfältiges gesellschaftliches und kulturelles Leben mit Synagogen, Schulen und Kultureinrichtungen.

Nach der Schulausbildung und einer Lehre beim gleichfalls jüdischen Bankhaus J. Goldschmidt Sohn an der Börsenbrücke 8 trat Cäsar Wolf mit 23 Jahren am 1. April 1898 als Mitgesellschafter in die nun als offene Handelsgesellschaft geführte familieneigene Privatbank A. Wolf ein. Nach dem Tod des Vaters am 14. Oktober 1894 hatte zunächst Cäsar Wolfs neun Jahre älterer Bruder Max die Leitung der Firma als Alleininhaber übernommen.

Bereits damals legte „Sally“ Wolf sich mit „Cäsar“ einen neuen, nicht jüdisch anmutenden Vornamen zu, unter dem er auch in der Öffentlichkeit auftrat und sich 1897 im Adressbuch eintragen ließ. Da seine beiden Brüder keine jüdischen Vornamen hatten, schien dieser Schritt zur Assimilierung nachvollziehbar. Doch erst am 15. Dezember 1905 erhielt er vom Senat die offizielle Genehmigung zum Führen des zweiten Vornamens Cäsar. Trotz seiner Namensänderung blieb Cäsar Wolf dennoch weiterhin Mitglied der jüdischen Gemeinde, der er verbunden war. Der Zusammenhalt der drei Brüder Wolf war eng, auch wenn sich Leopold als Baumwollmakler für einen anderen beruflichen Weg entschieden hatte. So wohnten sie eine Zeitlang gemeinsam in einer Wohnung in der Grindelallee 52, ehe sich ihre Wege nach den kurz aufeinanderfolgenden Heiraten trennten.

Am 11. Februar 1899 feierten Cäsar Wolf und die ebenfalls aus Hamburg stammende Elisabeth Meyer Hochzeit. Elisabeth war am 8. Mai 1877 als Tochter des Steindruckers Siegmund Samson Meyer und seiner Frau Sophie, geborene Israel (1850–1919), zur Welt gekommen. Fast genau ein Jahr später, am 15. Januar 1900, konnte sich das Ehepaar über die Geburt seiner Tochter Hildegard Adolfine freuen. Zu der Zeit wohnte es am Grindelberg 9. Zwei Jahre später lebte die Familie für kurze Zeit im Bankhaus in der Pelzerstraße und danach ... in einer großbürgerlichen Parterrewohnung in der Hallerstraße 43. Das Bankhaus A. Wolf florierte anscheinend, denn 1906 konnte Cäsar Wolf das Stadthaus Hallerstraße 17 für seine Familie erwerben; als einziger der drei Brüder wurde er Hausbesitzer.

Nachdem sich sowohl seine berufliche als auch seine familiäre Situation gefestigt hatte, wandte sich Cäsar Wolf der Freimaurerei zu ... und wurde am 14. März 1901 ... Mitglied der Loge Absalom zu den drei Nesseln. ... Drei Jahre später übernahm er als gelernter Bankkaufmann und Bankinhaber die Aufgaben des Schatzmeisters. 1909 wählten ihn die Logenbrüder zum Meister vom Stuhl, also zu ihrem Vorsitzenden. Man bescheinigte ihm einen starken Willen, aber auch Fingerspitzengefühl und diplomatisches Geschick.

Da Cäsar Wolf wegen eines Herzleidens nicht am Ersten Weltkrieg teilnehmen konnte, verlagerte er sein Engagement auf das Freimaurer-Krankenhaus am Kleinen Schäferkamp. So sorgte er noch 1914 dafür, dass ... auf dem Krankenhausgelände ein modern ausgestattetes Barackenlazarett errichtet wurde. Außerdem rüstete er ... einen Lazarettzug aus. Diesen stellte die Absalom-Loge dem Roten Kreuz zur Verfügung, um Kranke und Verwundete von der Front zurück nach Deutschland zu bringen. Im Februar 1916 wurde ihm für dieses Engagement die Rot-Kreuz-Medaille III. Klasse verliehen. Von 1921 an leitete er schließlich das Freimaurer-Krankenhaus als geschäftsführender Vorsitzender und machte es zu einer angesehenen Klinik.

Weiterhin führte Cäsar Wolf zusammen mit seinem Bruder Max die Familienbank. 1909 befanden sich ihre Geschäfts- und Büroräume am Mönkedamm 13. Die Bank zog ab 1922 gleich mehrfach um: erst ... zum Rathausmarkt 5, zwei Jahre darauf an den Schopensteihl 1/3 und weitere zwei Jahre später an den Raboisen 84. Der letzte Umzug ging einher mit einer Veränderung auf der Inhaberseite. Max Wolf starb 1925, sein Bruder Cäsar führte die Bank allein weiter und die offene Handelsgesellschaft wurde am 23. Juli desselben Jahres aufgelöst. Um 1931 verlegte die Bank A. Wolf erneut ihr Kontor. Sie zog in neue Geschäftsräume in der Paulstraße 11.

Als Fondsgesellschaft war die Bank seit vielen Jahren an der Wertpapierbörse vertreten und gehörte dem Verein der Mitglieder der Wertpapierbörse in Hamburg an. Cäsar Wolf wurde kurz nach der Jahrhundertwende in die Versammlung Eines Ehrbaren Kaufmanns aufgenommen, ein Selbstverwaltungsorgan der Hamburger Wirtschaft und zugleich Wahlkörperschaft der Hamburger Handelskammer, dem er eine Reihe von Jahren angehörte. Eine weitere Anerkennung seiner beruflichen Tätigkeit erfuhr er, als er am 25. September 1925, vom Plenum der Handelskammer Hamburg gewählt, in den Vorstand der Wertpapierbörse, Abteilung Banken/Wertpapiere, nachrückte. In den folgenden Jahren bis 1933 wurde die Wahl jährlich erneut bestätigt. Ab 1932 war er zusätzlich Mitglied der Zulassungsstelle der Börse.

Neben seinen beruflichen und ehrenamtlichen Aktivitäten war Cäsar Wolf auch Familienvater. 1920 zogen seine Familie und er in die Klosterallee 24 und vermieteten das Stadthaus Hallerstraße 17. Im Jahr darauf, am 3. November 1922, heiratete seine Tochter Hildegard, die als Krankenschwester arbeitete. Salomon Fürth (1876–1949) stammte aus Hanau, war fast 25 Jahre älter als seine Frau und Prokurist beim Bankhaus M. M. Warburg & Co. Das Ehepaar wohnte fortan in der Rothenbaumchaussee 75. Ein Jahr später wurden Cäsar und

Elisabeth Wolf Großeltern: Am 14. Dezember 1923 brachte Hildegard Fürth eine Tochter zur Welt, die den Namen Elisabeth bekam. Nach der Inflationszeit trennte sich Cäsar Wolf von seinem Haus in der Hallerstraße, das er seit Jahren nicht mehr bewohnte. 1931 erfolgte ein weiterer Umzug von ihm und seiner Frau in eine Parterrewohnung in der Oberstraße 107.

Cäsar Wolf hatte sein Leben unter zwei Leitlinien gestellt: die Liebe zum Vaterland und den Dienst an seinen Mitmenschen. Beidem folgte er mit unerschöpflicher Energie. So waren die Arbeit in der Bank, das Ehrenamt in der Handelskammer Hamburg und im Börsenvorstand der Wertpapierbörse sowie sein Einsatz in der Absalom-Loge und für das Freimaurer-Krankenhaus längst nicht alle Aktivitäten. Er hatte überdies mehrere Vorstandsposten inne: in einem Verein zur Förderung armer Schauspielerkinder, beim Verein für Krüppelfürsorge, der sich um Schwerbehinderte kümmerte, sowie bei der Vaterstädtischen Stiftung. Dort kümmerte er sich um den Bau und die Verwaltung von Stiftswohnungen für alte Menschen.

Seit 1918 kamen auch innerhalb der Logen ... zunehmend antisemitische Tendenzen auf, so dass Cäsar Wolf am 31. Mai 1923 sein Amt als Stuhlmeister der Absalom-Loge niederlegte. ... Drei Jahre später riefen ihn die Absalom-Brüder wieder ins Amt zurück. ... 1931 trat Wolf endgültig zurück und engagierte sich nun noch stärker für das Freimaurer-Krankenhaus und die verschiedenen karitativen Vereine, denen er angehörte. Er blieb jedoch weiterhin Mitglied der Absalom-Loge.

Nach der „Machtübernahme“ der Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 erfolgte kurz darauf die „Gleichschaltung“ der Freimaurerlogen mit dem Ausschluss der jüdischen Mitglieder. Als Cäsar Wolf Anfang Mai 1933 wie gewohnt das Krankenhaus am Kleinen Schäferkamp betreten wollte, schlug ihm ein Uniformierter die Tür vor der Nase zu: „Juden sind hier unerwünscht.“ ... Ein Schock, von dem er sich nicht mehr erholen sollte. In den nächsten Tagen ... sah man Cäsar Wolf immer wieder den Kleinen Schäferkamp auf und ab gehen, um das Haus wenigstens von außen zu sehen.

„Ich habe immer geglaubt, ein guter Deutscher zu sein. Jetzt bin ich nur noch ein Jude“, soll er zu seiner Frau am Abend des 12. Mai gesagt haben. Wenige Stunden später setzte er seinem Leben ein Ende. Zwei Tage später fand im engsten Kreis an der Bahre des Verstorbenen eine Trauerfeier statt, am 23. Mai veranstaltete die Absalom-Stiftung im Curio-Haus eine Trauerfeier zu seinen Ehren.

Auch der Verlust weiterer Ehrenämter wie das angesehene Amt im Vorstand der Wertpapierbörse mag bei dieser Entscheidung Cäsar Wolfs eine Rolle gespielt haben. Zwar stand Wolf Anfang April 1933 noch gemeinsam mit Michael Goldstein vom Bankhaus H. A. Jonas & Söhne als einzige jüdische Mitglieder auf der Liste der künftigen Börsenvorstände. Doch am 10. April wandte sich der Staatskommissar bei der Hamburger Börse, von der Heide, an den Vorsitzenden des Börsenvorstandes, Anton Cornelius Hübbe. Die Liste würde von ihm nur dann bestätigt werden, wenn Cäsar Wolf gegen einen ihm genehmen Bankier „ausgetauscht“ würde. Nur wenige Monate später waren die jüdischen Mitglieder der Plenums und der Industriekommission der Handelskammer sowie die Börsenvorstände aus ihren Ämtern gedrängt worden.

Den Tod von Cäsar Wolf zeigte sein langjähriger Prokurist Heinrich Georg Kruse an, der auch über den Nachlass informiert war und, sofern er nicht anderweitig Arbeit fand, ein volles Jahresgehalt erhalten sollte. Als Testamentsvollstrecker setzte Schwiegersonn Salomon Fürth die Wünsche des Verstorbenen um und kümmerte sich um das Erbe. Bis auf einige kleinere Legate ging das Vermögen an die Witwe Elisabeth Wolf. Das Bankhaus wurde von Kruse übernommen, am 30. Mai 1933 fand der Eintrag ins Handelsregister statt. Über die Konditionen der Übernahme ist nichts bekannt. Am 8. Dezember 1933 firmierte die Bank A. Wolf nach über 60 Jahren in Heinrich G. Kruse. Damit war sie durch den frühen Tod ihres Inhabers schon mit Beginn der „Arisierungs“-Maßnahmen der NS-Machthaber ohne nachweisbare staatliche Intervention in „arischen“ Besitz übergegangen.

Cäsar Wolfs Ehefrau Elisabeth zog nach dem Tod ihres Mannes in die Hagedornstraße 49. 1939 musste sie die Wohnung verlassen und lebte für kurze Zeit bei ihrer Tochter und deren Familie in der Innocentiastraße 8. ... Hildegard und Salomon Fürth versuchten zu der Zeit alles, um Deutschland noch verlassen zu können. Bereits am 1. Dezember 1938 hatten sie ihre vierzehnjährige Tochter Elisabeth mit dem ersten Kindertransport von Hamburg aus nach England geschickt. Anfang 1939 beantragten sie selbst ihre Ausreise über England in die USA. ... Doch als Hildegard und Salomon Fürth ein halbes Jahr später endlich ihre genehmigte Umzugsliste und die „Unbedenklichkeitsbescheinigung“ des Oberfinanzpräsidenten in den Händen hielten, änderte der Ausbruch des Zweiten Weltkriegs ihre Pläne. Sie emigrierten in das neutrale Schweden.

Elisabeth Wolf floh nicht zusammen mit ihrer Tochter und deren Ehemann. Im Oktober 1939 zog sie übergangsweise in eine Pension in der Klosterallee 5, dann in die Hansastraße 35, wo sie zur Untermiete wohnte. Im September 1941 musste sie nochmals ihren

Wohnsitz wechseln und fand ein Zimmer bei einer Familie Meyer in der Isestraße 71. Nachdem sie den „Evakuierungsbefehl“ zur Deportation nach Riga erhalten hatte, nahm sie in der Nacht vom 3./4. Dezember 1941 eine Überdosis Schlafmittel, woran sie am 4. Dezember im Israelitischen Krankenhaus verstarb.

Hildegard und Salomon Fürth zogen später von Stocksund nach Stockholm. Salomon Fürth starb am 31. August 1949, seine Frau überlebte ihn um fast vierzig Jahre. Sie kehrte nach Hamburg zurück, wo sie am 30. April 1988 starb. Die Tochter Elisabeth Fürth hat 1944 in England geheiratet und starb im September 1998.

Die ehemalige Firma A. Wolf existierte unter ihrem neuen Namen Heinrich G. Kruse noch bis zum 23. Juni 1972.

Vor dem ehemaligen Freimaurer-Krankenhaus – dem Elisabeth Alten- und Pflegeheim der Freimaurer von 1795 e. V. – liegt seit 2007 ein Stolperstein für Cäsar Wolf. Sein aufgegeben geglaubtes Grab auf dem Ohlsdorfer Friedhof wurde 2009 durch die Absalom-Loge instandgesetzt. *Auf der Stele befindet sich auch eine Inschrift für Elisabeth Wolf mit ihrem Geburts- und ihrem Todesdatum.*

Alle kursiv gedruckten Textteile in dieser Publikation entstammen den Biografien aus der Stolpersteindatenbank (www.stolpersteine-hamburg.de).

Anführungszeichen kennzeichnen Zitate aus Quellen und Literatur. Die Belege werden in der ausführlichen Dokumentation enthalten sein.

Die ausführlichen Biografien sowie 25 weitere Biografien von Mitgliedern des Ehrenamtes und Hauptamtes der Handelskammer Hamburg erscheinen in einer gesammelten Publikation in der ersten Jahreshälfte 2019.

Leo Wolfsohn

Jg. 1868
deportiert 1942
Theresienstadt
ermordet 16.9.1942



Mitglied des Vorstands der Zuckerbörse
Dezember 1932 – Juli 1933

Leo Wolfsohn stammte aus der Provinz Westpreußen. Am 30. März 1868 wurde er dort in Graudenz, der Kreisstadt im Regierungsbezirk Marienwerder, geboren. Seine Eltern waren Moritz Magnus Wolfsohn (1842–1932) und Johanna, geb. Stein (1839–1909). Leo war der zweite in der Reihe von insgesamt sieben Geschwistern. Um die Jahrhundertwende heiratete er in Posen die dort 1879 geborene Jüdin Helene Krombach, genannt Hella (1879–1931), Tochter von Simon Krombach und seiner Frau Eugenia, geb. Badt (1853–1943).

Bald darauf zog das junge Ehepaar nach Hamburg, wo Leo Wolfsohn am 2. Dezember 1905 als Alleinunternehmer die Firma Leo Wolfsohn ins Handelsregister eintragen ließ. Das Geschäft, das Zucker und Melasse importierte, saß bis 1909 nahe des Hauptbahnhofes am Hühnerposten 14 und danach übergangsweise Kuhmühle 25 und Gröningerstraße 13/17. 1912 mietete Leo Wolfsohn dann eine repräsentative 5 ½-Zimmer-Wohnung auf der Uhlenhorst im Hochparterre des 1911 neu errichteten Hauses Schrötteringsweg 9 an. Ausgestattet mit wertvollen Möbeln, Teppichen, Gemälden, Porzellan und den modernsten elektrischen Geräten, wurde sie für ihn und seine Frau auf lange Zeit das Zuhause, von hier aus führte er auch seine Geschäfte. Leo und Hella Wolfsohn bekamen keine Kinder. Der jüdische Leo Wolfsohn wurde in der Kultussteuerkartei der Deutsch-Israelitischen Gemeinde Hamburg unter der Nr. 10382 geführt. Ob und wie er seine mosaische Religion lebte, ist nicht bekannt.

Um 1908 zog auch Leo Wolfsohns älterer Bruder Arthur nach Hamburg. Als Apotheker erwarb er das Haus Spaldingstraße 28, wo er im ersten Stock wohnte und im Erdgeschoss die Mohren-Apotheke betrieb. Ein Cousin von Leo und Arthur, der Pharmazeut Max Wolfsohn, besaß von 1907 bis 1938 die Apotheke „Zum Ritter“ in der Langen Reihe 39 in

St. Georg. Als Arthur Wolfsohn 1927 verstarb, übernahm sein Sohn Ernst Haus und Apotheke in der Spaldingstraße.

Am 23. März 1914 hatte sich die Firma Leo Wolfsohn in eine Kommanditgesellschaft umgewandelt und Leos Ehefrau Helene war als Kommanditistin eingetreten. Das Unternehmen betätigte sich seitdem auch im Export von Zucker und Melasse. Helene Wolfsohn starb am 3. Dezember 1931 in Hamburg im Marienkrankenhaus. Nachdem auch sein Neffe Ernst 1936 verschieden war, hatte Leo Wolfsohn außer seinem Cousin und seiner Schwiegermutter Eugenie Krombach, die ebenfalls nach Hamburg gezogen war, kaum nähere Verwandte mehr in der Hansestadt. Seine Schwägerin Goldina Krombach hatte den Hamburger Max Magnus van der Walde geheiratet.

Neben seiner eigenen Firma war Leo Wolfsohn seit dem Januar 1931 in einem weiteren Unternehmen aktiv, der Union Hanseatisch-Baltische Im- und Exportgesellschaft m.b.H. Diese 1921 gegründete Gesellschaft, die sich vor allem mit Kommissionsgeschäften im Handelsverkehr mit den baltischen Ländern befasste, hatte ihn zu einem ihrer drei Geschäftsführer bestellt. Er übte diese Funktion bis Anfang 1935 aus.

Im Dezember 1932 wurde Leo Wolfsohn von der Handelskammer Hamburg für die Abteilung Zucker zum Mitglied des Börsenvorstandes ernannt. Doch diese ehrenvolle Aufgabe währte nicht lange. Denn die Nationalsozialisten richteten bereits kurze Zeit nach Übernahme der Regierungsgewalt im Frühjahr 1933 ihr Augenmerk darauf, jüdische Unternehmer aus der Wirtschaft herauszudrängen und die Organisationen der Wirtschaft von jüdischen Mitgliedern zu „säubern“. Anfang April begehrte Hamburgs neuer Bürgermeister Carl Vincent Krogmann von der Handelskammer Maßnahmen, um eine Neugestaltung ihrer Organisation in die Wege zu leiten. Daraufhin forderte die Kammer die Börsenvorstände auf, sich an den politischen Vorgaben zu orientieren und Vorschläge für eine personelle Umbesetzung einzureichen. Am 11. Juli 1933 konnte der Vorstand der Zuckerbörse der Kammer mitteilen: „Das bisherige Mitglied des Vorstandes der Zuckerbörse, Herr Leo Wolfsohn, ist durch Amtsniederlegung am 10.d.M. ausgeschieden ...“ Danach wurde der neue Börsenvorstand durch Regierungsdirektor Köhn, zugleich Staatskommissar bei der Hamburger Börse, genehmigt.

Die Handelskammer, seit Februar 1935 Industrie- und Handelskammer, war ab Mitte 1938 intensiver in die Maßnahmen des Reichsstatthalters zur „Arisierung“ jüdischer Handels- und Gewerbebetriebe eingebunden. Zwar leitete sie noch keine Informationen über die

„Ariereigenschaft oder Nichteigenschaft von Firmen“ weiter. Doch „Nur für den internen Dienstgebrauch“ stellte sie eine Liste über sogenannte nichtarische Firmen nach Geschäftszweigen zusammen, auf der sie unter der Rubrik „Zucker“ neben den Unternehmen L. Behrens & Söhne und Ivan Philip auch Leo Wolfsohn vermerkte.

Am 18. August 1939 wurde Leo Wolfsohns Firma, die er seit Oktober 1937 wieder als Alleinhaber geführt hatte, im Handelsregister als erloschen eingetragen. Über die Gründe, die zur Auflösung des Geschäfts geführt hatten, kann nur spekuliert werden. Ab November 1937 waren durch einen Erlass des Reichswirtschaftsministeriums die Kontingente für jüdische Firmen gekürzt und damit der Handel für sie außerordentlich erschwert worden. Es scheint fraglich, ob die Firma des 71-Jährigen unter den herrschenden wirtschaftspolitischen Bedingungen noch Gewinne einbrachte, so dass sich der – genehmigungspflichtige – Verkauf an einen nichtjüdischen Unternehmer gelohnt hätte. Das Unternehmen scheint jedoch nicht unter direktem Zwang liquidiert worden zu sein.

Im Verlauf der Verfolgung jüdischer Bürger durch die nationalsozialistischen Behörden wurde auch Leo Wolfsohn spätestens ab 1939 systematisch ausgeplündert. Er musste eine Judenvermögensabgabe von 12.400 RM entrichten, Wertpapiere im Annahmewert von 27.817 RM abliefern sowie Schmuck, Gold- und Silbersachen im Schätzwert von 4.000 RM aushändigen. Ein noch verbliebenes Bankguthaben in Höhe von 1.147 RM wurde ebenfalls eingezogen.

„Abgesehen von den üblichen Restriktionen und Demütigungen während der Zeit des Nationalsozialismus musste Leo Wolfsohn erdulden, dass Teile seiner Wohnung von der SS als Büro konfisziert wurden, bis er endgültig vertrieben wurde.“ Im August 1941 zog er zu einer Familie Wallach in die Lehnartzstraße 3 und mit dieser zusammen dann Anfang März 1942 in die Kielortallee 22/24. Dieses Doppelhaus der jüdischen Oppenheimer Stiftung, das ursprünglich Freiwohnungen für in Not geratene Mitglieder der Deutsch-Israelitischen Gemeinde bereit hielt, war 1942 an die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland zwangsübergewiesen worden. Es wurde als eines der sogenannten Juden Häuser genutzt, in denen man jüdische Bürger auf engstem Raum einquartierte und die zugleich als Sammelstelle für Deportationen dienten. Bei der Zwangsumsiedlung musste vermutlich die hochwertige Wohnungseinrichtung aus dem Schötteringsweg 9 mit Stilmöbeln, Gemälden und einem Steinway-Konzertflügel für geringes Geld verschleudert werden. Im Wiedergutmachungsverfahren war auch von einer außerordentlich umfangreichen und wertvollen Briefmarkensammlung die Rede, was sich jedoch nicht belegen ließ.

Am 15. Juli 1942 wurde Leo Wolfsohn mit dem Transport Nr. VI/1 unter der Nr. 917 von Hamburg nach Theresienstadt deportiert. Dort starb er am 16. September 1942. Bei der Totenschau attestierte man arteriosklerotische Demenz und als Todesursache einen Darmkatarrh. Auch sein Bruder Bruno und seine Schwester Greta Rosa, verheiratete Angres, die in Posen beheimatet waren, sowie sein Cousin Max Wolfsohn wurden im Konzentrationslager ums Leben gebracht.

In den 1950/60er Jahren erstritten die Nachkommen seiner überlebenden Geschwister für die Schäden, die Leo Wolfsohn durch erzwungene Sonderabgaben, Entziehung von Vermögen und Verschleuderung der Wohnungseinrichtung zugefügt wurden, über Rechtsanwälte in Deutschland vor den hiesigen Behörden Wiedergutmachungsleistungen. Sie lebten mittlerweile in London, Paris, den USA, in Kolumbien und Argentinien.

Seit 2014 erinnert vor dem Wohnhaus Schötteringsweg 9 ein Stolperstein an Leo Wolfsohn.

Anführungszeichen kennzeichnen Zitate aus Quellen und Literatur. Die Belege werden in der ausführlichen Dokumentation enthalten sein.

Die ausführlichen Biografien sowie 25 weitere Biografien von Mitgliedern des Ehrenamtes und Hauptamtes der Handelskammer Hamburg erscheinen in einer gesammelten Publikation in der ersten Jahreshälfte 2019.

